

# Einladung

## Haupt-, Finanz- und Personalausschuss

6. Sitzung • Mittwoch, 09.05.2012 • 16:00 Uhr • Ratssaal, Rathaus

### Nicht öffentliche Tagesordnung - 16:00 Uhr

- siehe Anlage -

### Öffentliche Tagesordnung - 16:30 Uhr

Inhaltsverzeichnis  
siehe letzte Seite(n)

#### 5. **Mitteilungen zur Kenntnis**

- |      |  |                                |
|------|--|--------------------------------|
| 5.1. | Unternehmensbefragung 2011   | II/155/2012<br>Kenntnisnahme   |
| 5.2. | Feuerwehrbeschaffungskartell - Insolvenzverfahren gegen die Albert Ziegler GmbH & Co.KG                        | 30-R/053/2012<br>Kenntnisnahme |
| 5.3. | SPD Fraktionsantrag Nr. 24/2012<br>Sanierung Freibad West beginnen   | 52/140/2012<br>Kenntnisnahme   |
| 6.   | Personalbericht 2011   | 11/083/2012<br>Beschluss       |
| 7.   | Arbeitszeitregelungen bei der Stadt Erlangen   | 11/087/2012<br>Kenntnisnahme   |
| 8.   | Liveübertragung von Stadtratsitzungen im Internet;<br>Fraktionsantrag Nr. 112/2011 der Fraktion Erlanger Linke | eGov/030/2012/1<br>Beschluss   |
| 9.   | Bericht über den Jahresabschluss 2011 der Erlanger Schlachthof GmbH  | II/154/2012<br>Gutachten       |

#### 10. **Mittelbereitstellungen**

- |       |  |                           |
|-------|--|---------------------------|
| 10.1. | Sanierung Heinrich-Lades-Halle – Baumaßnahmen 2012;<br>Mittelbereitstellung zur Umsetzung der Entwurfsplanung  | 242/210/2012<br>Gutachten |
| 10.2. | Brandschutztechnische Sanierung des Markgrafentheaters Erlangen,<br>Mittelbereitstellung für die Änderung/Erweiterung der Entwurfsplanung auf Grund zusätzlicher baulicher Maßnahmen | 242/205/2012<br>Gutachten |

- 11. Übertragung und Verwendung der Budgetergebnisse 2011**
- 11.1. Übertragung und Verwendung des Budgetergebnisses 2011 der Gleichstellungsstelle Gst/011/2012  
Beschluss
- 11.2. Übertragung und Verwendung des Budgetergebnisses 2011 des Personalrates II/157/2012  
Beschluss
- 11.3. Übertragung und Verwendung des Budgetergebnisses 2011 des Bürgermeister- und Presseamtes (Amt 13) 13-2/212/2012  
Beschluss
- 11.4. Übertragung und Verwendung des Budgetergebnisses 2011 des Personal- und Organisationsamtes (Amt 11) 11/086/2012  
Beschluss
- 11.5. Übertragung und Verwendung des Budgetergebnisses 2011 des eGovernment-Centers (Amt 17) eGov/031/2012  
Beschluss
- 11.6. Übertragung und Verwendung des Budgetergebnisses 2011 der Stadtkämmerei sowie der Abt. Wirtschaftsförderung und Arbeit (Amt 20 mit II/WA) II/156/2012  
Beschluss
- 11.7. Übertragung und Verwendung des Budgetergebnisses 2011 des Amtes für Recht und Statistik (Amt 30) 30-R/054/2012  
Beschluss
- 11.8. Übertragung und Verwendung des Budgetergebnisses 2011 des Bürgeramtes (Amt 33) 33/005/2012  
Beschluss
- 11.9. Übertragung und Verwendung des Budgetergebnisses 2011 des Standesamtes (Amt 34) 34/011/2012  
Beschluss
- 11.10. Übertragung und Verwendung des Budgetergebnisses 2011 des Amtes für Brand- und Katastrophenschutz (Amt 37) 37/023/2012  
Beschluss
- 11.11. Übertragung und Verwendung des Budgetergebnisses 2011 des Amtes für Veterinärwesen und gesundheitlichen Verbraucherschutz (Amt 39) 39/011/2012  
Beschluss
12. Fraktionsantrag Erlanger Linke Nr. 045/2012; Glasfaserleitung über Wasserleitung III/037/2012  
Beschluss

- |     |  |                           |
|-----|--|---------------------------|
| 13. | Investitionskostenförderung für den Ersatzneubau der evang.-luth. Kindertageseinrichtung St. Johannes mit 66 Kindergarten- und 16 Krippenplätzen, Schallershofer Str. 26, und Mietförderung für das Ausweichquartier | 512/068/2012<br>Gutachten |
| 14. | Bürgerversammlung Versammlungsgebiet "Am Anger" - Antrag zur Wiederinbetriebnahme des Bolzplatzes Pommernstraße  | 412/013/2012<br>Beschluss |
| 15. | Anfragen   |                           |

Ich darf Sie hiermit zu dieser Sitzung einladen.

Erlangen, den 2. Mai 2012

**STADT ERLANGEN**  
gez. Dr. Siegfried Balleis  
Oberbürgermeister

Falls Tagesordnungspunkte dieser Sitzung aus Zeitgründen auf den nächsten Termin verschoben werden müssen, bitten wir Sie, die entsprechenden Unterlagen aufzubewahren und erneut mitzubringen.

**Die Sitzungsunterlagen können auch unter [www.ratsinfo.erlangen.de](http://www.ratsinfo.erlangen.de) abgerufen werden.**

## Mitteilung zur Kenntnis

Geschäftszeichen:  
II/WA

Verantwortliche/r:  
Abt. Wirtschaftsförderung und Arbeit

Vorlagennummer:  
II/155/2012

### Unternehmensbefragung 2011

Beratungsfolge	Termin	N/Ö	Vorlagenart	Abstimmung
Haupt-, Finanz- und Personalaus- schuss	09.05.2012	Ö	Kenntnisnahme	

#### Beteiligte Dienststellen

#### I. Kenntnisnahme

Der Bericht der Verwaltung dient zur Kenntnis.

#### II. Sachbericht

Das Wirtschaftsreferat führte im September 2011 eine Unternehmensbefragung durch. Hierüber wurde im Haupt-, Finanz- und Personalausschuss am 29.02.2012 berichtet. Dabei wurde von Ausschussmitgliedern der Wunsch geäußert, ergänzend auch eine Auswertung nach Branchen durchzuführen, soweit stärkere Abweichungen von den durchschnittlichen Ergebnissen vorliegen.

In die Gesamtauswertung flossen die Antworten von 195 Firmen ein. Für die detailliertere Auswertung wurden die Bereiche Dienstleistungen (91 Firmen), Handwerk (41), Produktion (29) sowie Forschung und Entwicklung (20) einbezogen. Dies waren 181 von 195 antwortenden Firmen (92,8 %).

Die branchenbezogene Auswertung erfolgt zum Thema „**Zufriedenheit mit den Standortfaktoren**“. In die Auswertung wurden nur diese Firmen einbezogen, die die jeweiligen Standortfaktoren als wichtig oder sehr wichtig ansahen.

Insgesamt kann festgestellt werden, dass es nur wenige branchenbezogene Abweichungen von den Durchschnittswerten gab. Die Abweichungen lagen häufiger zwischen den Kategorien „sehr zufrieden“ und „zufrieden“ bzw. „weniger zufrieden“ und „unzufrieden“. Bei „keine Äußerung“ gab es teilweise erhebliche Abweichungen von den Durchschnittswerten.

#### Arbeitsmarkt

Im Durchschnitt aller Firmen waren 43,1 % mit dem **Angebot an Facharbeitern** sehr zufrieden oder zufrieden. Mit 64,3 % lag der Bereich Forschung und Entwicklung deutlich über dem Durchschnitt. Beim Handwerk waren nur 30,5 % sehr zufrieden oder zufrieden.

Mit dem **Angebot an Führungskräften** zeigten sich wiederum das Handwerk sowie der Dienstleistungsbereich weniger zufrieden bzw. unzufrieden als der Durchschnitt der Gesamtfirmen.

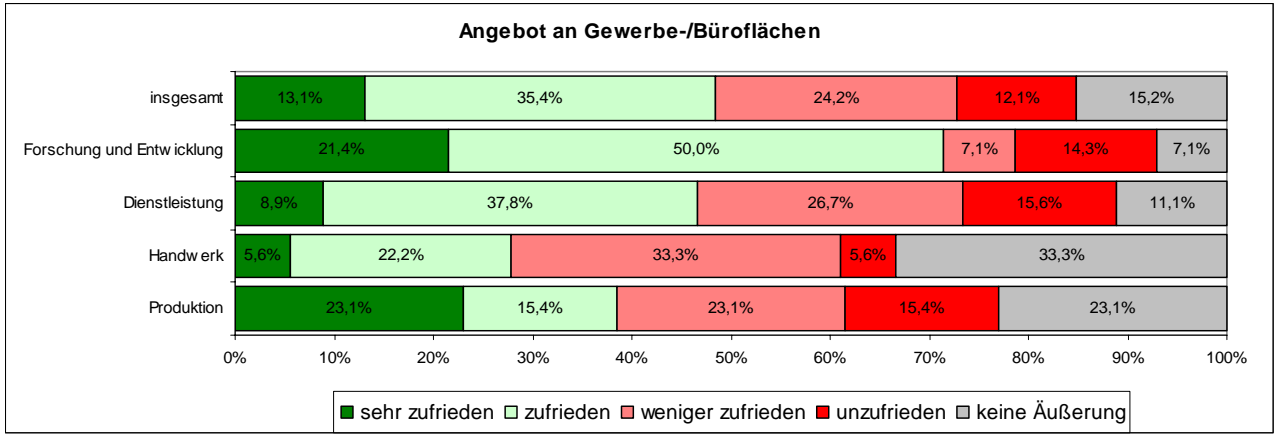
Beim **Lohn- und Gehaltsniveau** lag der Durchschnitt der Zufriedenheit bei 56,6 %. Lediglich der Dienstleistungsbereich lag mit 47,4 % deutlich darunter. Dieser stellte mit 57 Firmen rund 44 % der bei dieser Frage 129 einbezogenen Firmen dar.

#### Immobiliensituation

Das **Angebot an Gewerbe-/Büroflächen** war für 99 von insgesamt 195 Firmen sehr wichtig oder wichtig. Im Durchschnitt dieser 99 Firmen zeigten sich 48,5 % mit dem Angebot sehr zufrieden oder zufrieden. 36,3 % waren weniger zufrieden oder unzufrieden und 15,2 % äußerten sich nicht. 42,3 % der Dienstleister waren mit dem Angebot weniger zufrieden oder unzufrieden. 46,7 % waren sehr zufrieden oder zufrieden, 11,1 % äußerten sich nicht.

Das Handwerk war unterdurchschnittlich zufrieden/sehr zufrieden. Allerdings war hier der Anteil der Firmen, die sich nicht äußerten, mit 33,3 % mehr als doppelt so hoch wie im Durchschnitt.

Abbildung 1: Zufriedenheit mit dem Angebot an Gewerbe-/Büroflächen

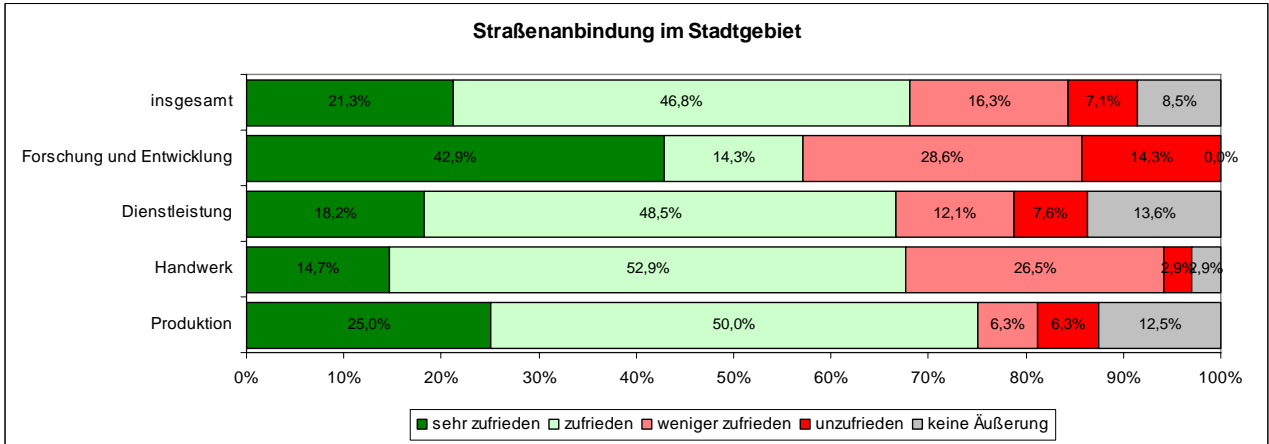


Bei den **Grundstückspreisen und Gewerbemieten** zeigten sich Forschung und Entwicklung sowie Dienstleistung deutlich zufriedener als der Durchschnitt. Weniger zufrieden war vor allem der Produktionsbereich.

**Verkehr**

Hier lag lediglich im Bereich Forschung und Entwicklung (14 Firmen) die Zufriedenheit deutlich unter dem Durchschnitt. Dabei spielt sicherlich eine Rolle, dass diese Firmen überwiegend am Stadtrand angesiedelt sind.

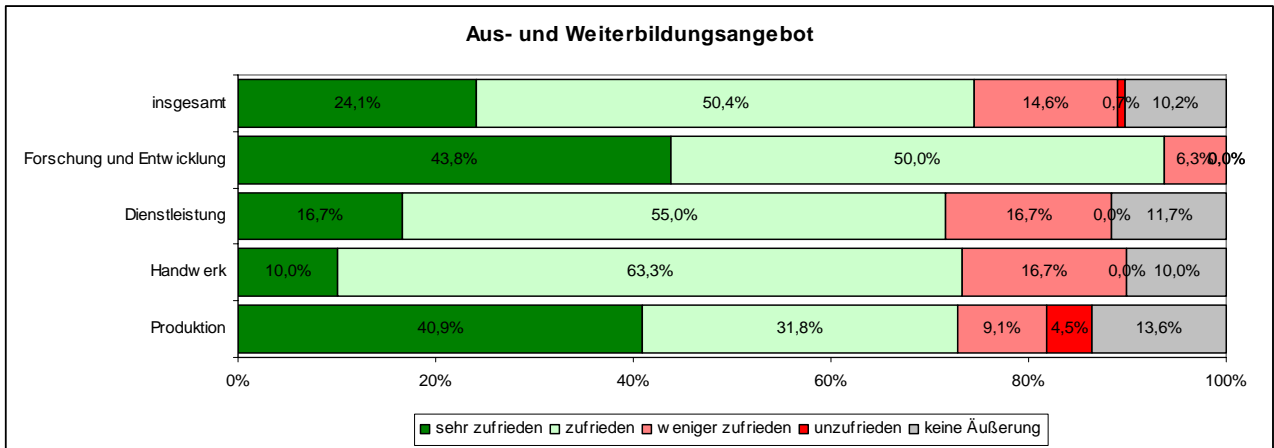
Abbildung 2: Zufriedenheit mit der Straßenanbindung im Stadtgebiet



**Weiche Standortfaktoren**

Mit dem **Aus- und Weiterbildungsangebot** zeigten sich in allen Branchen über 70 % „sehr zufrieden“ oder „zufrieden“.

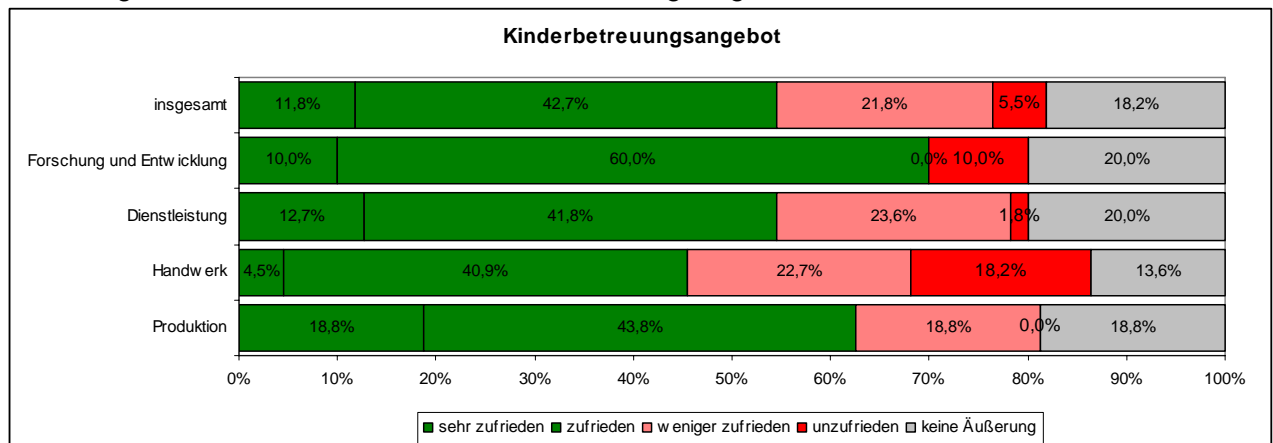
Abbildung 3: Zufriedenheit mit dem Aus- und Weiterbildungsangebot



Das Thema **Kinderbetreuungsangebot** war für 110 Firmen (56,4 %) sehr wichtig oder wichtig. Im

Durchschnitt waren 54,5 % dieser Firmen sehr zufrieden oder zufrieden mit dem Angebot; 18,2 % äußerten sich nicht zu ihrer Einschätzung.

Abbildung 4: Zufriedenheit mit dem Kinderbetreuungsangebot



**Anlagen:**  
**Gesamtübersicht „Zufriedenheit mit den Standortfaktoren in Prozent“, ohne Branchenunterscheidung**

III. Zur Aufnahme in die Sitzungsniederschrift

IV. Zum Vorgang

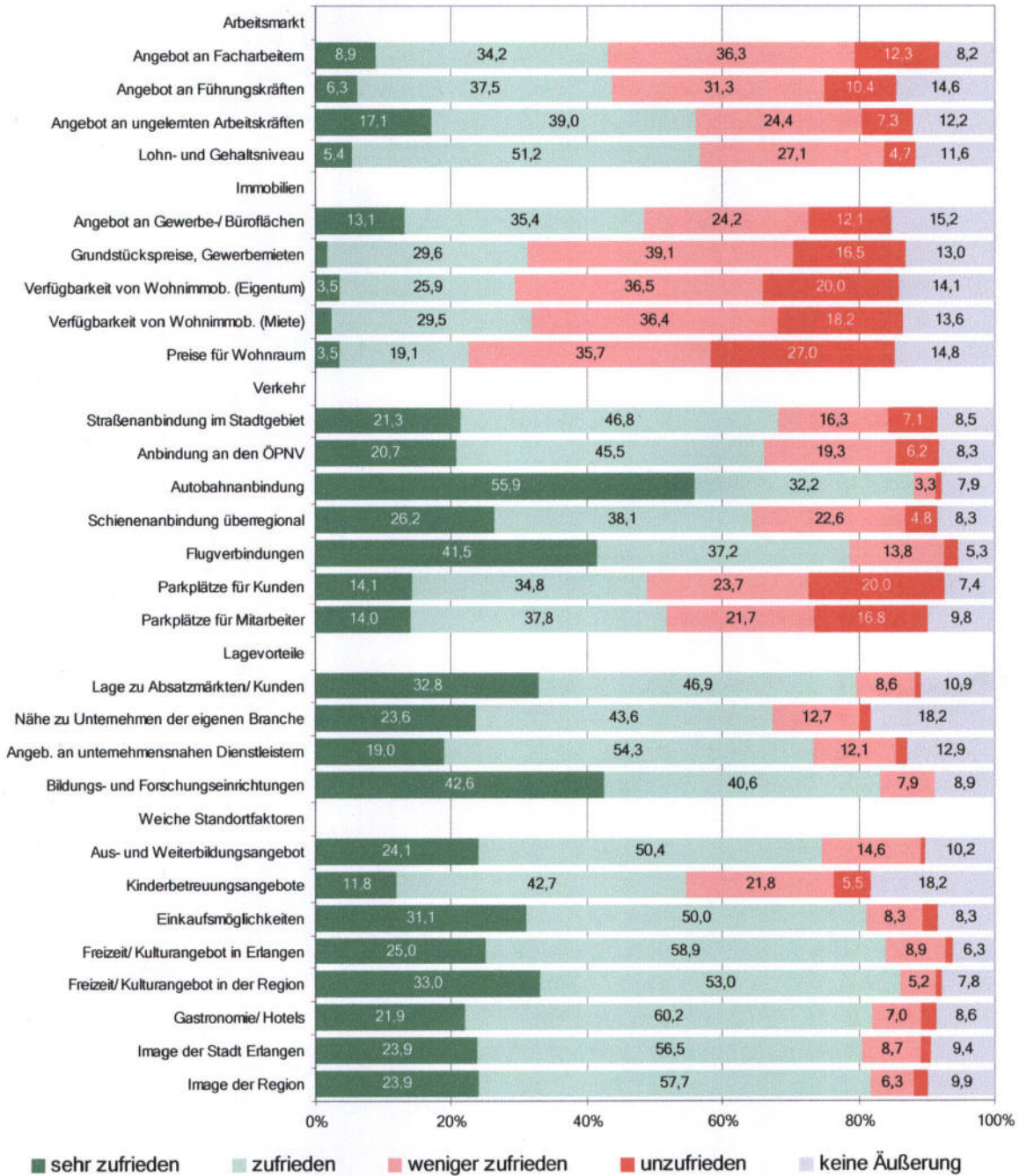
**Anlage**

**Unternehmensbefragung 2011**

**Zufriedenheit mit den Standortfaktoren in Prozent**

(nur für "wichtige" oder "sehr wichtige" Standortfaktoren)

Basis: 195 Firmen



## Mitteilung zur Kenntnis

Geschäftszeichen:  
III/30

Verantwortliche/r:  
Rechtsabteilung

Vorlagennummer:  
30-R/053/2012

### Feuerwehrbeschaffungskartell - Insolvenzverfahren gegen die Albert Ziegler GmbH & Co.KG

Beratungsfolge	Termin	N/Ö	Vorlagenart	Abstimmung
Haupt-, Finanz- und Personalaus- schuss	09.05.2012	Ö	Kenntnisnahme	
Stadtrat	23.05.2012	Ö	Kenntnisnahme	

#### Beteiligte Dienststellen

#### I. Kenntnisnahme

Der Bericht der Verwaltung dient zur Kenntnis.

#### II. Sachbericht

Entsprechend der Mitteilung zur Kenntnis vom 7. bzw. 8. Dezember 2011 hat das Rechtsamt – der Empfehlung der kommunalen Spitzenverbände folgend – sämtliche in Betracht kommenden Schadensersatzforderungen aufgrund des gebildeten Feuerwehrkartells im Insolvenzverfahren gegen die Firma Albert Ziegler GmbH Co.KG zur Insolvenztabelle angemeldet.

Insgesamt wurden drei Schadensersatzforderungen angemeldet, bei denen der Schaden jeweils mit 15 % des gezahlten Kaufpreises angegeben wurde. Zwei der Forderungen beruhen auf Auftragserteilungen an die Firma Albert Ziegler GmbH & Co.KG in den Jahren 2001 und 2008 für die Lieferung jeweils eines Löschgruppenfahrzeugs. Die dritte Forderung beruht auf einer Auftragserteilung an die Firma Metz Aerials GmbH & Co.KG im Jahr 2008 für die Lieferung einer Drehleiter. Die Gesamtsumme der angemeldeten Forderungen beläuft sich auf 185.093,31 EUR.

Wie zu erwarten war, hat der Insolvenzverwalter alle von Kommunen angemeldeten kartellbedingten Forderungen in voller Höhe bestritten. Um dennoch eine Berücksichtigung dieser Forderungen im Insolvenzverfahren zu erreichen, verbleibt den Kommunen nur die Möglichkeit, die Forderungen mit Feststellungsklagen gem. §§ 179, 180 InsO gerichtlich geltend zu machen. Dies ist aufgrund der Ungewissheit, ob und in welcher Höhe den Kommunen durch das Kartell bei einzelnen Auftragsvergaben an Kartellanten tatsächlich ein Schaden entstanden ist, jedoch mit einem hohen Prozessrisiko verbunden.

In einem Rundschreiben an alle Kommunen vom 7. März 2012 hat der Insolvenzverwalter mitgeteilt, dass nun Musterprozesse geführt werden, deren Ausgang die Kommunen vor der Erhebung kostenverursachender Feststellungsklagen abwarten sollten.

Dieser Vorschlag ist aus Sicht des Rechtsamts sinnvoll. Nachteile drohen durch ein Abwarten der Musterprozesse nicht. Die Verjährung der Forderungen ist gem. § 204 Abs. 1 Nr. 10 BGB durch die Anmeldung zur Insolvenztabelle gehemmt. Auch im Hinblick auf die sich aus § 189 Abs. 1 InsO ergebende Frist zur Erhebung einer Feststellungsklage besteht keine Eile, da mit einem Abschluss des Insolvenzverfahrens nach Mitteilung des Insolvenzverwalters weder in diesem noch im kommenden Jahr zu rechnen ist.

Das Rechtsamt wird daher der Empfehlung des Insolvenzverwalters folgen. Über die weiteren Entwicklungen wird das Rechtsamt berichten.

## **Anlagen:**

III. Zur Aufnahme in die Sitzungsniederschrift  
IV. Zum Vorgang

## Beschlussvorlage

Geschäftszeichen:

Verantwortliche/r:  
Amt 52

Vorlagennummer:  
52/140/2012

### SPD Fraktionsantrag Nr. 24/2012 Sanierung Freibad West beginnen

Beratungsfolge	Termin	Ö/N	Vorlagenart	Abstimmung
Sportbeirat	08.05.2012	Ö	Empfehlung	
Sportausschuss	08.05.2012	Ö	Beschluss	
Haupt-, Finanz- und Personalaus- schuss	09.05.2012	Ö	Kenntnisnahme	

Beteiligte Dienststellen  
ESTW

#### I. Antrag

Dem Antrag der SPD wird wie folgt zugestimmt:

1. Analog zum Baubetreuungsvertrag für die Sanierung des Röthelheimbades wird die Verwaltung beauftragt einen Vertrag mit den ESTW zur Planung der Sanierung Freibad West abzuschließen und die im Haushalt 2012 zur Verfügung stehenden Planungsmittel in Höhe von 300.000 € hierfür einzusetzen.
2. Im abzuschließenden Vertrag ist zu berücksichtigen, dass die Planungen auch den möglichen Bau eines Hallenbades oder die Teilüberdachung eines bestehenden Beckens geprüft werden.
3. Die Sportverwaltung und die ESTW werden beauftragt, bei der Planung die Bürgerbeteiligung sicherzustellen.

Zusätzlich zum gestellten Fraktionsantrag wird beschlossen, dass zeitnah nach Vorstellung der Planungsergebnisse im Stadtrat, die Umsetzung der Sanierungsmaßnahmen und die Bereitstellung der hierfür erforderlichen finanziellen Mittel aus dem städtischen Haushalt behandelt und entschieden werden soll.

Der SPD Fraktionsantrag Nr. 24/2012 ist hiermit erledigt.

#### II. Begründung

##### 1. Ergebnis/Wirkungen

(Welche Ergebnisse bzw. Wirkungen sollen erzielt werden?)

Die ESTW als Betreiber der Erlanger Bäder haben bereits mehrfach darauf hingewiesen, dass vor allem im Freibad West großer Sanierungsbedarf besteht. Nach wie vor besteht die Gefahr einer Schließung des Bades durch einen nicht vorhersehbaren Ausfall der Technik. So musste aufgrund der maroden Technik und des schlechten Zustands das Springerbecken dauerhaft geschlossen werden. Eine Abhilfe ist hier dringend geboten. Es ist sinnvoll die Planung der Sanierungsmaßnahmen vom Betreiber ESTW durchführen zu lassen.

##### 2. Programme / Produkte / Leistungen / Auflagen

(Was soll getan werden, um die Ergebnisse bzw. Wirkungen zu erzielen?)

Die Stadtverwaltung soll analog zum Baubetreuungsvertrag Sanierung Röthelheimbad einen Vertrag mit den ESTW zur Planung der Sanierung des Freibades West vorlegen, der die Bereitstellung von Planungsmittel in Höhe von 300.000 € vorsieht. Nach Vorlage des Vertrages soll dieser im Stadtrat beschlossen werden.

### 3. Prozesse und Strukturen

(Wie sollen die Programme / Leistungsangebote erbracht werden?)

Neben den Planungsleistungen zur Sanierung des Freibades West, soll unter Federführung der ESTW gemeinsam mit der Sportverwaltung eine aktive Bürgerbeteiligung mit Vereinen, Bürgern und Anwohner für die Planungen eines Hallenbades oder einer Teilüberdachung eines Beckens vorbereitet werden und in den entsprechenden Gremien vorlegt werden.

### 4. Ressourcen

(Welche Ressourcen sind zur Realisierung des Leistungsangebotes erforderlich?)

Investitionskosten:	€	bei IPNr.:
Sachkosten:	€	bei Sachkonto:
Personalkosten (brutto):	€	bei Sachkonto:
Folgekosten	€	bei Sachkonto:
Korrespondierende Einnahmen	€	bei Sachkonto:
Weitere Ressourcen		

#### Haushaltsmittel

X werden für diesen Beschluss nicht benötigt (Anmerkung: für einen möglichen Folgebeschluss zum Vertrag sind 300.000 € im Budget Amt 52 vorhanden).

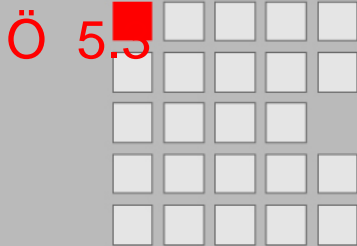
- sind vorhanden auf IvP-Nr.  
bzw. im Budget auf Kst/KTr/Sk
- sind nicht vorhanden

III. Abstimmung  
*siehe Anlage*

IV. Beschlusskontrolle

V. Zur Aufnahme in die Sitzungsniederschrift

VI. Zum Vorgang



### Fraktionsantrag gemäß § 28 GeschO

**Eingang:** 05.03.2012

**Antragsnr.:** 024/2012

**Verteiler:** OBM, BM, Fraktionen

**Zust. Referat:** VI/24

**mit Referat:** III/ESTW

**SPD Fraktion  
im Stadtrat Erlangen**

Herrn  
Oberbürgermeister  
Dr. Siegfried Balleis  
Rathaus

91052 Erlangen

Rathausplatz 1  
91052 Erlangen  
Geschäftsstelle im Rathaus,  
1. Stock, Zimmer 105 und 105a  
Telefon 09131 862225  
Telefax 09131 862181  
e-Mail [spd@erlangen.de](mailto:spd@erlangen.de)  
[www.spd-fraktion-erlangen.de](http://www.spd-fraktion-erlangen.de)

### **Sanierung Freibad West beginnen: Antrag zum SportA und zum HFPA**

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

in den Haushaltsberatungen wurde der Antrag der SPD-Fraktion 300.000 Euro für die Planung der Sanierung des Freibades West beschlossen.

Bereits vor der Genehmigung des Haushaltes sollte aus unserer Sicht mit den Vorarbeiten begonnen werden, um keine weitere Zeit (und damit ggf. eine weitere Badesaison) zu verlieren.

Wir stellen daher folgenden Antrag:

1. Die Ausführung der Sanierung des Freibades West und im ersten Schritt auch die Planung dieser Sanierung wird analog zur Modernisierung des Röthelheimbades den Erlanger Stadtwerken übertragen. Dies ist sinnvoll, da die ESTW das Bad nach Sanierung betreiben werden und es unter Umständen auch in den Besitz der ESTW übergehen wird. Außerdem haben die ESTW bereits Erfahrungen mit der Sanierung eines Bades sammeln können. Die Verwaltung wird beauftragt die entsprechenden Verträge mit den ESTW auszuhandeln.

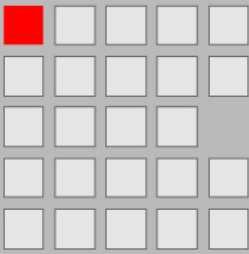
2. Bei den Planungen sind die Bedingungen für den Bau eines Hallenbades auf dem Gelände des Freibades West aufzuzeigen. Dabei sollen auch Überlegungen zur (Teil-)Überdachung der bestehenden Becken (Cabriobad) geprüft werden.

**Datum**  
**05.03.2012**

**AnsprechpartnerIn**  
**Saskia Coerlin**

**Durchwahl**  
09131 862225

**Seite**  
**1 von 2**



3. Bei den Planungen ist eine umfassende Bürgerbeteiligung sicherzustellen. Einbezogen werden sollten aus unserer Sicht die NutzerInnen des Bades, die Schwimmvereine, die Bürgerinitiative zum Erhalt des Sprungturms und die AnwohnerInnen.

Rathausplatz 1  
91052 Erlangen  
Geschäftsstelle im Rathaus,  
1. Stock, Zimmer 105 und 105a  
Telefon 09131 862225  
Telefax 09131 862181  
e-Mail [spd@erlangen.de](mailto:spd@erlangen.de)  
[www.spd-fraktion-erlangen.de](http://www.spd-fraktion-erlangen.de)

Mit freundlichen Grüßen

Dr. Florian Janik  
Fraktionsvorsitzender

Norbert Schulz  
Sprecher für Sport

f.d.R. Saskia Coerlin  
Geschäftsführerin der SPD-Fraktion

**Datum**  
**05.03.2012**

**AnsprechpartnerIn**  
**Saskia Coerlin**

**Durchwahl**  
09131 862225

**Seite**  
**2 von 2**

## Beschlussvorlage

Geschäftszeichen:  
OBM/ZV/11

Verantwortliche/r:  
Personal- und Organisationsamt

Vorlagennummer:  
**11/083/2012**

### Personalbericht 2011

Beratungsfolge	Termin	Ö/N	Vorlagenart	Abstimmung
Haupt-, Finanz- und Personalaus- schuss	18.04.2012	Ö	Einbringung	zur Kenntnis genommen
Haupt-, Finanz- und Personalaus- schuss	09.05.2012	Ö	Beschluss	

Beteiligte Dienststellen  
OBM/IZ, Amt 20, Amt 30-S; GSt

#### I. Antrag

Der Personalbericht wird:

- 1) zur Sitzung des HFPA am 18.4.2012 zunächst eingebracht
- 2) in der Sitzung des HFPA am 9.5.2012 nach Aussprache zur Kenntnis genommen.

#### II. Begründung

Gem. Beschluss des HFPA vom 10.02.2010 werden die Personalberichte aus Kostengründen elektronisch bereitgestellt. Gem. Protokollvermerk in gleicher Sitzung werden 10 Exemplare gedruckt und an die Fraktionen weitergegeben.

Der Bericht für das Jahr 2011 wird plangemäß in der 16. KW 2012 verteilt.

Bei zusätzlichem Bedarf kann der Personalbericht als PDF-Datei oder auf CD-ROM beim Personal- und Organisationsamt, Abteilung Personalabrechnung, per E-Mail an stefan.puels@stadt.erlangen.de oder unter Tel. 09131-86 2202 angefordert werden.

#### III. Abstimmung

Beratung im Gremium: Haupt-, Finanz- und Personalausschuss am 18.04.2012

#### Protokollvermerk:

Die Vorlage gilt als eingebracht.

gez. Dr. Balleis  
Vorsitzende/r

gez. Ternes  
Berichterstatter/in

IV. Beschlusskontrolle

V. Zur Aufnahme in die Sitzungsniederschrift

VI. Zum Vorgang

## Mitteilung zur Kenntnis

Geschäftszeichen:  
OBM/ZV/11

Verantwortliche/r:  
Personal- und Organisationsamt

Vorlagennummer:  
11/087/2012

### Arbeitszeitregelungen bei der Stadt Erlangen

Beratungsfolge	Termin	N/Ö	Vorlagenart	Abstimmung
Haupt-, Finanz- und Personalaus- schuss	09.05.2012	Ö	Kenntnisnahme	

#### Beteiligte Dienststellen

#### I. Kenntnisnahme

Der Bericht der Verwaltung dient zur Kenntnis.

#### II. Sachbericht

Anlass der folgenden Zusammenfassung ist der Protokollvermerk zu TOP 4 des Rechnungsprüfungsausschusses vom 14.3.12, wonach die Thematik Arbeitszeit im HFPA grundsätzlich besprochen werden sollte.

##### Allgemeines:

Grundsätzlich sind die bei der Stadt Erlangen festgesetzten Dienst-/Arbeitsstunden einzuhalten. Für Bereiche, in denen die gleitende Arbeitszeit eingeführt ist, sind die Regelungen der Dienstvereinbarung über die gleitende Arbeitszeit bei der Stadt Erlangen maßgebend. Für die von der gleitenden Arbeitszeit ausgenommenen Dienststellen gelten die Dienstvereinbarung über feste Arbeitszeiten sowie die sonst verbindlich festgelegten Dienst-/Arbeitsstunden. Die regelmäßige Arbeitszeit für auszubildende Jugendliche unter 18 Jahren wird unter Berücksichtigung der fachtheoretischen Ausbildung und des Ausbildungsberufes vom Personal- und Organisationsamt und dem Fachamt festgelegt. Die Arbeitszeitvorschriften des Arbeitszeitgesetzes (ArbZG), des Mutterschutzgesetzes, der Bayerischen Mutterschutzverordnung, des Sozialgesetzbuches (SGB) Neuntes Buch (IX) sowie der einschlägigen Bestimmungen in den Tarifverträgen und in anderen Rechtsvorschriften werden durch die Dienstvereinbarungen nicht berührt und sind von den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern einzuhalten.

##### Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer:

Nach § 3 ArbZG darf die werktägliche Arbeitszeit der Arbeitnehmer acht Stunden nicht überschreiten. Sie kann auf bis zu zehn Stunden verlängert werden, wenn innerhalb von sechs Kalendermonaten oder innerhalb von 24 Wochen im Durchschnitt acht Stunden werktäglich nicht überschritten werden. Sie ist durch im Voraus feststehende Ruhepausen zu unterbrechen (§ 4 ArbZG). Nach Beendigung der täglichen Arbeitszeit müssen Arbeitnehmer eine ununterbrochene Ruhezeit von mindestens elf Stunden haben.

Von den genannten Regelungen darf abgewichen werden bei vorübergehenden Arbeiten in Notfällen und in außergewöhnlichen Fällen, die unabhängig vom Willen der Betroffenen eintreten und deren Folgen nicht auf andere Weise zu beseitigen sind (§ 14 Abs. 1 ArbZG).

##### Jugendliche Beschäftigte:

Jugendliche dürfen nicht mehr als acht Stunden täglich und nicht mehr als 40 Stunden wöchentlich beschäftigt werden (§ 8 Jugendarbeitsschutzgesetz). Die vorgeschriebenen Ruhepausen sind einzuhalten (§ 11 JArbSchG), nach Beendigung der täglichen Arbeitszeit dürfen Jugendliche nicht vor Ablauf einer ununterbrochenen Freizeit von mindestens 12 Stunden beschäftigt werden (§ 13 JArbSchG). Die §§ 8 und 11 finden keine Anwendung auf die Beschäftigung von Jugendlichen mit

vorübergehenden und unaufschiebbaren Arbeiten in Notfällen, soweit erwachsene Beschäftigte nicht zur Verfügung stehen (§ 21 JArbSchG).

#### Beamtinnen und Beamte, sowie jugendliche Beamte:

Für Beamtinnen und Beamte, sowie für jugendliche Beamte findet die Verordnung über die Arbeitszeit für den bayerischen öffentlichen Dienst (AzV) Anwendung.

Nach § 2 Abs. 4 Satz 2 AzV soll die tägliche Arbeitszeit 10 Stunden nicht übersteigen, sofern nicht Mehrarbeit angeordnet oder genehmigt ist.

Im Rahmen der gleitenden Arbeitszeit dürfen grundsätzlich nicht mehr als 10 Stunden auf die Sollzeit angerechnet werden; wenn es die dienstlichen Belange erfordern, können hiervon Ausnahmen zugelassen werden (§ 7 Abs. 2 AzV). Bei fester Arbeitszeit soll die tägliche Arbeitszeit grundsätzlich 9 Stunden nicht überschreiten (§ 8 Abs. 1 AzV). Entsprechende Pausen sind in beiden Fällen einzuhalten.

Die Arbeitszeit für jugendliche Beamte darf täglich 8,5 Stunden und wöchentlich 40 Stunden nicht überschreiten (§ 11 AzV). Auch hier sind die vorgeschriebenen Pausen einzuhalten.

Nach Beendigung der täglichen Arbeitszeit ist Beamtinnen und Beamten eine Ruhezeit von mindestens 11 Stunden (§ 3 AzV) und jugendlichen Beamten eine Ruhezeit von mindestens 12 Stunden (§ 11 AzV) zu gewähren.

#### Dienst zu ungünstigen Zeiten:

Nach Anlage 1 zur Geschäftsordnung des Stadtrates erfolgt die Anordnung von Dienst zu ungünstigen Zeiten gemäß § 6 AzV durch die für das jeweilige Amt zuständige Referats- bzw. Werkleitung. Diese werden ermächtigt im Rahmen der gesetzlichen und tariflichen Regelungen Dienst an Sonn-, Feiertagen oder zu Nachtzeiten anzuordnen.

Die tatsächlich geleistete Arbeitszeit wird im Verhältnis 1:1 angerechnet. Eine Mehranrechnung ist unzulässig.

Sowohl für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, als auch für Beamtinnen und Beamte besteht eine finanzielle Ausgleichsmöglichkeit nach Maßgabe der jeweils geltenden tariflichen bzw. gesetzlichen Regelungen.

Maßgebliche Vorschrift für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ist dabei § 8 TVöD. Ansprüche sind unter Beifügung der vorherigen schriftlichen Anordnung gegenüber Amt 11 geltend zu machen.

Für Beamtinnen und Beamte findet § 11 der Bayerischen Zulagenverordnung Anwendung. Ansprüche sind ebenfalls gegenüber Amt 11 zusammen mit der vorherigen schriftlichen Anordnung geltend zu machen.

#### Arbeitszeitkonto:

Für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer wurde nach § 10 TVöD ein separates Arbeitszeitkonto eingerichtet. Auf das Arbeitszeitkonto können nach Absprache mit dem Vorgesetzten folgende Zeiten durch Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer gebucht werden:

- a) Zeiten, die nicht nach § 6 Abs. 2 TVöD innerhalb eines Jahres ausgeglichen werden (Zeitguthaben oder Zeitschuld)
- b) Zeiten nach § 8 Abs. 1 Satz 5 TVöD (Überstunden ohne Zeitzuschlag) und § 8 Abs. 2 TVöD (nicht ausgeglichene Mehrarbeitsstunden) sowie nach § 8 Abs. 1 Satz 4 TVöD in Zeit umgewandelte Zuschläge

Das höchstzulässige Zeitguthaben beträgt 80 Stunden, die höchstmögliche Zeitschuld 40 Stunden. Für Teilzeitkräfte gelten diese Grenzen anteilig im Verhältnis der vertraglich vereinbarten Wochenarbeitszeit zur Wochenarbeitszeit eines Vollzeitbeschäftigten.

Das höchstmögliche Zeitguthaben und die höchstmögliche Zeitschuld gelten auch für Beamtinnen und Beamte.

III. Zur Aufnahme in die Sitzungsniederschrift

IV. Zum Vorgang

## Beschlussvorlage

Geschäftszeichen:  
OBM/ZV/eGov

Verantwortliche/r:  
Herr Andreas Götz

Vorlagennummer:  
eGov/030/2012/1

### Liveübertragung von Stadtratsitzungen im Internet; Fraktionsantrag Nr. 112/2011 der Fraktion Erlanger Linke

Beratungsfolge	Termin	Ö/N	Vorlagenart	Abstimmung
Haupt-, Finanz- und Personalaus-schuss	29.02.2012	Ö	Beschluss	vertagt
Haupt-, Finanz- und Personalaus-schuss	09.05.2012	Ö	Beschluss	

#### Beteiligte Dienststellen

Ämter 30, 13

#### I. Antrag

- Die Möglichkeit der Übertragung von Stadtrats- und Ausschusssitzungen im Internet wird derzeit nicht weiterverfolgt.
- Der Antrag der Fraktion Erlanger Linke Nr. 112/2011 ist damit bearbeitet.

#### II. Begründung

Das Thema wurde im Ältestenrat am 28.11.2011 und 15.02.2012 diskutiert. Der Ältestenrat hat die Empfehlung ausgesprochen, die TV-Übertragung für die nächste Wahlperiode erneut zu prüfen. Im Vorfeld sollen die Kandidatinnen und Kandidaten für ein Stadtratsmandat darauf hingewiesen werden. Im nicht öffentlichen Teil der Stadtratsitzung am 08.12.2011 wurde eine anonyme Abfrage unter den Stadtratsmitgliedern durchgeführt.

Aufgrund des Votums wurde von der Verwaltung auf die Einholung konkreter Angebote verzichtet (s. dazu Protokollvermerk aus der 5. Sitzung des Ältestenrates vom 28.11.2011).

Eine Online-Umfrage der Erlanger Nachrichten hat ergeben, dass 300 Erlanger (65% der Teilnehmer insgesamt) für eine Berichterstattung votiert haben, 103 Bürger (22%) waren dagegen, 60 Bürger (13%) hatten die Frage mit „egal“ beantwortet.

##### 1 Rechtliche Rahmenbedingungen

Der Landesdatenschutzbeauftragte hat sich ausführlich im 21. Tätigkeitsbericht 2004 zu dem Thema geäußert und die Rahmenbedingungen damit festgelegt. Die ausführliche Dokumentation ist unter <http://www.datenschutz-bayern.de/tbs/tb21/k11.html> (Ziffer 11.2) abrufbar. Kurz zusammengefasst sind folgende Aspekte zu berücksichtigen:

- Die Übertragung von öffentlichen Ratssitzungen im Internet ist grundsätzlich zulässig.
- Es dürfen nur Personen in Wort und Bild aufgenommen werden, die vorher in die Übertragung eingewilligt haben.
- Die Betroffenen dürfen bei Einholung der Einwilligung keinem Entscheidungsdruck (Druck zur Zustimmung) ausgesetzt werden.
- Für den Bericht der Verwaltung vorgesehene Bedienstete, die nicht einwilligen, müssen ersetzt werden.
- Bürgerangelegenheiten dürfen ohne Einwilligung des Betroffenen nur anonymisiert behandelt werden.
- Der Zuhörerbereich ist von der Übertragung auszunehmen.

Unabhängig davon ist es unter Berücksichtigung datenschutzrechtlicher Bestimmungen nicht zulässig, die Aufzeichnungen unbefristet aufzubewahren und den Bürgern zur Verfügung zu stellen. Nach den datenschutzrechtlichen Bestimmungen sind personenbezogene Daten (hierzu zählen auch Aufnahmen der in den Sitzungen aufgenommenen Personen) zu löschen, wenn sie nicht mehr zur Aufgabenerfüllung benötigt werden.

## 2 Situation bei anderen Städten

In Bayern haben sich bislang einige wenige Städte mit dem Thema Liveübertragung der Ratssitzungen im Internet beschäftigt.

Abgelehnt wurde die Thematik in Regensburg, Augsburg, Aschaffenburg, Unterschleißheim. Umgesetzt wird das Thema vereinzelt in der Gemeinde **Rednitzhembach** (700 Einwohner, 20 Stadträte). Hier werden hauptsächlich Haushaltsberatungen übertragen. Es wird eine Firma beauftragt, die mit 2 Mitarbeitern vor Ort ist und die erforderliche technische Ausstattung mitbringt.

In **Passau** werden seit Mitte September 2011 alle Sitzungen im Internet live übertragen. Ein Mitarbeiter der Stadt Passau filmt mit einer flexiblen Kamera den Sitzungsverlauf. Mehrere Stadtratsmitglieder hatten ursprünglich mit Hinweis auf ihre Persönlichkeitsrechte die Zustimmung verweigert, so dass jeweils bei deren Redebeitrag die Kamera und der Ton ausgeschaltet werden musste. Zwischenzeitlich haben alle Stadtratsmitglieder zugestimmt. (Der Sachstandsbericht aus Passau ist als Anlage beigefügt, die Übertragung der Stadtratssitzungen soll fortgeführt werden )

In **Jena** werden öffentliche Sitzungen des Stadtrats vom Lokalfernsehsender aufgezeichnet und mit einer Wiederholung ausgestrahlt. Eine Einstellung in das Internet erfolgt nicht.

## 3 Organisatorische Fragestellungen

Für eine Übertragung der Sitzungen wären grundsätzlich zwei Varianten denkbar.

### Variante 1: Fest installierte Kameras in den Sitzungssälen

Denkbar wäre die Installation einer oder mehrerer Webcams im Wand- oder Deckenbereich. Nachteil wäre allerdings nur ein relativ starres Bild mit Sichteinschränkungen. Die Qualität der Übertragung von Bild und Ton ist im Gegensatz zu einem flexiblen Kamerateam wohl eher schlecht zu beurteilen.

Wenn einzelne Stadtratsmitglieder und Bedienstete die Einwilligung für die Übertragung im Internet verweigern sollten, müssten bei einer Live-Übertragung im Internet einzelne Sequenzen unterdrückt werden. Für diese Zeiten müsste ein Alternativbild und ein Alternativton gesendet werden. Die Steuerung der Übertragung müsste durch zusätzliches Fachpersonal gewährleistet sein.

### Variante 2: Einsatz eines Kamerateams

Denkbar wäre als Alternative ein professionelles Kamerateam, das während der Sitzung den Sitzungsverlauf aufzeichnen würde. Diese Variante würde weitere Personalkosten verursachen und möglicherweise auch ein störendes Element in der Sitzung sein. Bei der Stadt Regensburg wurden hierfür Kosten in Höhe von 2500 – 5000 € pro Sitzung kalkuliert.

## 4 Ressourcen

Derzeit sind weder finanzielle noch personelle Ressourcen für die Realisierung des Themas eingeplant.

### Variante 1:

Personalkosten für eine halbe Stelle ca. 35.000 € jährlich

Investitionskosten für die technische Ausstattung für 2 Sitzungsräume grob geschätzt 15.000 – 20.000 €

Laufende Kosten durch verstärkte Internetleitungen: ca. 5.000 – 6.000 € jährlich

### Variante 2:

Aufgrund der Kalkulation der Stadt Regensburg können für insgesamt ca. 80 Sitzungen des Stadtrats und der Ausschüsse bis zu 400.000 € an Kosten entstehen. Bei Beschränkung auf die Plenumsitzungen würden danach Kosten von bis zu 55.000 €/Jahr entstehen.

### Haushaltsmittel

- werden nicht benötigt  
 sind vorhanden auf IvP-Nr.  
bzw. im Budget auf Kst/KTr/Sk  
 sind nicht vorhanden

**Anlagen:** Fraktionsantrag Nr. 112/2011 der Erlanger Linke  
Sachbericht Passau

### III. Abstimmung

Beratung im Gremium: Haupt-, Finanz- und Personalausschuss am 29.02.2012

#### Protokollvermerk:

Die Angelegenheit wird auf Wunsch des Antragstellers um 2 – 3 Monate vertagt.

Stimmen

gez. Dr. Balleis  
Vorsitzende/r

gez. Ternes  
Berichterstatter/in

IV. Beschlusskontrolle

V. Zur Aufnahme in die Sitzungsniederschrift

VI. Zum Vorgang

**Fraktionsantrag gemäß § 28 GeschO**

**Eingang:** 17.10.2011  
**Antragsnr.:** 112/2011  
**Verteiler:** OBM, BM, Fraktionen  
**Zust. Referat:** OBM/eGov/Hr. Götz  
**mit Referat:**

**erlanger linke**

Erlanger Linke Rathausplatz 1  
 91052 Erlangen

Herrn  
 Oberbürgermeister  
 Dr. Siegfried Balleis  
 Rathausplatz 1  
 91052 Erlangen

**Fraktion Erlanger Linke**

Rathausplatz 1, 91052 Erlangen  
 Zimmer 127

Büro: Montags 15.00 Uhr bis 18.00 Uhr  
 Und nach Vereinbarung

tel 09131/86-1789  
 fax 09131/86-1791  
 e-mail: [erlanger-linke@stadt.erlangen.de](mailto:erlanger-linke@stadt.erlangen.de)  
<http://www.erlanger-linke-stadtrat.de/>

Erlangen, den 13.10.2011

Antrag:

**Antrag „Rathaus-TV“: Kommunalpolitik transparenter und attraktiver gestalten**

Sehr geehrter Herr Dr. Balleis,

In Zusammenarbeit mit der Webredaktion und eGov sollen Vorschläge erarbeitet werden, die Erlanger Kommunalpolitik transparenter und attraktiver zu gestalten. Es wird beauftragt zeitnah zu prüfen, ob und wenn ja welche, Regelungen der Geschäftsordnung für die Realisierung eines Rathaus-TV abgeändert beziehungsweise ergänzt werden müssen.

Mittel dazu können sein:

- Livestreams und twitter/facebook-Mitteilungen von Stadtratssitzungen (später auch Ausschusssitzungen) auf der Internetseite der Stadt Erlangen an prominenter Stelle zur Verfügung zu stellen
- Übertragungen im UKW-Bereich, wie in unserer Partnerstadt Jena:  
[http://www.radiojena.de/html/stadtrat\\_live.html](http://www.radiojena.de/html/stadtrat_live.html)

Bei der Konzepterstellung sollen außerdem folgenden Aspekte beachtet werden:

1. Der Livestream soll von den Nutzerinnen und Nutzern leicht gefunden und abgerufen werden können.
2. Die digitalen Aufnahmen sollen archiviert werden, um Interessierten unkompliziert, dauerhaft und barrierefrei zur Verfügung zu stehen.
3. Zur Umsetzung des Projekts soll als Grundlage eine freie Open Source Software-Plattform verwendet werden. Mindestanforderungen sind Aufzeichnung, Verwaltung und Verbreitung von Videos sowie nachträgliches Hinzufügen von weiteren Informationen.

4. Neben der Bereitstellung der Aufzeichnung soll eine möglichst große Barrierefreiheit des Mediums erreicht werden. Darum soll die Verwaltung auch die Möglichkeit einer Transkription und der Einblendung eines (Gebärden-) Dolmetschers prüfen und darstellen. Des Weiteren sollen unter anderem Präsentationsfolien, Beschlussvorlagen, weiterführende Links eingebildet werden können.

5. Die Aufzeichnungen (Originalaufnahmen und barrierefreie Versionen) sollen unter Creative Commons Lizenz mit Namensnennung ("cc-by") eingestellt werden.

6. Eine journalistische Vorbereitung und Begleitung beispielsweise durch ein Bürgerprojekt ist denkbar und wünschenswert. Sollte beim Jugendparlament Interesse an einer Kooperation bestehen, so soll auch dort die Möglichkeit für ein begleitendes Medienprojekt mit Kindern und Jugendlichen geprüft werden.

Begründung:

Um der Erlanger Bürgerschaft die Möglichkeit zu geben, sich ohne zeitraubende Anfahrt von den Abläufen und Entscheidungen im Stadtrat zu informieren, wäre eine Übertragung im Internet eine zeitgemäße Antwort, die Bürgerinnen und Bürger an der Stadtpolitik teilhaben zu lassen.

Im Internet steht allen Interessierten jede Sitzung live oder zeitlich versetzt von der ersten bis zur letzten Minute zur Verfügung. Die Bürger werden befähigt, das Verhalten der Fraktionen und der Stadträte und Stadträtinnen zu bewerten und hieraus die politischen Konsequenzen zu ziehen. Redebeiträge und Entscheidungen sind auch nach Jahren noch abrufbar. Politik wird erfahrbar. Wahlentscheidungen können auf Grund von Fakten gefällt werden.

Erfahrungen mit solchen Projekten haben z.B. Jena und Passau

Mit freundlichen Grüßen

Frank Heinze  
Stadtrat

- Start

---

- Stadt, Bürger & Politik

---

- Wirtschaft, Marketing, Arbeit

---

- Stadtentwicklung & Verkehr

---

- Kinder, Familie & Senioren

---

- Kultur, Sport & Freizeit

---

- Tourismus

Pressemitteilungen | 2012 | Rathaus intern | Sachstandsbericht zur Übertragung von Stadtratssitzungen live im Internet

**20.01.2012**

**Sachstandsbericht zur Übertragung von Stadtratssitzungen live im Internet  
 Ausschuss für Verwaltung und Personal am 30.01.2012**

Der Ausschuss für Verwaltung und Personal wird in seiner Sitzung am 30.01.12 über den aktuellen Sachstand hinsichtlich der Übertragung von Stadtratssitzungen live im Internet informiert.

Der Ausschuss hatte am 06.06.2011 einstimmig folgenden Beschluss gefasst: "Ab September 2011 werden Stadtratssitzungen mit eigenem Personal und mit eigenen Mitteln aus den Räumlichkeiten Kleiner Rathaussaal, Zimmer 205 Neues Rathaus, Zimmer 204 Altes Rathaus und Zimmer 215 Dienstgebäude Passavia per Livestream ins Internet gestellt. Am Ende des Jahres wird dem Ausschuss für Verwaltung und Personal eine Bilanz über Zugriffe etc. dargelegt. Auf der Grundlage der gewonnenen Erfahrungen wird eine Entscheidung über das weitere Verfahren getroffen."

Seit Mitte September vergangenen Jahres werden nunmehr alle öffentlichen Sitzungen des Plenums und der Stadtratsausschüsse live im Internet übertragen. Nach der Durchführung einiger Verbesserungen kann die Qualität des Livestreams nun als durchaus vorzeigbar bezeichnet werden.

Für den Livestream fallen pro Jahr 5.000 € für die Nutzung eines externen Servers und Leitungskapazitäten an. Darüber hinaus schlägt die Übertragung aller Plenums- und Ausschusssitzungen mit Personalkosten in Höhe von ca. 800,00 €/Monat und 9.600,00 €/Jahr zu Buche. Die errechnete Arbeitszeit entspricht bei 115 Sitzungen pro Jahr ¼ Vollzeitkraft.

Die aktuellen Zugriffszahlen liegen im mittleren zweistelligen Bereich. Die Bildqualität der Übertragung ist zufriedenstellend, allerdings ist nach wie vor die Tonqualität verbesserungswürdig. Diese Problematik besteht insbesondere deshalb, weil die Stadratsmitglieder nicht an einem Rednerpult (mit installiertem Mikro) stehen, sondern von ihrem Sitzplatz aus sprechen.

Zugriffszahlen von externen Nutzern:

Datum:	Sitzung:	Besucher:
26.09.2011	Finanzen	124
27.09.2011	Stadtentwicklung und Verkehr	49
28.09.2011	Rechnungsprüfung	127
29.09.2011	Bauen und Liegenschaften	79
04.10.2011	Ordnung	49
05.10.2011	Umwelt und Energie	4
10.10.2011	Plenum	24
11.10.2011	Stiftungen	nö
12.10.2011	Kultur	38
13.10.2011	Schulen und Sport	129
17.10.2011	Verwaltung und Personal	38
18.10.2011	Wirtschaft, Marketing und Arbeit	31
19.10.2011	Kinder, Jugend und Familie	37
20.10.2011	Soziales und Senioren	6
27.10.2011	Bauen und Liegenschaften	113
03.11.2011	Stadtentwicklung und Verkehr	62
07.11.2011	Plenum	52
14.11.2011	Finanzen	57
22.11.2011	Stadtentwicklung und Verkehr	62
24.11.2011	Bauen und Liegenschaften	51
29.11.2011	Ordnung	33
01.12.2011	Kultur	28
05.12.2011	Plenum	141
06.12.2011	Wirtschaft, Marketing und Arbeit	37
12.12.2011	Rechnungsprüfung	20
19.12.2011	Plenum	36

**Webcam**

Blick auf die Passauer Innenstadt



Webcam Link

**Veranstaltungen**



**Stadtplan / Geoportal**



**Stellenausschreibung**



[mehr](#)

**Unterkunft online-buchen**



**Aktuelles Wetter**

Mo, 23.01.12  
 Schnee  
 W  
 19 km/h  
 max 5 °C  
 min 0 °C

Suche

Sprachwahl

Schriftgröße

[ .. zurück zur Übersicht ]

[Newsletter](#) [Kontakt](#) [Impressum](#) [Sitemap](#) [Druckansicht](#) [Barrierefrei](#)

OBM/13-2/SSA-T. 2813  
eGov/028/2011

Erlangen, 28.11.2011

**Liveübertragung von Stadtratsitzungen im Internet; Fraktionsantrag Nr. 112/2011 der Erlanger Linke**

**I. Protokollvermerk aus der 5. Sitzung des Ältestenrates  
Tagesordnungspunkt 2 - nicht öffentlich -**

**Protokollvermerk:**

Der Tagesordnungspunkt wurde eingebracht.

Herr Stadtrat Heinze berichtet, dass in der Stadt Passau während einer Probephase von September 2011 bis März 2012 alle Sitzungen (ca. 60 Sitzungen) live übertragen werden. Die Durchführung erfolgt in Passau durch das Stadtarchiv.

Herr Heinze schlägt vor, bei einer Planung in Erlangen das Rechenzentrum der Universität einzubinden.

Herr Oberbürgermeister Dr. Balleis bittet eGov vor einer erneuten Einbringung zur Sondierung der Kosten Kontakt mit dem Fraunhofer Institut, der Schule für Rundfunktechnik in Nürnberg und ERH-TV aufzunehmen.

Herr Stadtrat Dr. Faigle regt neben der Prüfung der Kosten eine politische Willensbildung an, ob eine Live-Übertragung gewollt ist. Dabei sollte auch nach wissenschaftlichen Aussagen über die Auswirkung einer Übertragung auf Verhalten der Stadträte in der Debatte gesucht werden. Es sollte auch eine Abschätzung der Nutzerzahlen erfolgen.

Es wird vereinbart, dass eine anonyme Befragung aller Stadtratsmitglieder erfolgen soll, ob sie mit einer Übertragung einverstanden sind. Es sollte auch eine Abstufung bei der Abfrage erfolgen, z.B. ob mit einer Übertragung per Radio Einverständnis besteht.

- II. Zur Aufnahme in die Sitzungsniederschrift.
- III. **Referat OBM/ZV/eGov** zum Weiteren.

Vorsitzende/r:

gez.

.....

Oberbürgermeister  
Dr. Balleis

Schriftführer/in:

gez.

.....

Lotter

## Beschlussvorlage

Geschäftszeichen:  
II

Verantwortliche/r:  
Wirtschafts- und Finanzreferat

Vorlagennummer:  
II/154/2012

### Bericht über den Jahresabschluss 2011 der Erlanger Schlachthof GmbH

Beratungsfolge	Termin	Ö/N	Vorlagenart	Abstimmung
Haupt-, Finanz- und Personalaus- schuss	09.05.2012	Ö	Gutachten	
Stadtrat	23.05.2012	Ö	Beschluss	

#### Beteiligte Dienststellen

Aufsichtsrat der Erlanger Schlachthof GmbH, Wirtschaftsprüfer Herr Klask/auditpro

#### I. Antrag

Die Stadt beschließt in ihrer Gesellschafterversammlung:

1. Der Jahresabschluss und der Lagebericht der Erlanger Schlachthof GmbH für das Geschäft 2011 haben zusammen mit den Prüfungsbericht des Abschlussprüfers – der zu keinen Einwendungen führte – vorgelegen.
2. Der Jahresabschluss mit Lagebericht wird genehmigt/festgestellt.
3. Der Jahresüberschuss in Höhe von 171.334,43 EUR ist mit dem bestehenden Verlustvortrag zu verrechnen.
4. Es wird Kenntnis genommen, dass der Aufsichtsrat die Geschäftsführung entlastet hat.
5. Der Aufsichtsrat wird entlastet (*Mitglieder im Aufsichtsrat der ESG sollten an dieser Abstimmung nicht teilnehmen*).

#### II. Begründung

##### 1. Ergebnis/Wirkungen

(Welche Ergebnisse bzw. Wirkungen sollen erzielt werden?)

Aufsichtsrat und Geschäftsführung der Erlanger Schlachthof GmbH (ESG) berichten an den Gesellschafter Stadt Erlangen (an die Gesellschafterversammlung) über das Geschäftsjahr 2011.

##### 2. Programme / Produkte / Leistungen / Auflagen

(Was soll getan werden, um die Ergebnisse bzw. Wirkungen zu erzielen?)

--

##### 3. Prozesse und Strukturen

(Wie sollen die Programme / Leistungsangebote erbracht werden?)

--

##### 4. Ressourcen

(Welche Ressourcen sind zur Realisierung des Leistungsangebotes erforderlich?)

Jahresüberschuss in 2011 + 171.334,43 EUR (Vorjahr Jahresüberschuss + 21,1 T€).

Mit 2004, 2005, 2009 und 2010 gab es erst vier Geschäftsjahre mit positiven Ergebnissen, das 2011-Ergebnis ist das mit Abstand historisch beste Jahresergebnis.

Seit 2010 werden keine Investitionszuschüsse im städtischen Haushalt für den Schlachthof mehr veranschlagt. Die von 2006 bis 2009 in den Haushalten eingestellten (aber nicht abgerufenen) Investitionszuschüsse über ges. 390 T€ wurden 2009 vollständig eingezogen. **D. h. der Schlachthof arbeitet seit 2006 ohne Zuwendungen/Zuschüsse des Gesellschafters Stadt.**

## a) Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung sowie Lagebericht der Geschäftsführung

Nach § 6 des Gesellschaftsvertrages/Satzung der Erlanger Schlachthof GmbH hat die Stadt als Gesellschafterin den Jahresabschluss, den Lagebericht und den Geschäftsbericht zu genehmigen/festzustellen sowie den Aufsichtsrat zu entlasten.

Das Bilanzvolumen der Gesellschaft zum 31.12.2011 betrug 6,880 Mio. EUR (Vorjahr 6,909 Mio. EUR), der Umsatz 3,663 Mio. EUR (Vorjahr 3,738 Mio. EUR) und das Jahresergebnis + 171 TEUR (Vorjahr + 21 TEUR). Die Schlachtzahl bei Schweinen hat sich um 1.558 auf 224.950 wiederum erhöht (+ 0,7%), bei Großvieh/Rind wurden 62.830 geschlachtet gegenüber 67.839 im Vorjahr (- 5.009 bzw. - 7,4%). Kälber wurden 743 geschlachtet gegenüber 756 im Vorjahr. In Folge sind die Umsatzerlöse um 75 T€ bzw. 2,0% zurückgegangen.

Auf der Kostenseite ist der Materialaufwand deutlich um 157 TEUR auf 1,79 Mio. EUR zurückgegangen; allein die Aufwendungen für Strom, Kanal, Gas, Wasser, Heizöl waren per Saldo um 98,5 TEUR geringer. Der Personalaufwand war mit 667 TEUR um 13 TEUR höher als im Vorjahr. Die Abschreibungen sind um 103 TEUR auf 601 TEUR zurückgegangen. Die Zinsaufwendungen für den Kapitaldienst waren mit 14 TEUR um 12 TEUR niedriger als im Vorjahr.

Der Cash-Flow des Betriebes war mit 771 TEUR um 49 TEUR höher als im Vorjahr und damit im Fünfjahresvergleich 2007 – 2011 auf dem höchsten Wert. Die Investitionen in das Anlagevermögen waren mit 45 TEUR um 283 TEUR niedriger als im Vorjahr und damit im Fünfjahresvergleich 2007 – 2011 auf dem niedrigsten Wert.

Der Cash-Flow mit 711 TEUR bzw. der Mittelzufluss aus der laufenden Geschäftstätigkeit mit 828 TEUR (Vj. 645) reichte mehr als aus, um die Tilgung von Krediten mit 267 TEUR und die Investitionen in das Anlagevermögen zu bezahlen; die ESG konnte ihren Bestand an liquiden Mitteln deshalb um 516 TEUR erhöhen. Für weiter anhaltend notwendige Erhaltungsinvestitionen steht dem Schlachthof ein Finanzmittelbestand von 1.029 TEUR (Vj. 513 TEUR) zur Verfügung. Weitergehende größere Investitionsmaßnahmen wären über Bankkredite zu finanzieren bzw. falls diese nicht darstellbar wären über einen Zuschuss des Gesellschafters Stadt.

Im Unternehmen waren zum 31.12.2011 15 (Vorjahr 16) Mitarbeiter beschäftigt. Die wichtigsten wirtschaftlichen Zahlen im Überblick:

	<u>Ist</u> <u>2011</u>	<u>Planung</u> <u>2011</u>	<u>Ist</u> <u>2010</u>	<u>Ist</u> <u>2009</u>
Umsatz	3663	3750	3738	3717
Ergebnis	+171	+34	+21	+43
Investitionszuschuss der Stadt	0	0	0	0

Auszug aus dem Lagebericht: „weltweit wächst nach wie vor die Nachfrage nach Lebensmitteln, die in Konkurrenz steht zum Bedarf an pflanzlichen Rohstoffen für die Energiegewinnung. Dies führt zu größeren Preisschwankungen und internationalen Spekulationen auf den Rohstoffmärkten für agrarische Produkte. Laut Statistischem Bundesamt steigert die deutsche Fleischwirtschaft ihre Produktionsmengen bereits seit mehr als fünf Jahren. In dieser Zeit wurden aus einer Schweinefleischproduktion unter dem Gesichtspunkt der Selbstversorgung eine Überproduktion und eine Erhöhung des Exportanteils...Ferner schreitet die Konzentration auf dem Schlachtsektor weiter fort.

.....Die Kosten waren bei Gas deutlich niedriger als im Vorjahr, da zu reduzierten Preisen eingekauft werden konnte. Öl wurde nur im notwendigsten Umfang verfeuert, weil die alternative Verwendung von Erdgas deutliche Vorteile aufwies. Die Stromkosten waren 2011 deutlich erhöht, werden aber 2012 sinken, da ein neuer Abnahmevertrag zu deutlich günstigeren Konditionen zum Tragen kommt. Auch erhöhen werden sich 2012 die Aufwendungen auf Abwasser, da in 2011 eine Gutschrift aus dem Verbrauchsjahr 2010 verbucht wurde.

.....Im Jahr 2012 sind Investitionen, inklusiv verschobener aus dem Vorjahr, in Höhe von 900.000 Euro vorgesehen, die aus liquiden Mitteln getätigt werden.

.....Eine Änderung der Personalstruktur ist nicht vorgesehen, da sie der Größe des Unternehmens angepasst ist.

.....Für 2012 wird mit leicht rückläufigen Rinder- und konstanten Schweineschlachtungen gerechnet. Der Umsatz aus der Schlachtung kann sich verringern.“

#### **b) Feststellungen des Abschlussprüfers**

Der Abschlussprüfer Herr Klask/auditpro hat den Jahresabschluss geprüft und in seinem Bestätigungsvermerk mitgeteilt, dass „seine Prüfung zu **keinen Einwendungen** geführt hat. Nach seiner Beurteilung entspricht aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse der Jahresabschluss den gesetzlichen Vorschriften und den ergänzenden Bestimmungen der Satzung und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsgemäßer Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft. Der Lagebericht steht im Einklang mit dem Jahresabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage von der Gesellschaft und stellt Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar“.

Der Prüfbericht enthält folgende weitere Kennzahlen:

<u>Eigenkapitalquote:</u> 91,1%	Vj. 88,3 %
<u>Verbl. ggü. Kreditinstituten:</u> 198,2 TEUR	Vj. 465,9 TEUR
<u>Sachanlagevermögen:</u> 5,458 Mio. EUR	Vj. 6,014 Mio. EUR

#### **c) Aufsichtsratssitzung am 20.04.2012**

Der Aufsichtsrat der ESG hat in seiner Sitzung am 20.04.2012 den Jahresabschluss 2011 und den Prüfbericht beraten. Er empfiehlt der Gesellschafterin den Jahresabschluss mit Lagebericht festzustellen und den Jahresüberschuss in Höhe von 171.334,43 Euro mit dem bestehenden Verlustvortrag zu verrechnen. Der Aufsichtsrat hat der Geschäftsführung die Entlastung erteilt.

#### „Bericht des Aufsichtsrates der Erlanger Schlachthof GmbH

Der Aufsichtsrat wurde im Geschäftsjahr 2011 schriftlich und mündlich von der Geschäftsführung laufend über die Lage, die Geschäftsentwicklung und alle wesentlichen Geschäftsvorfälle unterrichtet.

Er hat den Geschäftsführer nach den gesetzlichen und satzungsgemäßen Vorschriften unterstützt, überwacht und die notwendigen Beschlüsse gefasst.

Insgesamt hat der Aufsichtsrat in zwei Sitzungen im Jahr 2011 (15. April und 14. Oktober) alle anstehenden Entscheidungen der Gesellschaft beraten und behandelt. Zudem kontrollierte der Aufsichtsrat die Umsetzung der im Aufsichtsrat gefassten Beschlüsse durch die Geschäftsführung.

Themen der AR-Sitzungen waren u. a. der Bericht des Abschlussprüfers für das Geschäftsjahr 2010, der Finanzplan 2011 – 2015, der Wirtschafts- und Investitionsplan für 2012 sowie der geplante Umbau der Frigenkühlung und der aktuelle Stand der Grundstücks-Verhandlungsgespräche.....

In einem Umlaufbeschluss wurde die Überlassung eines Gebäudeteils der Schweinekuttelei an die Firma Contifleisch GmbH zur Installation einer Kälteanlage beschlossen.

Der von der auditpro GmbH, Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Nürnberg, erstellte Bericht über die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichtes zum 31. Dezember 2011 hat der Aufsichtsrat geprüft und gebilligt. Die auditpro GmbH hat nach 2007, 2008, 2009 und 2010 zum fünften Mal den Jahresabschluss geprüft.

Der Jahresabschluss wird zur Feststellung unverzüglich dem Gesellschafter zugeleitet.

Für das abgelaufene Geschäftsjahr dankt der Aufsichtsrat dem Geschäftsführer und den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Erlanger Schlachthof GmbH für ihre Tätigkeit“.

#### **Anlagen:**

**Anlage 1 – Bilanz zum 31.12.2011**

**Anlage 2 – GuV für den Zeitraum vom 1.1.2011 bis 31.12.2011**

III. Abstimmung  
*siehe Anlage*

IV. Beschlusskontrolle

V. Zur Aufnahme in die Sitzungsniederschrift

VI. Zum Vorgang

	31.12.2010 TEUR	31.12.2011 EUR	31.12.2010 TEUR	31.12.2011 EUR	31.12.2010 TEUR	31.12.2011 EUR
<b>AKTIVA</b>						
<b>A. ANLAGEVERMÖGEN</b>						
<b>I. Sachanlagen</b>						
1. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Baulen einschließlich der Baulen auf fremden Grundstücken	4.850	4.501.771,92	1.104	879.463,03	6.706.615,61	6.707
2. Technische Anlagen und Maschinen	1.104	17.468,00	30	59.145,30	3.500.240,88	3.500
3. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	30	17.468,00	30	59.145,30	-4.128	21
4. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	30	59.145,30	30	59.145,30	171.334,43	21
	6.014	5.457.868,25	6.014	5.457.868,25	6.271.195,79	6.100
<b>B. UMLAUFVERMÖGEN</b>						
<b>I. Vorräte</b>						
Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	34	54.979,20	34	54.979,20	183.302,00	162
<b>II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände</b>						
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	332	294.003,23	0	0,00	198.228,95	466
2. Forderungen gegen Gesellschafter	0	0,00	0	0,00	163.094,80	148
3. Sonstige Vermögensgegenstände	15	43.166,07	15	43.166,07	18.668,24	8
	347	337.171,30	347	337.171,30	45.266,76	23
<b>III. Kassenbestand und Guthaben bei Kreditinstituten</b>						
	513	1.028.923,07	513	1.028.923,07	425.246,55	645
<b>C. RECHNUNGSABGRENZUNGSPOSTEN</b>						
Andere	894	802,52	894	802,52	0,00	2
	1	1.421.073,57	1	1.421.073,57	6.879.744,34	6.809
	6.009	6.879.744,34	6.009	6.879.744,34	6.879.744,34	6.809
<b>PASSIVA</b>						
<b>A. EIGENKAPITAL</b>						
<b>I. Gezeichnetes Kapital</b>						
<b>II. Kapitalrücklage</b>						
<b>III. Bilanzverlust</b>						
1. Verlustvortrag						
2. Jahresüberschuss						
<b>B. RÜCKSTELLUNGEN</b>						
Sonstige Rückstellungen						
<b>C. VERBINDLICHKEITEN</b>						
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten						
2. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen						
3. Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern						
4. Sonstige Verbindlichkeiten davon aus Steuern EUR 46.812,23 (V), TEUR 11) davon im Rahmen der sozialen Sicherheit EUR 0,00 (V), TEUR 0)						
<b>D. RECHNUNGSABGRENZUNGSPOSTEN</b>						

	<u>2011</u> EUR	<u>2011</u> EUR	<u>2010</u> EUR
<b>1. Umsatzerlöse</b>	3.662.971,55		3.738.006,08
2. Sonstige betriebliche Erträge	<u>181.979,53</u>		<u>176.285,76</u>
		3.844.951,08	<u>3.914.291,84</u>
3. Materialaufwand			
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	1.043.185,41		1.141.692,33
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	<u>750.171,48</u>		<u>808.392,70</u>
		<u>1.793.356,89</u>	<u>1.950.085,03</u>
<b>Rohergebnis</b>		2.051.594,19	<u>1.964.206,81</u>
4. Personalaufwand			
a) Löhne und Gehälter	554.579,73		538.624,03
b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung davon für die Altersversorgung EUR 8.523,20 (Vj. EUR 10.809,38)	<u>111.971,56</u>		<u>115.378,72</u>
		666.551,29	<u>654.002,75</u>
5. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und auf Sachanlagen		601.422,31	703.585,77
6. Sonstige betriebliche Aufwendungen		<u>635.824,43</u>	<u>690.553,09</u>
		147.796,16	<u>16.065,20</u>
7. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge davon aus Aufzinsung Forderungen EUR 38,00 (Vj. EUR 278,00)	5.378,25		3.609,85
8. Zinsen und ähnliche Aufwendungen davon aus Aufzinsung Rückstellung EUR 2.146,00 (Vj. EUR 2.529,00)	<u>16.605,70</u>		<u>29.052,67</u>
		-11.227,45	<u>-25.442,82</u>
<b>9. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit</b>		136.568,71	<u>-9.377,62</u>
10. Außerordentliche Erträge	0,00		98,00
11. Außerordentliche Aufwendungen	<u>0,00</u>		<u>1.468,00</u>
<b>12. Außerordentliches Ergebnis</b>		0,00	-1.370,00
13. Sonstige Steuern		<u>-34.765,72</u>	<u>-31.894,36</u>
<b>14. Jahresüberschuss</b>		<u>171.334,43</u>	<u>21.146,74</u>

## Sitzungsvorlage Mittelbereitstellung

Geschäftszeichen:  
VI/24

Verantwortliche/r:  
Amt 24

Vorlagennummer:  
242/210/2012

### Sanierung Heinrich-Lades-Halle – Baumaßnahmen 2012; Mittelbereitstellung zur Umsetzung der Entwurfsplanung

Beratungsfolge	Termin	Ö/N	Vorlagenart	Abstimmung
Bauausschuss / Werkausschuss für den Entwässerungsbetrieb	24.04.2012	Ö	Gutachten	
Haupt-, Finanz- und Personalausschuss	09.05.2012	Ö	Gutachten	
Stadtrat	23.05.2012	Ö	Beschluss	

#### Beteiligte Dienststellen

Amt 14

Die Zustimmung zur Mittelbereitstellung wird erteilt unter dem Vorbehalt der Haushaltsgenehmigung 2012.

13.4.2012 gez. Beugel  
Unterschrift Referat II

#### I. Antrag

Die Verwaltung beantragt nachfolgende überplanmäßige Bereitstellung von Mitteln:

Erhöhung der Aufwendungen um 470.000,- € / netto und Umbuchung von 450.000,- € / netto von IP-Nr. 573.405 Generalsanierung Heinrich-Lades-Halle in das Budget von Amt 24.

[Sachkostenbudget Amt 24	Kostenstelle [921983 Heinrich-Lades-Halle	Produkt [57328024 Leistungen für verpachtete Säle (MWSt-pfl.)	<b>920.000,- € netto</b> für Sachkonto [521112 Unterhalt der eigenen baulichen Anlagen
--------------------------	---	---	--

Die Deckung erfolgt durch Aufschiebung und Neuanmeldung / Mehreinnahme

IP-Nr. [573.405 Generalsanierung Heinrich-Lades-Halle	Kostenstelle [240090 Allgemeine Kostenstelle Amt 24	in Höhe von Produkt [57320024 Leistungen für Messehallen, Mehrzweckhallen, Stadthallen (st.-pfl.)	<b>450.000,- € netto</b> bei Sachkonto [037202 Zugänge Gebäude, Aufb. u. Betr. von sonstigen Dienst-/ Geschäfts- und Betriebsgebäuden
IP-Nr. [252.402 Um- u. Ausbaumaßnahmen, Bauteil B, Med.Archiv(MuWi)	Kostenstelle 240090 Allgemeine Kostenstelle Amt 24	und in Höhe von Produkt [25230024 Leistungen für Kultureinrichtungen	<b>350.000,- € netto €</b> bei Sachkonto 034202 Zugänge Gebäude, Aufb. u. Betr. von Kulturanlagen
IP-Nr. 522.280E [Darlehensrückzahlung Baugenossenschaft	Kostenstelle [200090 Allgemeine Kostenstelle Amt 20	und in Höhe von Produkt [52210020 Leistungen für Wohnungsbauförderung	<b>120.000,- € netto</b> bei Sachkonto [131833 Abgänge Laufzeit 5 Jahre und mehr

Zu IP-Nr. 252.402: Die Außenanlagen des Museumswinkels werden 2012 nicht ausgeführt. Die angebotenen Deckungsmittel sind zum Haushaltsentwurf 2013 bei der IP-Nr. 252.402 anzumelden.

## II. Begründung

### 1. Ressourcen

Zur Durchführung des Leistungsangebots/der Maßnahme sind nachfolgende Investitions-, Sach- und/oder Personalmittel notwendig:

Für den Verwendungszweck stehen im Sachkostenbudget (Ansatz) zur Verfügung 800.000,- €/netto

Im Investitionsbereich stehen dem Fachbereich zur Verfügung (Ansatz)

Es stehen Haushaltsreste zur Verfügung in Höhe von

Haushaltsreste sind gebunden für Brandschutzmaßnahmen kleiner Saal

Bisherige Mittelbereitstellungen für den gleichen Zweck sind bereits erfolgt in Höhe von €

Summe der bereits vorhandenen Mittel 800.000,- €/netto

Gesamt-Ausgabebedarf (inkl. beantragter Mittelbereitstellung) 1.720.000,- €/netto

Die Kostenberechnung erfolgt ohne Umsatzsteuer, da Maßnahmen an der Halle vorsteuerabzugsberechtigt sind.

Die Mittel werden benötigt  auf Dauer  
 einmalig von im HH-Jahr 2012

#### Nachrichtlich:

Verfügbare Mittel im Budget zum Zeitpunkt der Antragstellung €

Das Sachkonto ist nicht dem Sachkostenbudget zugeordnet.

Verfügbare Mittel im Deckungskreis €

Die IP-Nummer ist keinem Budget bzw. Deckungskreis zugeordnet.

### 2. Ergebnis/Wirkungen

(Welche Ergebnisse bzw. Wirkungen sollen erzielt werden?)

Umsetzung der für 2012 geplanten Sanierungsmaßnahmen für die schrittweise Sanierung der Heinrich-Lades-Halle soll, entsprechend dem geplanten Vorgehen bis 2014, nach Prioritäten fortgeführt und bis 2018 abgeschlossen werden.

### 3. Programme/Produkte/Leistungen/Auflagen

(Was soll getan werden, um die Ergebnisse bzw. Wirkungen zu erzielen?)

Ausschreibung und Vergabe der Leistungen nach VOB/A und VOB/B; Ausführung der Bauleistungen nach VOB/C.

Inhaltlich wird auf die Beschlussvorlage Nr. 242/211/2012 im Bau- und Werkausschuss vom 24.04.2012 verwiesen.

### 4. Prozesse und Strukturen

(Wie sollen die Programme/Leistungsangebote erbracht werden?)

Projektsteuerung : Amt 24/GME

Projektleitung: SB 242-1/BU, Herr Gebhardt

III. Abstimmung  
*siehe Anlage*

IV. Beschlusskontrolle

V. Zur Aufnahme in die Sitzungsniederschrift

VI. Zum Vorgang

**Sitzungsvorlage Mittelbereitstellung**

Geschäftszeichen:  
VI/24

Verantwortliche/r:  
Amt 24 GME

Vorlagennummer:  
**242/205/2012**

**Brandschutztechnische Sanierung des Markgrafentheaters Erlangen, Mittelbereitstellung für die Änderung/Erweiterung der Entwurfsplanung auf Grund zusätzlicher baulicher Maßnahmen**

Beratungsfolge	Termin	Ö/N	Vorlagenart	Abstimmung
Bauausschuss / Werkausschuss für den Entwässerungsbetrieb	24.04.2012	Ö	Gutachten	
Haupt-, Finanz- und Personalaus-schuss	09.05.2012	Ö	Gutachten	
Stadtrat	23.05.2012	Ö	Beschluss	

**Beteiligte Dienststellen**  
Amt 24, Amt 14, Amt 44

Die Zustimmung zur Mittelbereitstellung wird erteilt unter dem Vorbehalt der Haushaltsgenehmigung 2012.

13.4.2012 gez. Beugel  
Unterschrift Referat II

**I. Antrag**

Die Verwaltung beantragt nachfolgende über-/außerplanmäßige Bereitstellung von Mitteln: Erhöhung der ~~Aufwendungen~~/Auszahlungen um 395.000,-- €

IP-Nr. 261.404 Brand-schutztech. San. Theater	Kostenstelle [240090 Allg. Sachkosten Amt 24	Produkt 26110024 Leistungen für Theater	<b>395.000,- €</b> für Sachkonto [034202 Zugang Gebäude
---	--	---	---

Die Deckung erfolgt durch ~~Einsparung/Mehreinnahme~~ Aufschiebung und Neuanschaffung bei

IP-Nr. [252.402 Umbau MedArchiv, San. WCs u. Fenster, Außenanlagen	Kostenstelle [240090 Allg. Sachkosten Amt 24	in Höhe von Produkt [25230024 Kul-tureinrichtungen	<b>395.000,- €</b> bei Sachkonto [034202 Zugang Gebäude
IP-Nr. [	Kostenstelle	und in Höhe von Produkt [	€ bei Sachkonto
IP-Nr. [	Kostenstelle [	und in Höhe von Produkt [	€ bei Sachkonto [

Zu IVP-Nr. 252.402: Die Außenanlagen des Museumswinkels werden 2012 nicht ausgeführt. Hierfür stehen 800.000 € zur Verfügung. Die angebotenen Deckungsmittel sind zum Haushaltsentwurf 2013 bei der IP-Nr. 252.402 anzumelden.

**II. Begründung**

**1. Ressourcen**

Zur Durchführung des Leistungsangebots/der Maßnahme sind nachfolgende Investitions-, Sach-

und/oder Personalmittel notwendig:

Für den Verwendungszweck stehen im Sachkostenbudget (Ansatz) zur Verfügung	€
Im Investitionsbereich stehen dem Fachbereich zur Verfügung (Ansatz 2012)	799.600,00 €
Es stehen Haushaltsreste zur Verfügung in Höhe von	389.463,22 €
Bisherige Mittelbereitstellungen für den gleichen Zweck sind bereits erfolgt in Höhe von	€
Summe der 2012 bereits vorhandenen Mittel	1.189.063,22
Gesamt-Ausgabebedarf 2012 (inkl. beantragter Mittelbereitstellung)	<b>1.584.063,22</b>

Die Mittel werden benötigt  auf Dauer  
 einmalig im HH- Jahr 2012

Nachrichtlich:

Verfügbare Mittel im Budget zum Zeitpunkt der Antragstellung 1.017.027,25 €

Das Sachkonto ist nicht dem Sachkostenbudget zugeordnet.

Verfügbare Mittel im Deckungskreis €

Die IP-Nummer ist keinem Budget bzw. Deckungskreis zugeordnet.

## 2. Ergebnis/Wirkungen

(Welche Ergebnisse bzw. Wirkungen sollen erzielt werden?)

Bauliche Umsetzung der geforderten zusätzlichen Maßnahmen.

## 3. Programme/Produkte/Leistungen/Auflagen

(Was soll getan werden, um die Ergebnisse bzw. Wirkungen zu erzielen?)

Ausschreibung und Vergabe der zusätzlichen Leistungen nach VOB/A und VOB/B; Ausführung der Bauleistungen nach VOB/C

Inhaltlich wird auf die Beschlussvorlage Nr. 242/203/2012 im Bau- und Werkausschuss vom 24.04.2012 verwiesen.

## 4. Prozesse und Strukturen

(Wie sollen die Programme/Leistungsangebote erbracht werden?)

Projektsteuerung: Amt 24/GME

Projektleitung: SB 242-1-1/BU, Herr Klischat

## Anlagen:

III. Abstimmung  
*siehe Anlage*

IV. Beschlusskontrolle

V. Zur Aufnahme in die Sitzungsniederschrift

VI. Zum Vorgang

## Beschlussvorlage

Geschäftszeichen:  
OBM/Gst/ZBB-1523

Verantwortliche/r:  
Gleichstellungsstelle

Vorlagennummer:  
Gst/011/2012

### Übertragung und Verwendung des Budgetergebnisses 2011 der Gleichstellungsstelle

Beratungsfolge	Termin	Ö/N	Vorlagenart	Abstimmung
Haupt-, Finanz- und Personalaus- schuss	09.05.2012	Ö	Beschluss	

Beteiligte Dienststellen  
Amt 20

#### I. Antrag

Dem bereinigten Gesamtbudgetergebnis 2011 der Gleichstellungsstelle i.H.v. -436,33 EUR und dem Ausgleich des Verlustes durch Entnahme aus der Sonderrücklage Budgetergebnis des Amtes entsprechend den Budgetierungsregeln von 436,33 EUR wird zugestimmt.

Mit dem Vorschlag zur Verwendung der Restmittel in der Budgetrücklage der Gleichstellungsstelle von 1.449,55 EUR besteht, vorbehaltlich der Beschlussfassung über die Übertragung der Budgetergebnisse durch den Stadtrat, Einverständnis.

Eine endgültige Beratung und Beschlussfassung über den Verlustvortrag erfolgt in Haupt-, Finanz- und Personalausschuss und Stadtrat.

#### II. Begründung

##### 1. Ergebnis/Wirkungen

(Welche Ergebnisse bzw. Wirkungen sollen erzielt werden?)

Der Übertrag des negativen Gesamtbudgetergebnisses zu 100 % als Verlust in das nächste Haushaltsjahr soll dem Fachamt einen Anreiz zu verstärkter Wirtschaftlichkeit bieten.

##### 2. Programme / Produkte / Leistungen / Auflagen

(Was soll getan werden, um die Ergebnisse bzw. Wirkungen zu erzielen?)

2.1 Das bereinigte Sachkostenbudgetergebnis 2011 der Gleichstellungsstelle beträgt – 3.384,63 EUR (2010: 1.925,86 EUR, 2009: - 2.548,23 EUR).

Es ist zurückzuführen auf:  
25jähriges Jubiläum Gst

2.2 Das bereinigte Personalkostenbudgetergebnis 2011 der Gleichstellungsstelle beträgt 2.948,30 EUR (2010: - 3.674,86 EUR, 2009: 2.145,55 EUR).

Es ist zurückzuführen auf:

2.3 Das Arbeitsprogramm 2011 konnte wie geplant erfüllt werden:

2.4 Der **vorgesehene Verlustvortrag** ist der beiliegenden Budgetabrechnung der Kämmerei zu entnehmen.

2.5 **Zum Ausgleich des Verlustvortrages sind folgende Maßnahmen geplant::**

2.5.1

2.5.2

2.5.3

2.6 Entwicklung der Budgetergebnisrücklage der Gleichstellungsstelle in 2011

	Betrag in EUR
Stand am 01.01.2011	1.885,88
geplante Entnahmen 2011 aufgrund Fachausschussbeschluss vom (XX.XX.2011)	
für XX,XX EUR	
für XX,XX EUR	
für XX,XX EUR	
./. abzüglich der tatsächlichen Entnahmen aufgrund Fachausschussbeschluss	XX,XX
./.abzüglich Rücklagenentnahme zur Reduzierung des Verlustausgleichs	- 436,33
= gegenwärtiger Rücklagenstand	1.449,55
Folgende Verwendung des gegenwärtigen Rücklagenstandes ist geplant:	
2.6.1 Ausgleich für Kosten, die im Rahmen der Umsetzung des Arbeitsprogramms entstehen	
2.6.2	
2.6.3	

### 3. Prozesse und Strukturen

(Wie sollen die Programme / Leistungsangebote erbracht werden?)

### 4. Ressourcen

(Welche Ressourcen sind zur Realisierung des Leistungsangebotes erforderlich?)

**Verlustvortrag** nach 2012 i.H.v. **XX,XX EUR**

(der Verlustvortrag wird durch Mittelentzug aus dem laufenden Budget 2012 umgesetzt)

### Anlagen:

III. Abstimmung  
siehe Anlage

IV. Beschlusskontrolle

V. Zur Aufnahme in die Sitzungsniederschrift

VI. Zum Vorgang

Kontenschema			Überschuss-Budget oder Zuschuss- Budget (negativer Betrag)	<u>Budgetrelevante Änderungen im Laufe des Jahres 2011</u>
15_BUDGET				
	Erträge	Aufwendungen		
Zeile 254	1.100,00	-5.500,00	-4.400,00	<b>beschlossenes Sachmittelbudget (Kontenschema SKO+TF, Mittelherkunft lfd. HH)</b> Veränderungen im Laufe des Abrechnungszeitraums (Mittelherkunftsfilter APL/ÜPL/Sperre)
Zeile 165	0,00	0,00		Summe der Veränderungen im Abrechnungszeitraum (Mittelherkunftsfilter APL/ÜPL/Sperre)

			<u>Budgetabrechnung 2011</u>	
Zeile 168	1.100,00	-5.500,00	-4.400,00	<b>Fortgeschriebenes Sachmittelbudget (s. "Gesamtansatz" in nsk-Kontenschema XX_BUDGET1, Spaltenlayout DRUCK5)</b>
Zeile 170	710,00	-8.494,63	-7.784,63	<b>erwirtschaftetes Überschuss-/verbrauchtes Zuschussbudget = Rechnungsergebnis (s. "Bewegung" in nsk-Kontenschema XX_BUDGET1, Spaltenlayout DRUCK5)</b>
	-390,00	-2.994,63		Mehrerträge (+) / Mindererträge (-) Mehraufwendungen (+) / Minderaufwendungen (-)
Zeile 174			-3.384,63	<b>Ergebnis Sachmittelbudget</b> Bereinigungen Sachmittelbudget:
Zeile 179			-3.384,63	<b>Bereinigtes Ergebnis Sachmittelbudget = Teilergebnis I</b>
Zeile 181			2.948,30	<b>Ergebnis Personalmittelbudget (Wert kommt von Amt 11)</b> Bereinigungen Personalmittelbudget
Zeile 186			2.948,30	<b>Bereinigtes Ergebnis Personalmittelbudget = Teilergebnis II</b>
Zeile 188			-436,33	<b>Bereinigtes Gesamtergebnis Personal- und Sachmittelbudget (Teilergebnis I + II)</b>
				abzüglich 80 % Rückgabe gemäß Budgetierungsregel (Rückgabe = Betrag mit Minuszeichen)
				abzüglich freiwillige Rückgabe des Fachamtes (Rückgabe = Betrag mit Minuszeichen)
			436,33	plus Entnahme aus der Sonderrücklage des Fachamtes zur Reduzierung des negativen Ergebnisses (kein Vorzeichen)
Zeile 194			0,00	<b>Übertragungsvorschlag der Kämmerei für den Fachausschuss/HFPA/Stadtrat</b>

37/85

## Beschlussvorlage

Geschäftszeichen:  
Personalrat

Verantwortliche/r:

Vorlagennummer:  
II/157/2012

Beratungsfolge	Termin	Ö/N	Vorlagenart	Abstimmung
Haupt-, Finanz- und Personalaus- schuss	09.05.2012	Ö	Beschluss	

### Beteiligte Dienststellen

#### I. Antrag

Dem bereinigten Gesamtbudgetergebnis 2011 des Personalrates i. H. v. -3.803,10 EUR und dem Ausgleich des Verlustes durch Entnahme aus der Sonderrücklage Budgetergebnis des Personalrates entsprechend den Budgetierungsregeln von 3803,10 EUR wird zugestimmt.

Mit dem Vorschlag zur Verwendung der Restmittel in der Budgetrücklage des Personalrates von 9.848,12 EUR besteht, vorbehaltlich der Beschlussfassung über die Übertragung der Budgetergebnisse durch den Stadtrat, Einverständnis.

Eine endgültige Beratung und Beschlussfassung über den Verlustvortrag erfolgt in Haupt-, Finanz- und Personalausschuss und Stadtrat.

#### II. Begründung

##### 1. Ergebnis/Wirkungen

(Welche Ergebnisse bzw. Wirkungen sollen erzielt werden?)

Der Übertrag des negativen Gesamtbudgetergebnisses zu 100 % als Verlust in das nächste Haushaltsjahr soll dem Fachamt einen Anreiz zu verstärkter Wirtschaftlichkeit bieten.

##### 2. Programme / Produkte / Leistungen / Auflagen

(Was soll getan werden, um die Ergebnisse bzw. Wirkungen zu erzielen?)

2.1 Das bereinigte Sachkostenbudgetergebnis 2011 des Amtes Personalrat beträgt -3.856,18 EUR (2010: 4.067,59 EUR, 2009: 1.352,36 EUR).

Es ist zurückzuführen auf: Personalratswahlen, Schulungen neugewählter Personalratsmitglieder

In den Investitionshaushalt wurden XX,XX EUR übertragen (2010: XX,XX EUR, 2009: XX,XX EUR).

2.2 Das bereinigte Personalkostenbudgetergebnis 2011 des Amtes Personalrat beträgt 53,08 EUR (2010: 53.274,54 EUR, 2009: XX,XX EUR).

Es ist zurückzuführen auf: - -

2.3 Das Arbeitsprogramm 2011 konnte wie geplant/mit folgenden Änderungen erfüllt werden:

2.4 Der vorgesehene Verlustvortrag ist der beiliegenden Budgetabrechnung der Kämmerei zu entnehmen.

2.5 Zum Ausgleich des Verlustvortrages sind folgende Maßnahmen geplant::

- 2.5.1
- 2.5.2
- 2.5.3

2.6 Entwicklung der Budgetergebnisrücklage des Amtes Personalrat in 2011

	Betrag in EUR
Stand am 01.01.2011	13.651,22
geplante Entnahmen 2011 aufgrund Fachausschussbeschluss vom (XX.XX.2011)	
für XX,XX EUR	
für XX,XX EUR	
für XX,XX EUR	
./. abzüglich der tatsächlichen Entnahmen aufgrund Fachausschussbeschluss	XX,XX
./.abzüglich Rücklagenentnahme zur Reduzierung des Verlustausgleichs	XX,XX
= gegenwärtiger Rücklagenstand	13.651,22
Folgende Verwendung des gegenwärtigen Rücklagenstandes ist geplant:	
2.6.1	XX,XX
2.6.2	XX,XX
2.6.3	XX,XX

### 3. Prozesse und Strukturen

(Wie sollen die Programme / Leistungsangebote erbracht werden?)

### 4. Ressourcen

(Welche Ressourcen sind zur Realisierung des Leistungsangebotes erforderlich?)

Verlustvortrag nach 2012 i. H. v. 3803,10 EUR

(der Verlustvortrag wird durch Mittelentzug aus dem laufenden Budget 2012 umgesetzt)

### Anlagen: Budgetabrechnung

III. Abstimmung  
*siehe Anlage*

IV. Beschlusskontrolle

V. Zur Aufnahme in die Sitzungsniederschrift

VI. Zum Vorgang

Kontenschema			Überschuss-Budget oder Zuschuss-Budget (negativer)		Budgetrelevante Änderungen im Laufe des Jahres 2011	
16_BUDGET						
	Erträge	Aufwendungen				
Zeile 254	200,00	-9.100,00	-8.900,00		beschlossenes Sachmittelbudget (Kontenschema SKO+TF, Mittelherkunft lfd. HH)	
					Veränderungen im Laufe des Abrechnungszeitraums (Mittelherkunftsfilter APL/ÜPL/Sperre)	
Zeile 165	0,00	0,00			Summe der Veränderungen im Abrechnungszeitraum (Mittelherkunftsfilter APL/ÜPL/Sperre)	

			Budgetabrechnung 2011			
Zeile 168	200,00	-9.100,00	-8.900,00		Fortgeschriebenes Sachmittelbudget (s. "Gesamtansatz" in nsk-Kontenschema XX_BUDGET1, Spaltenlayout DRUCK5)	
Zeile 170	0,00	-12.756,18	-12.756,18		erwirtschaftetes Überschuss-/verbrauchtes Zuschussbudget = Rechnungsergebnis (s. "Bewegung" in nsk-Kontenschema XX_BUDGET1, Spaltenlayout DRUCK5)	
	-200,00				Mehrerträge (+) / Mindererträge (-)	
		-3.656,18			Mehraufwendungen (+) / Minderaufwendungen (-)	
Zeile 174			-3.856,18		Ergebnis Sachmittelbudget	
					Bereinigungen Sachmittelbudget:	
Zeile 179			-3.856,18		Bereinigtes Ergebnis Sachmittelbudget = Teilergebnis I	
Zeile 181			53,08		Ergebnis Personalmittelbudget (Wert kommt von Amt 11)	
					Bereinigungen Personalmittelbudget	
Zeile 186			53,08		Bereinigtes Ergebnis Personalmittelbudget = Teilergebnis II	
Zeile 188			-3.803,10		Bereinigtes Gesamtergebnis Personal- und Sachmittelbudget (Teilergebnis I + II)	
					abzüglich 80 % Rückgabe gemäß Budgetierungsregel (Rückgabe = Betrag mit Minuszeichen)	
					abzüglich freiwillige Rückgabe des Fachamtes (Rückgabe = Betrag mit Minuszeichen)	
			3.803,10		plus Entnahme aus der Sonderrücklage des Fachamtes zur Reduzierung des negativen Ergebnisses (kein Vorzeichen)	
Zeile 194			0,00		Übertragungsvorschlag der Kämmerei für den Fachausschuss/HFPA/Stadtrat	

40/85

## Beschlussvorlage

Geschäftszeichen:  
OBM/13

Verantwortliche/r:  
Bürgermeister- und Presseamt

Vorlagennummer:  
13-2/212/2012

### Übertragung und Verwendung des Budgetergebnisses 2011 des Amtes 13

Beratungsfolge	Termin	Ö/N	Vorlagenart	Abstimmung
Haupt-, Finanz- und Personalaus- schuss	09.05.2012	Ö	Beschluss	

#### Beteiligte Dienststellen

--

#### I. Antrag

Dem bereinigten Gesamtbudgetergebnis 2011 des Amtes 13 i. H. v. -599,36 EUR und dem Ausgleich des Verlustes durch Entnahme aus der Sonderrücklage Budgetergebnis des Amtes entsprechend den Budgetierungsregeln von 599,36 EUR wird zugestimmt.

Mit dem Vorschlag zur Verwendung der Restmittel in der Budgetrücklage des Amtes von 37.463,60 EUR besteht, vorbehaltlich der Beschlussfassung über die Übertragung der Budgetergebnisse durch den Stadtrat, Einverständnis.

Eine endgültige Beratung und Beschlussfassung über das Budgetergebnis erfolgt in Haupt-, Finanz- und Personalausschuss und Stadtrat.

#### II. Begründung

##### 1. Ergebnis/Wirkungen

(Welche Ergebnisse bzw. Wirkungen sollen erzielt werden?)

Der Übertrag des negativen Gesamtbudgetergebnisses zu 100 % als Verlust in das nächste Haushaltsjahr soll dem Fachamt einen Anreiz zu verstärkter Wirtschaftlichkeit bieten.

##### 2. Programme / Produkte / Leistungen / Auflagen

(Was soll getan werden, um die Ergebnisse bzw. Wirkungen zu erzielen?)

- 2.1 Das bereinigte Sachkostenbudgetergebnis 2011 des Amtes 13 beträgt -18.249,39 EUR (2010: 72.636,07 EUR, 2009: 23.046,25 EUR).

Es ist zurückzuführen auf: sparsame Haushaltsführung und Verwendung von Spenden und Sponsorenmitteln an Stelle von Budgetmitteln

In den Investitionshaushalt wurden 7.249,02 EUR übertragen (2010: 5.000 EUR, 2009: 3.383 EUR).

- 2.2 Das bereinigte Personalkostenbudgetergebnis 2011 des Amtes 13 beträgt 17.650,03 EUR (2010: 124.827,32 EUR, 2009: 20.401,03 EUR).

Es ist zurückzuführen auf: zeitlich versetzter Wechsel von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern oder verzögerte Stellenbesetzung, Ausgleich von Zahlungen bei Langzeiterkrankten

- 2.3 Das Arbeitsprogramm 2011 konnte wie geplant erfüllt werden.

- 2.4 Der vorgesehene Verlustvortrag ist der beiliegenden Budgetabrechnung der Kämmerei zu entnehmen.

2.5 Zum Ausgleich des Verlustvortrages sind folgende Maßnahmen geplant::

2.5.1 Entnahme aus der Sonderrücklage des Amtes 13 in Höhe von 599,36 EUR

2.6 Entwicklung der Budgetergebnisrücklage des Amtes 13 in 2011

	Betrag in EUR
Stand am 01.01.2011	67.912,96
geplante Entnahmen 2011 aufgrund Stadtratsbeschluss vom (30.06.2011)	
für 50 Jahre Partnerschaft Eskilstuna	20.000 EUR
für neues Ausstellungssystem im Rathausfoyer	15.000 EUR
für Deckung der Mehrkosten der Aktiv-Card	10.000 EUR
für Öffentlichkeitsarbeit 325 Jahre Hugenottenstadt	5.000 EUR
für Bau des geplanten Physiotherapieraums in San Carlos	10.000 EUR
für Beteiligung an der Finanzierung einer Koordinationsstelle der Partnerstädte in San Carlos	2.000 EUR
für Deutsch-Offensive, um die Kürzungen der vorgesehenen Kursprogramm bei den Kinderkursen zu verhindern	2.000 EUR
Zuführung zur Budgetrücklage	3.492,68f EUR
./. abzüglich der tatsächlichen Entnahmen aufgrund Fachausschussbeschluss	29.850,00
./.abzüglich Rücklagenentnahme zur Reduzierung des Verlustausgleichs	599,36
= gegenwärtiger Rücklagenstand	37.463,60
Folgende Verwendung des gegenwärtigen Rücklagenstandes ist geplant:	
2.6.1 Mietzuschuss 2012 Räume Brüx/Komotau	6.500,00
2.6.2 Deckung der Mehrkosten der Aktiv-Card	10.000,00
2.6.3 Ansparung für unvorhergesehene Budgetentwicklung	20.963,60

### 3. Prozesse und Strukturen

(Wie sollen die Programme / Leistungsangebote erbracht werden?)

### 4. Ressourcen

(Welche Ressourcen sind zur Realisierung des Leistungsangebotes erforderlich?)

Verlustvortrag nach 2012 i. H. v. 0 EUR

**Anlagen:** Budgetdokumentation Amt 13

III. Abstimmung  
*siehe Anlage*

IV. Beschlusskontrolle

V. Zur Aufnahme in die Sitzungsniederschrift

VI. Zum Vorgang

Kontenschema		Überschuss-Budget oder Zuschuss-Budget (negativer Betrag)		Budgetrelevante Änderungen im Laufe des Jahres 2011	
13_BUDGET					
	Erträge	Aufwendungen			
Zeile 254	108.700,00	-511.000,00	-402.300,00	<b>beschlossenes Sachmittelbudget (Kontenschema SKO+TF, Mittelherkunft lfd. HH)</b>	
		859,00		Veränderungen im Laufe des Abrechnungszeitraums (Mittelherkunftsfiler APL/ÜPL/Sperre)	
		-6.700,00		Genehmigungsnr. 6 (MUmb f. IP 111.K351C v. SK 543111 - Anschaffung einer neuen Kamera)	
		-2.000,00		Genehmigungsnr. 43 (MUmb f. SK 530101 v. SK 441111 / Amt 24 - Finanzierung Zuschuss Mietkosten für Heimatvertriebene)	
		591,98		Genehmigungsnr. 79 (MUmb f. SK 530101 aus der Budgetrücklage - Beteiligung an der Finanzierung einer Koordinationsstelle in San Carlos)	
				Genehmigungsnr. 128 (MUmb f. IP 111.K351C v. SK 543111 - Anschaffung einer Kamera)	
Zeile 165	0,00	-7.249,02		Summe der Veränderungen im Abrechnungszeitraum (Mittelherkunftsfiler APL/ÜPL/Sperre)	
<b>Budgetabrechnung 2011</b>					
Zeile 168	108.700,00	-518.249,02	-409.549,02	<b>Fortgeschriebenes Sachmittelbudget (s. "Gesamtansatz" in nsk-Kontenschema XX_BUDGET1, Spaltenlayout DRUCK5)</b>	
Zeile 170	130.878,65	-650.096,11	-519.217,46	<b>erwirtschaftetes Überschuss-/verbrauchtes Zuschussbudget = Rechnungsergebnis (s. "Bewegung" in nsk-Kontenschema XX_BUDGET1, Spaltenlayout DRUCK5)</b>	
	22.178,65			Mehrerträge (+) / Mindererträge (-)	
		-131.847,09		Mehraufwendungen (+) / Minderaufwendungen (-)	
Zeile 174			-109.668,44	<b>Ergebnis Sachmittelbudget</b>	
				Bereinigungen Sachmittelbudget:	
			60.000,00	Einnahmen "IZ Koordination" auf Planansatz SK 448001, KST 130090, KTR 11110013 nicht mehr erzielbar	
			11.419,05	Abrechnung des virtuellen Kontos für 2010	
			20.000,00	Vorauszahlung IZ, nicht im Budget veranschlagt	
Zeile 179			-18.249,39	<b>Bereinigtes Ergebnis Sachmittelbudget = Teilergebnis I</b>	
Zeile 181			17.650,03	<b>Ergebnis Personalmittelbudget (Wert kommt von Amt 11)</b>	
				Bereinigungen Personalmittelbudget	
Zeile 186			17.650,03	<b>Bereinigtes Ergebnis Personalmittelbudget = Teilergebnis II</b>	
Zeile 188			-599,36	<b>Bereinigtes Gesamtergebnis Personal- und Sachmittelbudget (Teilergebnis I + II)</b>	
				abzüglich 80 % Rückgabe gemäß Budgetierungsregel (Rückgabe = Betrag mit Minuszeichen)	
				abzüglich freiwillige Rückgabe des Fachamtes (Rückgabe = Betrag mit Minuszeichen)	
			599,36	plus Entnahme aus der Sonderrücklage des Fachamtes zur Reduzierung des negativen Ergebnisses (kein Vorzeichen)	
Zeile 194			0,00	<b>Übertragungsvorschlag der Kämmerei für den Fachausschuss/HFPA/Stadtrat</b>	

## Beschlussvorlage

Geschäftszeichen:  
OBM/ZV/11

Verantwortliche/r:  
Personal- und Organisationsamt

Vorlagennummer:  
11/086/2012

### Übertragung und Verwendung des Budgetergebnisses 2011 des Amtes 11

Beratungsfolge	Termin	Ö/N	Vorlagenart	Abstimmung
Haupt-, Finanz- und Personalaus- schuss	09.05.2012	Ö	Beschluss	

Beteiligte Dienststellen  
Amt 20

#### I. Antrag

Dem bereinigten Gesamtbudgetergebnis 2011 des Amtes 11 i.H.v. 44.810,98 EUR und dem vorgesehenen Übertrag von 8.962,20 EUR wird zugestimmt.

Mit dem Vorschlag zur Verwendung des Budgetübertrages 2011 i.H.v. 8.962,20 EUR und der Restmittel in der Budgetrücklage des Amtes von 159.036,02 EUR besteht, vorbehaltlich der Beschlussfassung über die Übertragung der Budgetergebnisse durch den Stadtrat, Einverständnis.

Eine endgültige Beratung und Beschlussfassung über den Übertrag erfolgt in Haupt-, Finanz- und Personalausschuss und Stadtrat.

#### II. Begründung

##### 1. Ergebnis/Wirkungen

(Welche Ergebnisse bzw. Wirkungen sollen erzielt werden?)

Mit der Möglichkeit, 20 % des positiven Budgetergebnisses für sinnvolle Aufgaben des nächsten Jahres verwenden zu können, soll das verantwortungsvolle Wirtschaften des Fachamtes unterstützt und anerkannt werden.

##### 2. Programme / Produkte / Leistungen / Auflagen

(Was soll getan werden, um die Ergebnisse bzw. Wirkungen zu erzielen?)

1.

2.1 Das bereinigte Sachkostenbudgetergebnis 2011 des Amtes 11 beträgt 12.188,75 EUR (2010: 144.614,31 EUR, 2009: 60.844,64 EUR).

Es ist zurückzuführen auf:

Im Sachmittelbudget des Personal- und Organisationsamtes sind das BeihilfeCenter, die Gehaltsabrechnung für externe Kunden und die internen/interkommunalen Fortbildungen integriert. Durch die schwer planbare Nutzung dieser Dienstleistungen weichen hier die Rechnungsergebnisse von den Ansatzzahlen ab. Entsprechenden Aufwänden stehen jedoch Erträge durch (Verwaltungskosten-) Erstattungen gegenüber. Die Steigerung der Aufwände ist zum Teil auch auf gestiegene Kosten für Veranstaltungen und städtische Mitgliedschaften zurückzuführen.

In den Investitionshaushalt wurden 3.000,00 EUR Erstattungen an GME für die Anschaffung von Mobiliar übertragen (2010 und 2009: erfolgten keine Übertragung).

2.2 Das bereinigte Personalkostenbudgetergebnis 2011 des Amtes 11 beträgt 32.622,26 EUR (2010: 146.332,55 EUR, 2009: 112.025,48 EUR).

Es ist zurückzuführen auf:

Auch im Jahr 2011 ergaben sich aufgrund von Personalwechsel Restmittel im Personalbudget. Neu eingewechselte Mitarbeiter/innen im Amt haben teilweise, niedrigere Besoldungs/Tarifstufen.

2.3 Das Arbeitsprogramm 2011 konnte wie geplant/mit folgenden Änderungen erfüllt werden:  
Zur weiteren Intensivierung und zum zeitnahen Abschluss der Einführung der Personalmanagement-Software werden drei überplanmäßig Beschäftigte seit Herbst 2011 zur Entlastung der Sachbearbeitung eingesetzt. Diese Unterstützung läuft bis Ende des Jahres 2012.

2.4 Der vorgesehene Übertragungsvorschlag ist der beiliegenden Budgetabrechnung der Kämmererei zu entnehmen.

2.5 Folgende Verwendung des Budgetübertrages ist geplant:

- 2.5.1 Führungsqualifikationsreihe (verschobener Start im Jahr 2011)
- 2.5.2 umfangreiche Reorganisation des Amtes 11 mit externer Unterstützung
- 2.5.3 externe Dienstleistungen zur beschleunigten Einführung des Personalmanagementsystems
- 2.5.4 Umstellung von eigenentwickelten Softwarelösungen auf strategische Standardsoftware (LOGA bzw. NSK)
- 2.5.5 erhöhter Schulungsbedarf durch umfassende Rechtsänderungen (Neues Dienstrecht)
- 2.5.6 Wissensbewahrungsprojekte für ausscheidende Mitarbeiter/innen sowie sog. „kritische Wissensträger“
- 2.5.7 Noch nicht vollständig abgerechnete Leistung für die externe Beratung im Jahr 2011

2.6 Entwicklung der Budgetergebnisrücklage des Amtes 11 in 2011

	Betrag in EUR
Stand am 01.01.2011	162.036,02
geplante Entnahmen 2011 aufgrund Fachausschussbeschluss	0
./. abzüglich der tatsächlichen Entnahmen aufgrund Fachausschussbeschluss	0
./.abzüglich Rücklagenentnahme zur Reduzierung des Verlustausgleichs	3.000,00
= gegenwärtiger Rücklagenstand	159.036,02
Folgende Verwendung des gegenwärtigen Rücklagenstandes sind weiter geplant, aber nicht detailliert finanziell kalkuliert:	
2.6.1	Intensivierung und zeitnaher Abschluss der Einführung der Personalmanagement-Software durch Entlastung der Sachbearbeiter mit zusätzlichen Beschäftigten.
2.6.2	Erhöhter Schulungsbedarf von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern aufgrund der hohen Fluktuationsrate sowie der Einführung von LOGA ergänzend zu dem hohen laufenden Schulungsbedarf zur Stärkung der Handlungskompetenz aufgrund laufender Rechts- und Tarifänderungen sowie stetig wachsender Anforderungen an die Sozial- und Persönlichkeitskompetenz
2.6.3	Fortsetzung der DMS-Einführung im Amt 11 Erweiterung der EDV-Ausstattung im Rahmen der Einführung von DMS, z.B. spezielle Scanner für die Datenübernahme in das Dokumentenmanagementsystem

2.6.4	Erweiterung der EDV-Ausstattung im Rahmen der Implementierung des Personalmanagementsystems; evtl. zusätzliche Lizenzen bzw. Beratung bei der Einführung komplexer Tools
2.6.5	Finanzierungsspielraum für die Durchführung von zusätzlichen Maßnahmen im Rahmen der Personalentwicklung und der Betrieblichen Gesundheitsvorsorge

### 3. Prozesse und Strukturen

(Wie sollen die Programme / Leistungsangebote erbracht werden?)

Der vorübergehende Einsatz der zusätzlich Beschäftigten zur Entlastung der Sachbearbeiter ist bis ins Jahr 2012 geplant.

### 4. Ressourcen

(Welche Ressourcen sind zur Realisierung des Leistungsangebotes erforderlich?)

Budgetrücklagenzuführung i.H.v. 8.962,20 EUR zur Ergänzung des bestehenden Budgetrücklagewertes von 159.036,02 € zu einer Gesamtsumme von 167.998,22 Euro (wird gebucht im Rahmen der Abschlussarbeiten zum Haushalt 2011)

## Anlagen: Budgetabrechnung 2011

III. Abstimmung  
*siehe Anlage*

IV. Beschlusskontrolle

V. Zur Aufnahme in die Sitzungsniederschrift

VI. Zum Vorgang

Kontenschema			Überschuss-Budget oder Zuschuss-Budget (negativer Betrag)		<b>Budgetrelevante Änderungen im Laufe des Jahres 2011</b>	
<b>11_BUDGET</b>						
	Erträge	Aufwendungen				
Zeile 254	210.700,00	-685.600,00	-474.900,00	beschlossenes Sachmittelbudget (Kontenschema SKO+TF, Mittelherkunft lfd. HH)		
				Veränderungen im Laufe des Abrechnungszeitraums (Mittelherkunftsfiler APL/ÜPL/Sperre)		
Zeile 165	0,00	0,00		Summe der Veränderungen im Abrechnungszeitraum (Mittelherkunftsfiler APL/ÜPL/Sperre)		

			<b>Budgetabrechnung 2011</b>			
Zeile 168	210.700,00	-685.600,00	-474.900,00	Fortgeschriebenes Sachmittelbudget (s. "Gesamtansatz" in nsk-Kontenschema XX_BUDGET1, Spaltenlayout DRUCK5)		
Zeile 170	314.000,02	-776.711,27	-462.711,25	erwirtschaftetes Überschuss-/verbrauchtes Zuschussbudget = Rechnungsergebnis (s. "Bewegung" in nsk-Kontenschema XX_BUDGET1, Spaltenlayout DRUCK5)		
	103.300,02	-91.111,27		Mehrerträge (+) / Mindererträge (-) Mehraufwendungen (+) / Minderaufwendungen (-)		
Zeile 174			12.188,75	<b>Ergebnis Sachmittelbudget</b>		
				Bereinigungen Sachmittelbudget:		
Zeile 179			12.188,75	<b>Bereinigtes Ergebnis Sachmittelbudget = Teilergebnis I</b>		
Zeile 181			32.622,23	<b>Ergebnis Personalmittelbudget (Wert kommt von Amt 11)</b>		
				Bereinigungen Personalmittelbudget		
Zeile 186			32.622,23	<b>Bereinigtes Ergebnis Personalmittelbudget = Teilergebnis II</b>		
Zeile 188			44.810,98	<b>Bereinigtes Gesamtergebnis Personal- und Sachmittelbudget (Teilergebnis I + II)</b>		
			-35.848,78	abzüglich 80 % Rückgabe gemäß Budgetierungsregel (Rückgabe = Betrag mit Minuszeichen)		
				abzüglich freiwillige Rückgabe des Fachamtes (Rückgabe = Betrag mit Minuszeichen)		
				plus Entnahme aus der Sonderrücklage des Fachamtes zur Reduzierung des negativen Ergebnisses (kein Vorzeichen)		
Zeile 194			8.962,20	<b>Übertragungsvorschlag der Kämmerei für den Fachausschuss/HFPA/Stadtrat</b>		

47/85

# Sonderrücklage Budgetergebnisse

Stand:19.04.2012

## Amt 11

Datum d. Eintrags	Anfangsbestand zum 01.01.2011	Zugang:	Abgang:	Aktueller Stand in EURO	Erläuterungen
					<b>Haushaltsjahr 2011:</b>
01.01.2011	162.036,02 €			162.036,02 €	Stand der Rücklage am 01.01.2011
08.06.2011			-3.000,00 €	159.036,02 €	MNB f. IP 111.350 "Einrichtung, Maschinen" aufgrund Verwendungsbeschluss HFFPA vom 18.05.2011 (Erstattung an GME für die Anschaffung von diversen Schränken und Schreibtischen)
					Übertrag Budgetergebnis 2011
					Entnahme aufgrund Jahresrechnung 2011
	162.036,02 €		-3.000,00 €	159.036,02 €	gegenwärtiger Stand:

48/85

## Beschlussvorlage

Geschäftszeichen:  
OBM/ZV/eGov

Verantwortliche/r:  
eGovernment-Center

Vorlagennummer:  
eGov/031/2012

### Übertragung und Verwendung des Budgetergebnisses 2011 des Amtes 17

Beratungsfolge	Termin	Ö/N	Vorlagenart	Abstimmung
Haupt-, Finanz- und Personalaus- schuss	09.05.2012	Ö	Beschluss	

#### Beteiligte Dienststellen

---

#### I. Antrag

Dem bereinigten Gesamtbudgetergebnis 2011 des Amtes 17 i.H.v. 20.748,95 EUR und dem vorgesehenen Übertrag von 4.149,79 EUR wird zugestimmt.

Mit dem Vorschlag zur Verwendung des Budgetübertrages 2011 i.H.v. 4.149,79 EUR und der Restmittel in der Budgetrücklage des Amtes von 124.100,87 EUR besteht, vorbehaltlich der Beschlussfassung über die Übertragung der Budgetergebnisse durch den Stadtrat, Einverständnis. Eine endgültige Beratung und Beschlussfassung über den Übertrag erfolgt in Haupt-, Finanz- und Personalausschuss und Stadtrat.

#### II. Begründung

##### 1. Ergebnis/Wirkungen

(Welche Ergebnisse bzw. Wirkungen sollen erzielt werden?)

Mit der Möglichkeit, 20 % des positiven Budgetergebnisses für sinnvolle Aufgaben des nächsten Jahres verwenden zu können, soll das verantwortungsvolle Wirtschaften des Fachamtes unterstützt und anerkannt werden.

##### 2. Programme / Produkte / Leistungen / Auflagen

(Was soll getan werden, um die Ergebnisse bzw. Wirkungen zu erzielen?)

1.

2.1 Das bereinigte Sachkostenbudgetergebnis 2011 des Amtes 17 beträgt 16.233,78 EUR (2010: 261.616,72 EUR, 2009: 96.956,74 EUR).

Es ist zurückzuführen auf: Einsparungen im Bereich Mitarbeiterportal und der Internetseiten, die in 2012 verwendet werden sollen.

In den Investitionshaushalt wurden 601,99 EUR übertragen (2010: 0,00 EUR, 2009: 0,00 EUR).

2.2 Das bereinigte Personalkostenbudgetergebnis 2011 des Amtes 17 beträgt 4.515,17 EUR (2010: 41.132,19 EUR, 2009: 26.209,79 EUR).

Es ist zurückzuführen auf:

Pauschale Kürzung des Personalbudgets um 3 %

2.3 Das Arbeitsprogramm 2011 konnte wie geplant erfüllt werden:

2.4 Der vorgesehene Übertragungsvorschlag ist der beiliegenden Budgetabrechnung der Kämmerei zu entnehmen.

2.5 Folgende Verwendung des Budgetübertrages ist geplant:

2.5.1 Mittel für die Neugestaltung des Mitarbeiterportals und der Internetseiten der Stadt Erlangen (www.erlangen.de)

2.6 Entwicklung der Budgetergebnisrücklage des Amtes 17 in 2011

	Betrag in EUR
Stand am 01.01.2011	124.100,87
geplante Entnahmen 2011 aufgrund Fachausschussbeschluss vom (XX.XX.2011)	
für 0,00 EUR	
für 0,00 EUR	
für 0,00 EUR	
./. abzüglich der tatsächlichen Entnahmen aufgrund Fachausschussbeschluss	0,00
./.abzüglich Rücklagenentnahme zur Reduzierung des Verlustausgleichs	0,00
= gegenwärtiger Rücklagenstand	124.100,87
Folgende Verwendung des gegenwärtigen Rücklagenstandes ist geplant:	
2.6.1 Einführung des DMS gem. Beschlusslage StR 26.06.2008 Mittel für die Analyse und Umsetzung von Prozessoptimierungen	79.282,47
2.6.2 in der Zusammenarbeit zwischen eGov/IT-Koordination und KommunalBIT	14.543,51
2.6.3 Mittel für die Neugestaltung des Mitarbeiterportals und der Internetseiten der Stadt Erlangen (www.erlangen.de)	30.274,89

### 3. Ressourcen

(Welche Ressourcen sind zur Realisierung des Leistungsangebotes erforderlich?)

Budgetrücklagenzuführung i.H.v. 4.149,79 EUR

(wird gebucht im Rahmen der Abschlussarbeiten zum Haushalt 2011)

**Anlagen:** Budgetabrechnung 2011

III. Abstimmung  
*siehe Anlage*

IV. Beschlusskontrolle

V. Zur Aufnahme in die Sitzungsniederschrift

VI. Zum Vorgang

Kontenschema		Überschuss-Budget oder Zuschuss- Budget (negativer Betrag)	Budgetrelevante Änderungen im Laufe des Jahres 2011
17_BUDGET			
	Erträge	Aufwendungen	
Zeile 254	0,00	-371.400,99	-371.400,00 beschlossenes Sachmittelbudget (Kontenschema SKO+TF, Mittelherkunft lfd. HH)
		601,99	Veränderungen im Laufe des Abrechnungszeitraums (Mittelherkunftsfilter APL/ÜPL/Sperre)
		249.000,00	Genehmigungsnr. 68 (MUmb f. IP 111.K351G v. SK 529101 - Anschaffung Apple iPad 2-WI-FI 32 GB)
			Sperre bei SK 529101, KSt 170090, KTR 11150017 wg. Übertragung HH-Ermächtigung
Zeile 165	0,00	249.601,99	Summe der Veränderungen im Abrechnungszeitraum (Mittelherkunftsfilter APL/ÜPL/Sperre)

		Budgetabrechnung 2011	
Zeile 168	0,00	-121.798,01	-121.798,01 Fortgeschriebenes Sachmittelbudget (s. "Gesamtansatz" in nsk-Kontenschema XX_BUDGET1, Spaltenlayout DRUCK5)
Zeile 170	12.529,06	-118.093,29	-105.564,23 erwirtschaftetes Überschuss-/verbrauchtes Zuschussbudget = Rechnungsergebnis (s. "Bewegung" in nsk-Kontenschema XX_BUDGET1, Spaltenlayout DRUCK5)
	12.529,06		Mehrerträge (+) / Mindererträge (-)
		3.704,72	Mehraufwendungen (+) / Minderaufwendungen (-)
Zeile 174			16.233,78 Ergebnis Sachmittelbudget
			Bereinigungen Sachmittelbudget:
Zeile 179			16.233,78 Bereinigtes Ergebnis Sachmittelbudget = Teilergebnis I
Zeile 181			4.515,17 Ergebnis Personalmittelbudget (Wert kommt von Amt 11)
			Bereinigungen Personalmittelbudget
Zeile 186			4.515,17 Bereinigtes Ergebnis Personalmittelbudget = Teilergebnis II
Zeile 188			20.748,95 Bereinigtes Gesamtergebnis Personal- und Sachmittelbudget (Teilergebnis I + II)
			-16.599,16 abzüglich 80 % Rückgabe gemäß Budgetierungsregel (Rückgabe = Betrag mit Minuszeichen)
			abzüglich freiwillige Rückgabe des Fachamtes (Rückgabe = Betrag mit Minuszeichen)
			plus Entnahme aus der Sonderrücklage des Fachamtes zur Reduzierung des negativen Ergebnisses (kein Vorzeichen)
Zeile 194			4.149,79 Übertragungsvorschlag der Kämmerei für den Fachausschuss/HFPA/Stadtrat

51/85

## Beschlussvorlage

Geschäftszeichen:  
II/20

Verantwortliche/r:  
Stadtkämmerei - Abteilung Haushalt

Vorlagennummer:  
II/156/2012

### Übertragung und Verwendung des Budgetergebnisses 2011 der Stadtkämmerei sowie der Abt. Wirtschaftsförderung und Arbeit (Amt 20 mit II/WA)

Beratungsfolge	Termin	Ö/N	Vorlagenart	Abstimmung
Haupt-, Finanz- und Personalaus- schuss	09.05.2012	Ö	Beschluss	

#### Beteiligte Dienststellen

#### I. Antrag

Dem bereinigten Gesamtbudgetergebnis 2011 des Amtes 20 i.H.v. 120.769,92 EUR und dem vorgesehenen Übertrag von 16.373,98 EUR wird zugestimmt.

Mit dem Vorschlag zur Verwendung des Budgetübertrages 2011 i.H.v. 16.373,98 EUR und der Restmittel in der Budgetrücklage des Amtes von 51.626,02 EUR besteht, vorbehaltlich der Beschlussfassung über die Übertragung der Budgetergebnisse durch den Stadtrat, Einverständnis.

Eine endgültige Beratung und Beschlussfassung über den Übertrag erfolgt im Stadtrat.

Es wird zur Kenntnis genommen, dass die Stadtkämmerei von der rechnerisch möglichen Übertragung i. H. v. 24.153,98 EUR (20%-Regel) zusätzlich einen Teilbetrag mit 7.780,- EUR an den allgemeinen Haushalt zurückgibt (Rückgabequote 86,4 %).

#### II. Begründung

##### 1. Ergebnis/Wirkungen

(Welche Ergebnisse bzw. Wirkungen sollen erzielt werden?)

Mit der Möglichkeit, 20% des positiven Budgetergebnisses für sinnvolle Aufgaben des nächsten Jahres verwenden zu können, soll das verantwortungsvolle Wirtschaften des Fachamtes unterstützt und anerkannt werden.

##### 2. Programme / Produkte / Leistungen / Auflagen

(Was soll getan werden, um die Ergebnisse bzw. Wirkungen zu erzielen?)

2.1 Das bereinigte Sachkostenbudgetergebnis 2011 des Amtes 20 beträgt: minus 6.224,47 EUR (2010: minus 5.919,42 und 2009: plus 30.401,82 EUR).

Das negative Sachkostenbudgetergebnis ist auf insgesamt höhere Aufwendungen zurückzuführen, insbesondere die Planansätze für Aus- und Fortbildung (plus 3.265 EUR) und Beratungsleistungen im Rahmen Umstellung Doppik bzw. Bilanzerstellung (plus 35.449 EUR) wurden überschritten.

Im letztjährigen Verwendungsbeschluss war vorgesehen, dass der Übertrag 2010 i.H.v. 17.626,02 EUR und die Budgetrücklage von 34.000 EUR für Fortbildung und Beratungsleistungen zu verwenden sind. Da der Fehlbetrag größtenteils durch einmalige Mehreinnahmen kompensiert werden konnte, hat die Kämmerei auf eine Entnahme von Mitteln aus der Budgetrücklage verzichtet.

Aus dem Budget der Kämmerei wurden als Deckungsvorschlag in den Investitionshaushalt des GME (IP 111.350 Büroeinrichtung) 2.666 EUR übertragen.  
(In den Investitionshaushalt wurden 2010: 0 EUR und 2009: 486,71 EUR übertragen)

- 2.2 Das bereinigte Personalkostenbudgetergebnis 2011 des Amtes 20 beträgt 126.994,39 EUR (2010: 94.049,51 und 2009: 93.621,55 EUR)

Es ist zurückzuführen auf: mehrere Langzeiterkrankungen und verzögerte Stellenwiederbesetzungen.

- 2.3 Das Arbeitsprogramm 2011 konnte **nicht** wie geplant erfüllt werden.

Die Korrektur / Ergänzungsarbeiten im Zuge der Prüfung der Eröffnungsbilanz konnten nicht abgeschlossen werden.

Die Fertigstellung der Jahresabschlüsse 2009 und 2010 war daher nicht möglich.

Der Aufbau eines Verrechnungssystems konnte nur eingeleitet werden.

Die Überarbeitung des städtischen Kostenträgerplanes konnte nicht begonnen werden.

Die Umstellung der Bezuschussung an EB 77 auf Verrechnungen wurde auf 2012 verschoben.

Während der Projektphase von 2006 bis 2008 konnten einige große Teilprojekte von der Projektgruppe nicht abgearbeitet werden. Die Abteilung 201 „Haushalt“ hat es sich zum Ziel gemacht neben ihren Linienaufgaben diese Altlasten abzubauen. Dazu wurde im Arbeitsprogramm 2011 eine mehrjährige Arbeitsplanung (2011-2014ff) mit einem modularen Aufbau in Stufen aufgenommen.

Es hat sich in 2011 gezeigt, dass neben den Linienaufgaben nicht mehr viel Zeit bleibt für die noch offenen Tätigkeitsfelder des NKFE, zumal die Stelle „Projektleitung NKFE“ seit 2009 auch nicht mehr wiederbesetzt wurde.

Hinzu kamen zahlreiche Sonderarbeiten im Zusammenhang mit der Prüfung der Eröffnungsbilanz zum 01.01.2009. Erschwerend kam hinzu die Langzeiterkrankung einer wichtigen Mitarbeiterin.

Auch die Einführung von KommBit hat zu einem erheblichen personellen Mehraufwand in der Abteilung „Haushalt“ geführt.

Im Arbeitsprogramm 2012 hat die Kämmerei daher in der mittelfristigen Arbeitsplanung von 2012 – 2015ff eine Streckung der Arbeitsziele vorgenommen. Es zeichnet sich bereits jetzt ab, dass ein Teil der Arbeitsziele wieder verschoben werden muss.

- 2.4 Der vorgesehene Übertragungsvorschlag von 8.373,98 EUR ist der beiliegenden Budgetabrechnung der Kämmerei zu entnehmen.

Vom bereinigten Gesamtbudgetergebnis i.H.v. 120.769,92 EUR hat die Stadtkämmerei 96.615,94 EUR (80% entsprechend der Budgetierungsregeln) und 7.780,00 EUR (freiwillig/zusätzlich) insgesamt 104.395,94 EUR (86,4%) zurückgegeben.

- 2.5 Folgende Verwendung des Budgetübertrages ist geplant:

Zum Ausgleich für zusätzliche und noch unvorhersehbare Beratungskosten  
(Beratungsleistungen im Rahmen der Anlagenbuchhaltung, Eröffnungsbilanz, Jah-

resabschlüsse sind noch notwendig)  
 Verbesserung Feuerwehrrkonzeption Bergkirchweih

8.373,98 EUR  
 8.000,00 EUR

2.6 Entwicklung der Budgetergebnisrücklage des Amtes 20 in 2011		Betrag in EUR
Stand am 01.01.2011		51.626,02
geplante Entnahmen 2011 aufgrund Fachausschussbeschluss vom (18.05.2011)		
für Fortbildung allgemein, Fortbildung Doppik, Fortbildung Finanzsoftware nsk und	14.000 EUR	
für Beratungsleistungen (Anlagenbuchhaltung, Eröffnungsbilanz, Kosten- und Leistungsrechnung, interne Leistungsverrechnungen)	37.626,02EUR	
./. abzüglich der tatsächlichen Entnahmen aufgrund Fachausschussbeschluss		0,00
./.abzüglich Rücklagenentnahme zur Reduzierung des Verlustausgleichs		0,00
= gegenwärtiger Rücklagenstand		51.626,02
Folgende Verwendung des gegenwärtigen Rücklagenstandes ist geplant:		
2.6.1 Fortbildung allgemein, Fortbildung Doppik, Fortbildung Finanzsoftware und Reisekosten		10.000,00
2.6.2 Für Beratungsleistungen (Anlagenbuchhaltung, Eröffnungsbilanz, Jahresabschlüsse, Kosten- und Leistungsrechnung, Überarbeitung des städt. Kostenträgerplanes, interne Leistungsverrechnungen, Umstellung der Bezuschussung EB 77 auf Verrechnungen und diverse Themen wie in 2011 z.B. Heizungscontracting)		21.626,02
2.6.3 Software Infoma –nsk-Modul „Projektkostenkontrolle“		10.000,00
2.6.4 Sicherheitskonzept Bergkirchweih		10.000,00

### 3. Prozesse und Strukturen

(Wie sollen die Programme / Leistungsangebote erbracht werden?)

-----

### 4. Ressourcen

(Welche Ressourcen sind zur Realisierung des Leistungsangebotes erforderlich?)

Budgetrücklagenzuführung i.H.v. 8.373,98 EUR

(wird gebucht im Rahmen der Abschlussarbeiten zum Haushalt 2011)

### Anlagen: Budgetabrechnung der Kämmerei

III. Abstimmung  
*siehe Anlage*

IV. Beschlusskontrolle

V. Zur Aufnahme in die Sitzungsniederschrift

VI. Zum Vorgang

Kontenschema			Überschuss-Budget oder Zuschuss- Budget (negativer Betrag)	<u>Budgetrelevante Änderungen im Laufe des Jahres 2011</u>
20_BUDGET				
	Erträge	Aufwendungen		
Zeile 254	22.600,00	-256.700,00	-234.100,00	<b>beschlossenes Sachmittelbudget (Kontenschema SKO+TF, Mittelherkunft lfd. HH)</b>
		2.666,03		Veränderungen im Laufe des Abrechnungszeitraums (Mittelherkunftsfilter APL/ÜPL/Sperre)
		1.250,00		Genehmigungsnr. 85 (MUmb f. IP 111.350 / Amt 24 v. SK 543111 -> Kostenübernahme Möblierung Aktenschränke)
				Genehmigungsnr. 154 (MUmb f. SK 543901, KTr 57328020 v. SK 543222, KTr 11130020 - Mediation EKM GmbH)
Zeile 165	0,00	3.916,03		Summe der Veränderungen im Abrechnungszeitraum (Mittelherkunftsfilter APL/ÜPL/Sperre)
<b>Budgetabrechnung 2011</b>				
Zeile 168	22.600,00	-252.783,97	-230.183,97	<b>Fortgeschriebenes Sachmittelbudget (s. "Gesamtansatz" in nsk-Kontenschema XX_BUDGET1, Spaltenlayout DRUCK5)</b>
Zeile 170	55.968,65	-292.377,09	-236.408,44	<b>erwirtschaftetes Überschuss-/verbrauchtes Zuschussbudget = Rechnungsergebnis (s. "Bewegung" in nsk-Kontenschema XX_BUDGET1, Spaltenlayout DRUCK5)</b>
	33.368,65			Mehrerträge (+) / Mindererträge (-)
		-39.593,12		Mehraufwendungen (+) / Minderaufwendungen (-)
Zeile 174			-6.224,47	<b>Ergebnis Sachmittelbudget</b>
				Bereinigungen Sachmittelbudget:
Zeile 179			-6.224,47	<b>Bereinigtes Ergebnis Sachmittelbudget = Teilergebnis I</b>
Zeile 181			126.994,39	<b>Ergebnis Personalmittelbudget (Wert kommt von Amt 11)</b>
				Bereinigungen Personalmittelbudget
Zeile 186			126.994,39	<b>Bereinigtes Ergebnis Personalmittelbudget = Teilergebnis II</b>
Zeile 188			120.769,92	<b>Bereinigtes Gesamtergebnis Personal- und Sachmittelbudget (Teilergebnis I + II)</b>
			-96.615,94	abzüglich 80 % Rückgabe gemäß Budgetierungsregel (Rückgabe = Betrag mit Minuszeichen)
			7.780,00	abzüglich freiwillige Rückgabe des Fachamtes (Rückgabe = Betrag mit Minuszeichen)
				plus Entnahme aus der Sonderrücklage des Fachamtes zur Reduzierung des negativen Ergebnisses (kein Vorzeichen)
Zeile 194			16.373,98	<b>Übertragungsvorschlag der Kämmerei für den Fachausschuss/HFPA/Stadtrat</b>

56/85

## Beschlussvorlage

Geschäftszeichen:  
III/30-Vi

Verantwortliche/r:  
Amtsleitung

Vorlagennummer:  
30-R/054/2012

### Übertragung und Verwendung des Budgetergebnisses 2011 des Amtes für Recht und Statistik (Amt 30)

Beratungsfolge	Termin	Ö/N	Vorlagenart	Abstimmung
Haupt-, Finanz- und Personalausschuss	09.05.2012	Ö	Beschluss	

#### Beteiligte Dienststellen

---

#### I. Antrag

1. Dem bereinigten Gesamtbudgetergebnis 2011 des Amtes 30 i.H.v. 17.971,77 EUR und dem vorgesehenen Übertrag von 3.594,35 EUR wird zugestimmt.
2. Mit dem Vorschlag zur Verwendung des Budgetübertrages 2011 i.H.v. 3.594,35 EUR und der Restmittel in der Budgetrücklage des Amtes von 33.253,63 EUR besteht, vorbehaltlich der Beschlussfassung über die Übertragung der Budgetergebnisse durch den Stadtrat, Einverständnis.

Eine endgültige Beratung und Beschlussfassung über den Übertrag erfolgt in Haupt-, Finanz- und Personalausschuss und Stadtrat.

#### II. Begründung

##### 1. Ergebnis/Wirkungen

(Welche Ergebnisse bzw. Wirkungen sollen erzielt werden?)

Mit der Möglichkeit, 20 % des positiven Budgetergebnisses für sinnvolle Aufgaben des nächsten Jahres verwenden zu können, soll das verantwortungsvolle Wirtschaften des Fachamtes unterstützt und anerkannt werden.

##### 2. Programme / Produkte / Leistungen / Auflagen

(Was soll getan werden, um die Ergebnisse bzw. Wirkungen zu erzielen?)

- 2.1 Das bereinigte Sachkostenbudgetergebnis 2011 des Amtes 30 beträgt 464,63 EUR (2010: 32.549,25 EUR, 2009: 12.899,28 EUR).

Es ist zurückzuführen auf geringe Mehreinnahmen bei Gebühren:

In den Investitionshaushalt wurden 734,92 EUR übertragen (2010: 0,00 EUR, 2009: 5.776,80 EUR).

- 2.2 Das bereinigte Personalkostenbudgetergebnis 2011 des Amtes 30 beträgt 17.507,14 EUR (2010: 20.853,91 EUR, 2009: 39.624,68 EUR).

Es ist zurückzuführen auf im Jahr 2011 erfolgte personelle Veränderungen.

- 2.3 Das Arbeitsprogramm 2011 konnte wie geplant erfüllt werden:

- 2.4 Der vorgesehene Übertragungsvorschlag ist der beiliegenden Budgetabrechnung der Kämmerei zu entnehmen.

2.5 Folgende Verwendung des Budgetübertrages ist geplant:

- 2.5.1 Fortbildungen und Schulungen der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter
- 2.5.2 Organisation und Durchführung des 50. Erfahrungsaustausches der Bayerischen Kommunalen Datenschutzbeauftragten
- 2.5.3 Zusätzlich anfallende Geschäftsausgaben (z.B. Fachliteratur, Wissensmanagement)

2.6 Entwicklung der Budgetergebnisrücklage des Amtes 30 in 2011

	Betrag in EUR
Stand am 01.01.2011	35.361,63
geplante Entnahmen 2011 aufgrund Fachausschussbeschluss vom (18.05.2011)	
für Fortbildung und Schulung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter	5.000,00 EUR
für weiterhin anfallende Kosten im Zusammen mit dem Bildungsbericht	Betrag nicht beschlossen
für zusätzlich anfallende Geschäftsausgaben	Betrag nicht beschlossen
./. abzüglich der tatsächlichen Entnahmen aufgrund Fachausschussbeschluss	2.108,00
./.abzüglich Rücklagenentnahme zur Reduzierung des Verlustausgleichs	0,00
= gegenwärtiger Rücklagenstand	32.253,63
Folgende Verwendung des gegenwärtigen Rücklagenstandes ist geplant:	
2.6.1 Fortbildungen und Schulungen der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter	ca. 3.000,00
2.6.2 Organisation und Durchführung des 50. Erfahrungsaustausches der Bayerischen Kommunalen Datenschutzbeauftragten	ca. 2.500,00
2.6.3 Zusätzlich anfallende Geschäftsausgaben (z.B. Fachliteratur, Wissensmanagement)	Noch nicht bekannt

### 3. Prozesse und Strukturen

(Wie sollen die Programme / Leistungsangebote erbracht werden?)

### 4. Ressourcen

(Welche Ressourcen sind zur Realisierung des Leistungsangebotes erforderlich?)

Budgetrücklagenzuführung i.H.v. 3.594,35 EUR

(wird gebucht im Rahmen der Abschlussarbeiten zum Haushalt 2011)

**Anlagen:** Budgetabrechnung der Kämmerei

III. Abstimmung  
*siehe Anlage*

IV. Beschlusskontrolle

V. Zur Aufnahme in die Sitzungsniederschrift

VI. Zum Vorgang

Kontenschema			Überschuss-Budget oder Zuschuss-Budget (negativ)		Budgetrelevante Änderungen im Laufe des Jahres 2011	
30_BUDGET						
	Erträge	Aufwendungen				
Zeile 254	24.600,00	-93.400,00	-68.800,00		<b>beschlossenes Sachmittelbudget (Kontenschema SKO+TF, Mittelherkunft lfd. HH)</b>	
		734,92			Veränderungen im Laufe des Abrechnungszeitraums (Mittelherkunftsfilter APL/ÜPL/Sperre)	
		-2.108,00			Genehmigungsnr. 48 (MUmb f. IP-Nr. 111.K351M v. SK 543111 - Anschaffung eines Espressoautomates Jura J 9.3)	
					Genehmigungsnr. 88 (MUmb f. SK 526121 aus der Budgetrücklage von Amt 30 - Fortbildung und Schulung der Mitarbeiter)	
Zeile 165	0,00	-1.373,08			Summe der Veränderungen im Abrechnungszeitraum (Mittelherkunftsfilter APL/ÜPL/Sperre)	
<b>Budgetabrechnung 2011</b>						
Zeile 168	24.600,00	-94.773,08	-70.173,08		<b>Fortgeschriebenes Sachmittelbudget (s. "Gesamtansatz" in nsk-Kontenschema XX_BUDGET1, Spaltenlayout DRUCK5)</b>	
Zeile 170	718.720,12	-767.906,81	-49.186,69		<b>erwirtschaftetes Überschuss-/verbrauchtes Zuschussbudget = Rechnungsergebnis (s. "Bewegung" in nsk-Kontenschema XX_BUDGET1, Spaltenlayout DRUCK5)</b>	
	694.120,12				Mehrerträge (+) / Mindererträge (-)	
		-673.133,73			Mehraufwendungen (+) / Minderaufwendungen (-)	
Zeile 174			20.986,39		<b>Ergebnis Sachmittelbudget</b>	
					Bereinigungen Sachmittelbudget:	
			-64.076,17		Bereinigung um die den Ansatz von 3.500 € übersteigenden Erträge für Rechtsstreite auf SK 446101, KST 301090, KTR 11124130 und auf SK 458211, KST 301090, KTR 11124130	
			43.554,41		Bereinigung um die den Ansatz von 49.900 € übersteigenden Aufwendungen für Prozesskosten (SK 543231) und für Fahrtkosten (SK 541201 und 541211), jeweils KST 301090 und KTR 11124130	
Zeile 179			464,63		<b>Bereinigtes Ergebnis Sachmittelbudget = Teilergebnis I</b>	
Zeile 181			29.911,17		<b>Ergebnis Personalmittelbudget (Wert kommt von Amt 11)</b>	
					Bereinigungen Personalmittelbudget	
			-19.514,43		Nach Rücksprache mit Fr. Vittinghoff sollen die anteilig für 2011 anfallenden Personalkosten, die von Amt 11 erst Mitte 2012 als Aufwand gebucht werden, bereits beim Budgetabschluss 2011 periodengerecht als Bereinigung des Ergebnisses berücksichtigt werden.	
			2.422,62		Das Ergebnis ist um das Personalmittel-Teilergebnis "Zensus" zu korrigieren, da auch die Abrechnung der Sachmittel "Zensus" nicht Bestandteil der Budgetabrechnung ist.	
			4.687,78		Personalkostenerstattungen von Amt 13 für Personaleinsatz "Bildungsbericht" auf SK 448202, KST 302090, KTR 12110030, Erträge sind dem Budget zuzuordnen	
Zeile 186			17.507,14		<b>Bereinigtes Ergebnis Personalmittelbudget = Teilergebnis II</b>	
Zeile 188			17.971,77		<b>Bereinigtes Gesamtergebnis Personal- und Sachmittelbudget (Teilergebnis I + II)</b>	
			-14.377,42		abzüglich 80 % Rückgabe gemäß Budgetierungsregel (Rückgabe = Betrag mit Minuszeichen)	
					abzüglich freiwillige Rückgabe des Fachamtes (Rückgabe = Betrag mit Minuszeichen)	
					plus Entnahme aus der Sonderrücklage des Fachamtes zur Reduzierung des negativen Ergebnisses (kein Vorzeichen)	
Zeile 194			3.594,35		<b>Übertragungsvorschlag der Kämmerei für den Fachausschuss/HFPA/Stadtrat</b>	

59/85

## Beschlussvorlage

Geschäftszeichen:  
III/33

Verantwortliche/r:

Vorlagennummer:  
33/005/2012

### Übertragung und Verwendung des Budgetergebnisses 2011 des Bürgeramtes (Amt 33)

Beratungsfolge	Termin	Ö/N	Vorlagenart	Abstimmung
Haupt-, Finanz- und Personalausschuss	09.05.2012	Ö	Beschluss	

#### Beteiligte Dienststellen

#### I. Antrag

Dem bereinigten Gesamtbudgetergebnis 2011 des Amtes 33 i.H.v. 119.260,21 EUR und dem vorgesehenen Ausgleich des Verlustes durch Entnahme aus der Sonderrücklage Budgetergebnis des Amtes entsprechend den Budgetierungsregeln von 1.798,65 EUR wird zugestimmt.\*

1.

Eine endgültige Beratung und Beschlussfassung über den Verlustvortrag erfolgt in Haupt-, Finanz- und Personalausschuss und Stadtrat.

#### II. Begründung

##### 1. Ergebnis/Wirkungen

(Welche Ergebnisse bzw. Wirkungen sollen erzielt werden?)

##### 2. Programme / Produkte / Leistungen / Auflagen

(Was soll getan werden, um die Ergebnisse bzw. Wirkungen zu erzielen?)

2.1 Das bereinigte Sachkostenbudgetergebnis 2011 des Amtes 33 beträgt 22.013,36 EUR (2010: -25.716,93 EUR, 2009: -15.029,34 EUR).

In den Investitionshaushalt wurden 0,00 EUR übertragen (2010: 0,00 EUR, 2009: 0,00 EUR).

2.2 Das bereinigte Personalkostenbudgetergebnis 2011 des Amtes 33 beträgt -141.273,57 EUR (2010: 34.710,20 EUR, 2009: 14.797,89 EUR).

Es ist zurückzuführen auf:

- Wiederbesetzungssperren
- Zusätzliches Personal zu Lasten des Budget
- 3%-ige Kürzung des Personalkostenbudgets

2.3 Das Arbeitsprogramm 2011 konnte wie geplant erfüllt werden:

2.4 Der vorgesehene Verlustvortrag ist der beiliegenden Budgetabrechnung der Kämmerei zu entnehmen.

- 2.5 Zum Ausgleich des Verlustvortrages sind folgende Maßnahmen geplant::
- 2.5.1 Aufgrund fremdbestimmter Fixkosten sind Sparpotenziale nicht vorhanden.
  - 2.5.2
  - 2.5.3

2.6 Entwicklung der Budgetergebnisrücklage des Amtes 33 in 2011

	Betrag in EUR
Stand am 01.01.2011	XX,XX
geplante Entnahmen 2011 aufgrund Fachausschussbeschluss vom (XX.XX.2011)	
für XX,XX EUR	
für XX,XX EUR	
für XX,XX EUR	
./. abzüglich der tatsächlichen Entnahmen aufgrund Fachausschussbeschluss	XX,XX
./.abzüglich Rücklagenentnahme zur Reduzierung des Verlustausgleichs	XX,XX
= gegenwärtiger Rücklagenstand	XX,XX
Folgende Verwendung des gegenwärtigen Rücklagenstandes ist geplant:	
2.6.1	XX,XX
2.6.2	XX,XX
2.6.3	XX,XX

### 3. Prozesse und Strukturen

(Wie sollen die Programme / Leistungsangebote erbracht werden?)

Das Bürgeramt erfüllt gesetzliche Pflichtaufgaben, deren Art und Umfang des Leistungsangebots vom Gesetzgeber bestimmt wird. Einkaufspreise und Gebühren, u.a. durch die Bundesdruckerei, sind gesetzlich vorgegeben und nicht zu beeinflussen. Die für die Leistungserstellung notwendigen allgemeinen Geschäftsausgaben unterliegen ständigen Preissteigerungen und belasten das Budget zunehmend. Das Sparziel, die 3%-ige Kürzung des Personalkostenbudgets (ca 77.000 EUR), konnte nicht erfüllt werden.

Amt 33 muss seinen Personaleinsatz am Publikumsaufkommen und den Fallzahlen ausrichten und konnte insbesondere die zusätzlichen Sparziele nicht erfüllen.

### 4. Ressourcen

(Welche Ressourcen sind zur Realisierung des Leistungsangebotes erforderlich?)

Verlustvortrag nach 2012 i.H.v. 117.461,56 EUR

(der Verlustvortrag wird durch Mittelentzug aus dem laufenden Budget 2012 umgesetzt)

### Anlagen: Budgetdokumentation

III. Abstimmung  
*siehe Anlage*

IV. Beschlusskontrolle

V. Zur Aufnahme in die Sitzungsniederschrift

VI. Zum Vorgang

Kontenschema			Überschuss-Budget oder Zuschuss-Budget (negativer Betrag)		Budgetrelevante Änderungen im Laufe des Jahres 2011	
33_BUDGET						
	Erträge	Aufwendungen				
Zeile 254	1.837.500,00	-494.200,00	1.343.300,00		<b>beschlossenes Sachmittelbudget (Kontenschema SKO+TF, Mittelherkunft lfd. HH)</b>	
					Veränderungen im Laufe des Abrechnungszeitraums (Mittelherkunftsfiler APL/ÜPL/Sperre)	
		2.144,79			Ref. II: Verlustvortrag für den im Herbst stattfindenden Bürgerentscheid zum G6 ist als MNB abzuwickeln.	
					Genehmigungsnr. 62 (MUmb f. IP 111.350 / Amt 24 v. SK 542991 - Büroeinrichtung)	
Zeile 165	0,00	2.144,79			Summe der Veränderungen im Abrechnungszeitraum (Mittelherkunftsfiler APL/ÜPL/Sperre)	
<b>Budgetabrechnung 2011</b>						
Zeile 168	1.837.500,00	-492.055,21	1.345.444,79		<b>Fortgeschriebenes Sachmittelbudget (s. "Gesamtansatz" in nsk-Kontenschema XX_BUDGET1, Spaltenlayout DRUCK5)</b>	
Zeile 170	2.230.638,03	-924.703,84	1.305.934,19		<b>erwirtschaftetes Überschuss-/verbrauchtes Zuschussbudget = Rechnungsergebnis (s. "Bewegung" in nsk-Kontenschema XX_BUDGET1, Spaltenlayout DRUCK5)</b>	
	393.138,03				Mehrerträge (+) / Mindererträge (-)	
		-432.648,63			Mehraufwendungen (+) / Minderaufwendungen (-)	
Zeile 174			-39.510,60		<b>Ergebnis Sachmittelbudget</b>	
					Bereinigungen Sachmittelbudget:	
			61.523,96		Bereinigung um die Sachaufwendungen für den Bürgerentscheid Gewerbegebiet G6, die nicht im Budget veranschlagt waren.	
Zeile 179			22.013,36		<b>Bereinigtes Ergebnis Sachmittelbudget = Teilergebnis I</b>	
Zeile 181			-141.273,57		<b>Ergebnis Personalmittelbudget (Wert kommt von Amt 11)</b>	
					Bereinigungen Personalmittelbudget	
Zeile 186			-141.273,57		<b>Bereinigtes Ergebnis Personalmittelbudget = Teilergebnis II</b>	
Zeile 188			-119.260,21		<b>Bereinigtes Gesamtergebnis Personal- und Sachmittelbudget (Teilergebnis I + II)</b>	
					abzüglich 80 % Rückgabe gemäß Budgetierungsregel (Rückgabe = Betrag mit Minuszeichen)	
					abzüglich freiwillige Rückgabe des Fachamtes (Rückgabe = Betrag mit Minuszeichen)	
			1.798,65		plus Entnahme aus der Sonderrücklage des Fachamtes zur Reduzierung des negativen Ergebnisses (kein Vorzeichen)	
Zeile 194			-117.461,56		<b>Übertragungsvorschlag der Kämmerei für den Fachausschuss/HFPA/Stadtrat</b>	

62/85

## Beschlussvorlage

Geschäftszeichen:  
III/34/GSA-2774

Verantwortliche/r:  
Herr Schmeißer

Vorlagennummer:  
34/011/2012

### Übertragung und Verwendung des Budgetergebnisses 2011 des Standesamtes (Amt 34)

Beratungsfolge	Termin	Ö/N	Vorlagenart	Abstimmung
Haupt-, Finanz- und Personalausschuss	09.05.2012	Ö	Beschluss	

#### Beteiligte Dienststellen

---

#### I. Antrag

Dem bereinigten Gesamtbudgetergebnis 2011 des Amtes 34 i.H.v. 56.860,72 EUR und dem vorgesehenen Übertrag von 11.372,14 EUR wird zugestimmt.

Mit dem Vorschlag zur Verwendung des Budgetübertrages 2011 i.H.v. 11.372,14 EUR und der Restmittel in der Budgetrücklage des Amtes von 35.207,13 EUR besteht, vorbehaltlich der Beschlussfassung über die Übertragung der Budgetergebnisse durch den Stadtrat, Einverständnis.

Eine endgültige Beratung und Beschlussfassung über den Übertrag erfolgt im Haupt-, Finanz- und Personalausschuss und Stadtrat.

#### II. Begründung

##### 1. Ergebnis/Wirkungen

(Welche Ergebnisse bzw. Wirkungen sollen erzielt werden?)

Mit der Möglichkeit, 20 % des positiven Budgetergebnisses für sinnvolle Aufgaben des nächsten Jahres verwenden zu können, soll das verantwortungsvolle Wirtschaften des Fachamtes unterstützt und anerkannt werden.

##### 2. Programme / Produkte / Leistungen / Auflagen

(Was soll getan werden, um die Ergebnisse bzw. Wirkungen zu erzielen?)

2.1 Das bereinigte Sachkostenbudgetergebnis 2011 des Amtes 34 beträgt 24.444,05 EUR (2010: 40.383,75 EUR, 2009: 21.310,81 EUR).

Es ist zurückzuführen auf: Mehreinnahmen in Höhe von 24.444,05 EUR

In den Investitionshaushalt wurden 726,92 EUR übertragen (2010: 3.651,29 EUR, 2009: 0,00 EUR).

2.2 Das bereinigte Personalkostenbudgetergebnis 2011 des Amtes 34 beträgt 32.416,67 EUR (2010: 49.148,75 EUR, 2009: 1.473,57 EUR).

Es ist zurückzuführen auf: Aufteilung und Berichtigung der Personalkosten zwischen den zwei Sachgebieten Personenstandswesen und Friedhofswesen.

2.3 Das Arbeitsprogramm 2011 konnte wie geplant erfüllt werden.

2.4 Der vorgesehene Übertragungsvorschlag ist der beiliegenden Budgetabrechnung der Kämmerei zu entnehmen.

2.5 Folgende Verwendung des Budgetübertrages ist geplant:

- 2.5.1 Verwendung für ungedeckte Kosten Sozialbestattungen
- 2.5.2 Neue Registrierkasse, an die auch ein EC-Cash-Terminal angeschlossen werden kann ca. 3.500,00 EUR
- 2.5.3 Zusatzgerät für Journal ca. 800,00 EUR

2.6 Entwicklung der Budgetergebnisrücklage des Amtes 34 in 2011

		Betrag in EUR
Stand am 01.01.2011		37.334,05
geplante Entnahmen 2011 aufgrund Fachausschussbeschluss vom 18.05.2011		
für Sommerdienstkleidung für Standesbeamte 1.400,00 EUR		
für Büroeinrichtung 8.500,00 EUR		
die zusätzliche Möblierung der Urkundenstelle konnte verwirklicht werden (726,92 €), die Rollregalanlage für die Personenstandsregister steht noch aus		
für Fortbildung aufgrund der Einführung der elektronischen Führung der Personenstandsregister – wird erst 2012/2013 möglich sein		Die genauen Kosten können immer noch nicht benannt werden.
./. abzüglich der tatsächlichen Entnahmen aufgrund Fachausschussbeschluss		2.126,92 €
./.abzüglich Rücklagenentnahme zur Reduzierung des Verlustausgleichs		0,00 €
= gegenwärtiger Rücklagenstand		35.207,13
Folgende Verwendung des gegenwärtigen Rücklagenstandes ist geplant:		
2.6.1	Fortbildung Die Personenstandsregister sind künftig elektronisch zu führen. Hierfür sind spezielle Schulungen für die Mitarbeiter/innen erforderlich. Es besteht aber auch generell Bedarf an Fachfortbildung, auch außerhalb des Punktezangs.	Die anfallenden Kosten können noch nicht benannt werden.
2.6.2	Rollregalanlage für Personenstandsbücher Die in der Urkundestelle befindliche Rollregalanlage lässt sich nur noch sehr schwer bedienen. Es muss damit gerechnet werden, dass sie in absehbarer Zeit überhaupt nicht mehr funktioniert. Außerdem entspricht sie nicht mehr den Vorgaben des Brandschutzes.	10.000,00 bis 15.000,00
2.6.3	Einführung des zentralen elektronischen Personenstandsregisters (ZEPR) Spätestens bis zum 30.06.2013 sollen alle Standesämter an das ZEPR angeschlossen sein und damit noch vor dem gesetzlich vorgegebenen Termin 01.01.2014 elektronisch beurkunden. Voraussichtlich wird die AKDB (Anstalt für Kommunale Datenverarbeitung in Bayern) beauftragt, die elektronischen Personenstandsregister und Sicherungsregister zentral aufzubauen und spätestens ab 01.01.2014 zu betreiben. Die Beurkundung setzt auch eine qualifizierte elektronische Signatur des jeweiligen Standesbeamten voraus. Hierfür sind die Signaturkomponenten (Signaturkarten, Kartenlesegeräte, Signatursoftware) zu beschaffen. Es werden also sehr hohe Kosten auf die Standesämter zukommen, die bis jetzt noch nicht abgeschätzt werden können. Eventuell könnte ein Teil der Budgetrücklage hierfür verwendet werden.	Kosten können noch nicht abgeschätzt werden.
2.6.4	Klimaanlage im Trauzimmer Derzeit befinden sich im Trauzimmer Klimageräte mit störendem Geräuschpegel. Der kalte starke Luftstrom kann bei den Hochzeitsgästen gesundheitliche Probleme auslösen. Die manchmal sehr hohen Temperaturen im Trauzimmer sind sowohl für das Brautpaar und die Gäste, als auch für den Standesbeamten unzumutbar Die Situation ist oft angespannt, so dass es schon einmal zu gesundheitlichen Problemen kam (Schwindel, Kreislauf). Die oft teure festliche Kleidung wird verschwitzt. Eine vernünftige Klimaanlage wäre deshalb sehr wünschenswert.	Kosten können noch nicht abgeschätzt werden.

### **3. Prozesse und Strukturen**

(Wie sollen die Programme / Leistungsangebote erbracht werden?)

### **4. Ressourcen**

(Welche Ressourcen sind zur Realisierung des Leistungsangebotes erforderlich?)

Budgetrücklagenzuführung i.H.v. 11.372,14 EUR

(wird gebucht im Rahmen der Abschlussarbeiten zum Haushalt 2011)

## **Anlagen 1: Budgetabrechnung**

III. Abstimmung

*siehe Anlage*

IV. Beschlusskontrolle

V. Zur Aufnahme in die Sitzungsniederschrift

VI. Zum Vorgang



## Beschlussvorlage

Geschäftszeichen:  
I/37/MT002-T. 2514

Verantwortliche/r:  
Melchner Thomas

Vorlagennummer:  
37/023/2012

### Übertragung und Verwendung des Budgetergebnisses 2011 des Amtes für Brand- und Katastrophenschutz

Beratungsfolge	Termin	Ö/N	Vorlagenart	Abstimmung
Haupt-, Finanz- und Personalausschuss	09.05.2012	Ö	Beschluss	

Beteiligte Dienststellen  
Amt 20

#### I. Antrag

Dem bereinigten Gesamtbudgetergebnis 2011 des Amtes 37 i.H.v. 64.953,03 EUR und dem vorgesehenen Übertrag von 12.990,61 EUR wird zugestimmt.

Mit dem Vorschlag zur Verwendung des Budgetübertrages 2011 i.H.v. 12.990,61 EUR und der Restmittel in der Budgetrücklage des Amtes von 40.915,05 EUR besteht, vorbehaltlich der Beschlussfassung über die Übertragung der Budgetergebnisse durch den Stadtrat, Einverständnis.

Eine endgültige Beratung und Beschlussfassung über den Übertrag erfolgt in Haupt-, Finanz- und Personalausschuss und Stadtrat.

#### II. Begründung

##### 1. Ergebnis/Wirkungen

(Welche Ergebnisse bzw. Wirkungen sollen erzielt werden?)

Mit der Möglichkeit, 20 % des positiven Budgetergebnisses für sinnvolle Aufgaben des nächsten Jahres verwenden zu können, soll das verantwortungsvolle Wirtschaften des Fachamtes unterstützt und anerkannt werden.

##### 2. Programme / Produkte / Leistungen / Auflagen

(Was soll getan werden, um die Ergebnisse bzw. Wirkungen zu erzielen?)

2.1 Das bereinigte Sachkostenbudgetergebnis 2011 des Amtes 37 beträgt 64.953,03 EUR (2010: 63.660,90 EUR, 2009: 38.482,62 EUR).

Es ist zurückzuführen auf: Deutliche Mehreinnahmen aufgrund kostenpflichtiger Einsätze (u.a. zahlreiche Unwettereinsätze) und die noch intensivere Durchführung von Dienstleistungen.

In den Investitionshaushalt wurden 0,00 EUR übertragen (2010: 0,00 EUR, 2009: 0,00 EUR).

2.2 Das bereinigte Personalkostenbudgetergebnis 2011 des Amtes 37 beträgt 0,00 EUR (2010: 10.549,85 EUR, 2009: 101.341,68 EUR).

Es ist zurückzuführen auf: -

2.3 Das Arbeitsprogramm 2011 konnte wie geplant erfüllt werden.

2.4 Der vorgesehene Übertragungsvorschlag ist der beiliegenden Budgetabrechnung der Kämmererei zu entnehmen.

2.5 Folgende Verwendung des Budgetübertrages ist geplant:

- 2.5.1 Austausch der Matratzen und Lattenroste in den Ruheräumen auf der Hauptfeuerwache
- 2.5.2 Erneuerung der Diensteinteilungstafel
- 2.5.3 -

2.6 Entwicklung der Budgetergebnisrücklage des Amtes 37 in 2011

	Betrag in EUR
Stand am 01.01.2011	79.979,95
geplante Entnahmen 2011 aufgrund Fachausschussbeschluss vom (18.05.2011)	
für Anschaffung eines Kleintraktors 14.000,00 EUR	
für Ausstattung der Hauptfeuerwache mit einer Brandmeldeanlage 2.000,00 EUR	
für Erneuerung der Einrichtung der Aufenthaltsbereiche u. Anschaffung von Material für Umbaumaßnahmen 20.000,00 EUR	
./. abzüglich der tatsächlichen Entnahmen aufgrund Fachausschussbeschluss	39.064,90
./.abzüglich Rücklagenentnahme zur Reduzierung des Verlustausgleichs	0,00
= gegenwärtiger Rücklagenstand	40.915,05
Folgende Verwendung des gegenwärtigen Rücklagenstandes ist geplant:	
2.6.1 Einrichtung von Impfstellen (zweckgeb. Mittel des Freistaates Bayern)	7.276,90
2.6.2 Schaffung eines Fahrradunterstellplatzes	3.638,15
2.6.3 Anschaffung von Material zur Sanierung der Gebäudefassade und für Umbaumaßnahmen; Einbau einer Brandmeldeanlage	30.000,00

### 3. Prozesse und Strukturen

(Wie sollen die Programme / Leistungsangebote erbracht werden?)

### 4. Ressourcen

(Welche Ressourcen sind zur Realisierung des Leistungsangebotes erforderlich?)

Budgetrücklagenzuführung i.H.v. 12.990,61 EUR

(wird gebucht im Rahmen der Abschlussarbeiten zum Haushalt 2011)

**Anlagen:** Anlage 1 Budgetabrechnung

III. Abstimmung  
*siehe Anlage*

IV. Beschlusskontrolle

V. Zur Aufnahme in die Sitzungsniederschrift

VI. Zum Vorgang

Kontenschema		Überschuss-Budget oder Zuschuss-Budget		Budgetrelevante Änderungen im Laufe des Jahres 2011	
37_BUDGET					
	Erträge	Aufwendungen			
Zeile 254	240.800,00	-351.300,00	-110.500,00	<b>beschlossenes Sachmittelbudget (Kontenschema SKO+TF, Mittelherkunft lfd. HH)</b>	
		-11.297,19		Veränderungen im Laufe des Abrechnungszeitraums (Mittelherkunftsfilter APL/ÜPL/Sperre)	
		-9.282,94		Genehmigungsnr. 51 (MUmb f. SK 522301 v. SK 521112 / Amt 24 - Verwendung Budgetergebnis 2010 Ausschüttung Energiesparmodell Amt 37)	
		7.437,00		Genehmigungsnr. 127 (MUmb f. SK 521112 aus der Budgetrücklage von Amt 37 - Anschaffung von Material für Umbaumaßnahmen / Wachzentrale)	
				Genehmigungsnr. 142 (MUmb f. SK 531501 (KBit), 551701 Zinsaufwendungen v. SK 522201 - Anschaffung von Software für die Atemwerkstatt)	
Zeile 165	0,00	-13.143,13		Summe der Veränderungen im Abrechnungszeitraum (Mittelherkunftsfilter APL/ÜPL/Sperre)	
<b>Budgetabrechnung 2011</b>					
Zeile 168	240.800,00	-364.443,13	-123.643,13	<b>Fortgeschriebenes Sachmittelbudget (s. "Gesamtansatz" in nsk-Kontenschema XX_BUDGET1, Spaltenlayout DRUCK5)</b>	
Zeile 170	518.300,13	-576.990,23	-58.690,10	<b>erwirtschaftetes Überschuss-/verbrauchtes Zuschussbudget = Rechnungsergebnis (s. "Bewegung" in nsk-Kontenschema XX_BUDGET1, Spaltenlayout DRUCK5)</b>	
	277.500,13			Mehrerträge (+) / Mindererträge (-)	
		-212.547,10		Mehraufwendungen (+) / Minderaufwendungen (-)	
Zeile 174			64.953,03	<b>Ergebnis Sachmittelbudget</b>	
				Bereinigungen Sachmittelbudget:	
Zeile 179			64.953,03	<b>Bereinigtes Ergebnis Sachmittelbudget = Teilergebnis I</b>	
Zeile 181			-33.687,74	<b>Ergebnis Personalmittelbudget (Wert kommt von Amt 11)</b>	
				Bereinigungen Personalmittelbudget	
			33.687,74	Aufgrund der geringen Personalfuktuation gelang es trotz größtmöglicher Anstrengung (z. B. keine Prämienvergabe) nur 62% der Sparvorgabe von 90.000 € zu erwirtschaften.	
Zeile 186			0,00	<b>Bereinigtes Ergebnis Personalmittelbudget = Teilergebnis II</b>	
Zeile 188			64.953,03	<b>Bereinigtes Gesamtergebnis Personal- und Sachmittelbudget (Teilergebnis I + II)</b>	
			-51.962,42	abzüglich 80 % Rückgabe gemäß Budgetierungsregel (Rückgabe = Betrag mit Minuszeichen)	
				abzüglich freiwillige Rückgabe des Fachamtes (Rückgabe = Betrag mit Minuszeichen)	
				plus Entnahme aus der Sonderrücklage des Fachamtes zur Reduzierung des negativen Ergebnisses (kein Vorzeichen)	
Zeile 194			12.990,61	<b>Übertragungsvorschlag der Kämmerei für den Fachausschuss/HFPA/Stadtrat</b>	

70/85

## Beschlussvorlage

Geschäftszeichen:  
III/39

Verantwortliche/r:

Vorlagennummer:  
39/011/2012

### Übertragung und Verwendung des Budgetergebnisses 2011 des Amtes für Veterinärwesen und gesundheitlichen Verbraucherschutz (Amt 39)

Beratungsfolge	Termin	Ö/N	Vorlagenart	Abstimmung
Haupt-, Finanz- und Personalaus- schuss	09.05.2012	Ö	Beschluss	

#### Beteiligte Dienststellen

#### I. Antrag

Dem bereinigten Gesamtbudgetergebnis 2011 des Amtes 39 i.H.v. 42.443,39 EUR und dem vorgesehenen Übertrag von 8.488,68 EUR wird zugestimmt.

Mit dem Vorschlag zur Verwendung des Budgetübertrages 2011 i.H.v. 8.488,68 EUR und der Restmittel in der Budgetrücklage des Amtes von 58.745,89 EUR besteht, vorbehaltlich der Beschlussfassung über die Übertragung der Budgetergebnisse durch den Stadtrat, Einverständnis.

Eine endgültige Beratung und Beschlussfassung über den Übertrag erfolgt in Haupt-, Finanz- und Personalausschuss und Stadtrat.

#### II. Begründung

I.

##### 1. Ergebnis/Wirkungen

Mit der Möglichkeit, 20 % des positiven Budgetergebnisses für sinnvolle Aufgaben des nächsten Jahres verwenden zu können, soll das verantwortungsvolle Wirtschaften des Fachamtes unterstützt und anerkannt werden.

##### 2. Programme / Produkte / Leistungen / Auflagen

(Was soll getan werden, um die Ergebnisse bzw. Wirkungen zu erzielen?)

2.1 Das bereinigte Sachkostenbudgetergebnis 2011 des Amtes 39 beträgt 8.367,74 EUR (2010: 31.880,57 EUR, 2009: 720.261,28 EUR – damals noch incl. Amt 36 -Fleischhygiene).

Es ist zurückzuführen auf: u.a. Entnahme aus Budgetrücklage i.H.v. 5.000 EUR in 2011

In den Investitionshaushalt wurden 0 EUR übertragen (2010: 0 EUR, 2009: 0 EUR).

2.2 Das bereinigte Personalkostenbudgetergebnis 2011 des Amtes 39 beträgt 34.075,65 EUR (2010: 40.840,83 EUR, 2009: 18.151,94 EUR).

Es ist zurückzuführen auf: Daten Personalamt

2.3 Das Arbeitsprogramm 2011 konnte wie geplant erfüllt werden:

2.4 Der **vorgesehene Übertragungsvorschlag** ist der beiliegenden Budgetabrechnung der Kämmererei zu entnehmen.

2.5 **Folgende Verwendung des Budgetübertrages ist geplant:**

- 2.5.1 Zulassungsverfahren für die Akkreditierung des Trichinenuntersuchungslabors (Abt. 392)
- 2.5.2 Anschaffungen z.B. Ausrüstungsgegenstände für Erlanger Verbraucherberatungstage 2013
- 2.5.3 Durchführung von Aufgaben der Öffentlichkeitsarbeit

2.6 Entwicklung der Budgetergebnisrücklage des Amtes 39 in 2011

	Betrag in EUR
Stand am 01.01.2011	65.728,56
geplante Entnahmen 2011 aufgrund Fachausschussbeschluss vom (26.05.2011)	
für Finanzierung Mehrkosten Verbraucherberatungstage	5.000,00 EUR
für Anschaffung Mikroskop Abt. 392 - Labor	1.982,67 EUR
für	XX,XX EUR
./. abzüglich der tatsächlichen Entnahmen aufgrund Fachausschussbeschluss	6.928,67
./.abzüglich Rücklagenentnahme zur Reduzierung des Verlustausgleichs	0
= gegenwärtiger Rücklagenstand	58.745,89
Folgende Verwendung des gegenwärtigen Rücklagenstandes ist geplant:	
2.6.1 Anschaffung von Arbeitsgeräten für Untersuchungslabor Abt. 392	XX,XX
2.6.2 Nicht quantifizierbare Ausgaben für Akkreditierungsverfahren Trichinenuntersuchungsstelle – Abt. 392	XX,XX
2.6.3 Vorhaltung für entstehende Kosten amtlicher Vollzugsmaßnahmen im Tierschutz- und Tierseuchenbereich	XX;XX
2.6.4 Anschaffung Geschäftsausstattung und Arbeitsmaterial Abt. 391	XX,XX

### 3. Prozesse und Strukturen

(Wie sollen die Programme / Leistungsangebote erbracht werden?)

### 4. Ressourcen

(Welche Ressourcen sind zur Realisierung des Leistungsangebotes erforderlich?)

**Budgetrücklagenzuführung** i.H.v. 8.488,68 EUR

(wird gebucht im Rahmen der Abschlussarbeiten zum Haushalt 2011)

### Anlagen:

III. Abstimmung  
siehe Anlage

IV. Beschlusskontrolle

V. Zur Aufnahme in die Sitzungsniederschrift

VI. Zum Vorgang

Kontenschema			Überschuss-Budget oder Zuschuss- Budget (negativer Betrag)	<u>Budgetrelevante Änderungen im Laufe des Jahres 2011</u>
39_BUDGET				
	Erträge	Aufwendungen		
Zeile 254	19.000,00	-45.900,00	-26.900,00	<b>beschlossenes Sachmittelbudget (Kontenschema SKO+TF, Mittelherkunft lfd. HH)</b> Veränderungen im Laufe des Abrechnungszeitraums (Mittelherkunftsfilter APL/ÜPL/Sperre)
		-5.000,00		Genehmigungsnr. 42 (MNB f. SK 527141 aus Budgetrücklage von Amt 39 - Finanzierung Mehrkosten Erlanger Verbraucherberatungstage)
Zeile 165	0,00	-5.000,00		Summe der Veränderungen im Abrechnungszeitraum (Mittelherkunftsfilter APL/ÜPL/Sperre)

Zeile 168	19.000,00	-50.900,00	-31.900,00	<b>Budgetabrechnung 2011 -ohne Produkt 1226 Fleischhygiene-</b> <b>Fortgeschriebenes Sachmittelbudget (s. "Gesamtansatz" in nsk-Kontenschema XX_BUDGET1, Spaltenlayout DRUCK5)</b>
Zeile 170	21.981,66	-45.513,92	-23.532,26	<b>erwirtschaftetes Überschuss-/verbrauchtes Zuschussbudget = Rechnungsergebnis (s. "Bewegung" in nsk-Kontenschema XX_BUDGET1, Spaltenlayout DRUCK5)</b>
	2.981,66	5.386,08		Mehrerträge (+) / Mindererträge (-) Mehraufwendungen (+) / Minderaufwendungen (-)
Zeile 174			8.367,74	<b>Ergebnis Sachmittelbudget</b> Bereinigungen Sachmittelbudget:
Zeile 179			8.367,74	<b>Bereinigtes Ergebnis Sachmittelbudget = Teilergebnis I</b>
Zeile 181			34.075,65	<b>Ergebnis Personalmittelbudget (Wert kommt von Amt 11) -ohne Produkt 1226 "Fleischhygiene"-</b> Bereinigungen Personalmittelbudget
Zeile 186			34.075,65	<b>Bereinigtes Ergebnis Personalmittelbudget = Teilergebnis II</b>
Zeile 188			42.443,39	<b>Bereinigtes Gesamtergebnis Personal- und Sachmittelbudget (Teilergebnis I + II)</b>
			-33.954,71	abzüglich 80 % Rückgabe gemäß Budgetierungsregel (Rückgabe = Betrag mit Minuszeichen)
				abzüglich freiwillige Rückgabe des Fachamtes (Rückgabe = Betrag mit Minuszeichen)
				plus Entnahme aus der Sonderrücklage des Fachamtes zur Reduzierung des negativen Ergebnisses (kein Vorzeichen)
Zeile 194			8.488,68	<b>Übertragungsvorschlag der Kämmerei für den Fachausschuss/HFPA/Stadtrat</b>

73/85

## Beschlussvorlage

Geschäftszeichen:  
III/WMC

Verantwortliche/r:

Vorlagennummer:  
III/037/2012

### Fraktionsantrag Erlanger Linke Nr. 045/2012; Glasfaserleitung über Wasserleitung

Beratungsfolge	Termin	Ö/N	Vorlagenart	Abstimmung
Haupt-, Finanz- und Personalaus- schuss	09.05.2012	Ö	Beschluss	

#### Beteiligte Dienststellen

Dem Vortrag der Verwaltung wird zugestimmt. Der Fraktionsantrag der Fraktion Erlanger Linke, Nr. 045/2012, gilt damit als bearbeitet.

#### I. Antrag

#### II. Begründung

##### 1. Ergebnis/Wirkungen

(Welche Ergebnisse bzw. Wirkungen sollen erzielt werden?)

Die ESTW verlegen derzeit in verschiedenen Bereichen des Stadtgebietes Lichtwellenleiter, um einen großen Teil der Erlanger Mehrfamilienhäuser mit schnellen Informationsnetzen zu erschließen.

Diese Baumaßnahme wird allerdings auf ca. 15.000 Wohneinheiten beschränkt sein, da eine flächendeckende Glasfaserverkabelung aller Wohnungen in Erlangen für ESTW wirtschaftlich nicht darstellbar ist.

Zur angesprochenen Thematik der Glasfaserkabellegung in vorhandenen Wasserleitungen ist festzustellen, dass es sich in Ahrweiler um ein Pilotprojekt handelt. Ziel dieses Pilotprojektes ist es nach unseren Informationen, die tatsächlichen Gesamtkosten für diese Verlegeart zu ermitteln und Erfahrungen bezüglich der Problematik Trinkwasserhygiene und Dichtigkeit der Ein- bzw. Ausspeisungen zu sammeln.

Die angesprochene Technik ist nicht neu, sondern wurde schon vor vielen Jahren auf Messen vorgestellt, konnte sich bisher aber auf Grund der Hygiene- und Dichtigkeitsprobleme sowie der relativ hohen Kosten für diese Spezialtechnik nicht am Markt durchsetzen. Die bisher von ESTW durchgeführte Verlegemethode ist bei der in Erlangen vorhandenen Bodenklasse (kein Fels) preisgünstiger und mit weniger Problemen behaftet als die Verlegung von LWL-Kabeln in Wasserleitungen.

**Anlagen:** Fraktionsantrag Erlanger Linke Nr. 045/2012

III. Abstimmung  
*siehe Anlage*

IV. Beschlusskontrolle  
V. Zur Aufnahme in die Sitzungsniederschrift  
VI. Zum Vorgang

**Fraktionsantrag gemäß § 28 GeschO**

**Eingang:** 29.03.2012  
**Antragsnr.:** 045/2012  
**Verteiler:** OBM, BM, Fraktionen  
**Zust. Referat:** III/EStW  
**mit Referat:** II/WA

**erlanger linke**

Erlanger Linke Rathausplatz 1  
 91052 Erlangen

Herrn  
 Oberbürgermeister  
 Dr. Siegfried Balleis  
 Rathausplatz 1  
 91052 Erlangen

**Fraktion Erlanger Linke**

Rathausplatz 1, 91052 Erlangen  
 Zimmer 127

Büro: Montags 15.00 Uhr bis 18.00 Uhr  
 Und nach Vereinbarung

tel 09131/86-1789  
 fax 09131/86-1791  
 e-mail: [erlanger-linke@stadt.erlangen.de](mailto:erlanger-linke@stadt.erlangen.de)  
<http://www.erlanger-linke-stadtrat.de/>

Erlangen, den 29.03.12

Antrag: Glasfaserleitung über Wasserleitung

Sehr geehrter Herr Dr. Balleis,

hiermit beantragen wir, die EStW mögen prüfen, ob auch in Erlangen die Möglichkeit besteht, den Bürgerinnen und Bürgern kostengünstig ein kommunaleigenes Hochgeschwindigkeitsnetz anzubieten.

Begründung:

Im Kreis Ahrweiler testen der Wasserzweckverband Eifel-Ahr und die Stadtwerke Bonn gerade ein Verfahren, mit dem man Glasfaserkabel durch den bereits vorhandenen Wasseranschluss bis ins Gebäude verlegt, berichtet die Online-Ausgabe des Bonner *General-Anzeigers*.

<http://www.general-anzeiger-bonn.de/lokales/region/Das-Internet-soll-aus-der-Wasserleitung-kommen-article720995.html>

Im Pilotprojekt wurden zwei Häuser in Adenau ohne aufwendige und teure Bauarbeiten an die Glasfaserkabel in den vorhandenen Leerrohren angeschlossen, einzig die Glasfaserkabel-Abzweigung im Haus und in den Leerrohren mussten installiert werden. Der Test wird vom Hygieneinstitut der Universität Bonn überwacht und vom rheinland-pfälzischen Umweltministerium gefördert.

Mit freundlichen Grüßen

Frank Heinze  
 Stadtrat

## Beschlussvorlage

Geschäftszeichen:  
IV/512/GSM T. 2362

Verantwortliche/r:  
Stadtjugendamt

Vorlagennummer:  
512/068/2012

### **Investitionskostenförderung für den Ersatzneubau der evang.-luth. Kindertageseinrichtung St. Johannes mit 66 Kindergarten- und 16 Krippenplätzen, Schallershofer Str. 26, und Mietförderung für das Ausweichquartier**

Beratungsfolge	Termin	Ö/N	Vorlagenart	Abstimmung
Haupt-, Finanz- und Personalaus- schuss	09.05.2012	Ö	Gutachten	
Stadtrat	23.05.2012	Ö	Beschluss	
Jugendhilfeausschuss	21.06.2012	Ö	Kenntnisnahme	

**Beteiligte Dienststellen**  
Bauaufsichtsamt

#### I. Antrag

1. Für den Neubau der evang.-luth. Kindertageseinrichtung St. Johannes, Schallershofer Str. 26, werden 7 Kindergartenplätze als bedarfsnotwendig anerkannt. Dies entspricht einer Aufstockung von 59 auf 66 Kindergartenplätze.
2. Für dieselbe Einrichtung werden 8 neue Krippenplätze als bedarfsnotwendig anerkannt. Dies entspricht einer Aufstockung von 8 auf 16 Krippenplätze.
3. Der Baumaßnahme wird hinsichtlich Art, Ausmaß und Ausführung gemäß Art. 27 Abs. 4 Nr. 4 BayKiBiG zugestimmt.
4. Die Evang.-Luth. Gesamtkirchenverwaltung Erlangen erhält für die Baumaßnahme
  - einen Zuschuss zu den Baukosten nach Art. 27 BayKiBiG i. V. m. Art. 10 FAG für den Anteil von 66 Kindergarten- und 8 bestehenden Krippenplätzen und
  - einen Zuschuss zu den Bau- und Ausstattungskosten nach dem Investitionsprogramm „Kinderbetreuungsfinanzierung“ 2008-2013 für den Anteil von 8 neuen Krippenplätzen.
5. Die Evang.-Luth. Gesamtkirchenverwaltung Erlangen erhält für die Anmietung von Containern als Ausweichquartier während der Bauzeit einen Zuschuss zu den Mietkosten. Die Höhe dieses Zuschusses richtet sich nach den städtischen Richtlinien für die Mietkostenbezuschussung von Kindertageseinrichtungen freier Träger (Stadtratsbeschluss vom 23.05.2007).

#### II. Begründung

##### 1. Ergebnis/Wirkungen

(Welche Ergebnisse bzw. Wirkungen sollen erzielt werden?)

Erhalt und Erweiterung der Kindergarten- und Krippenplätze in der Kindertageseinrichtung St. Johannes

##### 2. Programme / Produkte / Leistungen / Auflagen

(Was soll getan werden, um die Ergebnisse bzw. Wirkungen zu erzielen?)

- Bezuschussung der Bau- und Ausstattungskosten
- Jährliche Bezuschussung der Betriebskosten nach BayKiBiG
- Befristete Bezuschussung der Mietkosten für die Container (Ausweichquartier während der Bauphase)

### 3. Prozesse und Strukturen

(Wie sollen die Programme / Leistungsangebote erbracht werden?)

#### Bau:

Die Evang.-Luth. Gesamtkirchenverwaltung plant den Ersatzneubau der Kindertageseinrichtung St. Johannes in der Schallershofer Str. 26. Das bisherige Angebot von 59 Kindergarten- und 8 Krippenplätzen wird dabei um 7 Kindergarten- und 8 Krippenplätze ergänzt. Das Grundkonzept der Altersmischung soll beibehalten werden.

Die Entscheidung fiel für einen Ersatzneubau, weil der bestehende Baukörper u. a. auf dem beengten Grundstück mit Baubestand nicht erdgeschossig erweitert werden könnte und statisch nicht für eine Aufstockung geeignet ist.

Der Neubau ist zweigeschossig und kompakt geplant. Im Erdgeschoss sind neben den gemeinsam genutzten Räumen die zwei altersgemischten Gruppen à 16 Plätze untergebracht. Im Obergeschoss bilden die zwei Kindergartengruppen à 25 Plätze den Schwerpunkt. Im Außengelände grenzt eine Kinderfahrzeugstraße den Kleinkindbereich und den Bereich für die älteren Kinder spürbar ab. Zudem gibt es ruhigere Zonen für eine Beschäftigung in Kleingruppen. Die Raumprogrammvorgaben werden eingehalten.

Das Bauaufsichtsamt hat die grundsätzliche Genehmigungsfähigkeit des Neubaus mit einem Vorbescheid bestätigt. Das Baugenehmigungsverfahren läuft noch.

Für die Dauer der Bauarbeiten in der Schallershofer Str. 26 soll der Kita-Betrieb in Containern fortgeführt werden. Die Containeranlage soll für 62 Kindergarten- und 4 Krippenkinder Platz bieten. Als Standort kommt ein städtisches Grundstück auf der Trasse des Kosbacher Damms in Betracht, das im Anschluss an den asphaltierten Buswendeplatz liegt.

Geplanter Baubeginn (Neubau):	Spätsommer 2012
Geplante Inbetriebnahme (Neubau):	Dezember 2013

#### Bedarfseinschätzung:

Um eine wohnortnahe Versorgung mit Betreuungsplätzen zu gewährleisten wird Erlangen im Rahmen der Bedarfsplanung der Kindertagesbetreuung in verschiedene Planungsbezirke eingeteilt. Nach dieser Einteilung liegt die Einrichtung im Krippenplanungsbezirk B bzw. im Kindergartenplanungsbezirk 3 – „Alterlangen“.

Zum Krippenbereich:

Mit Stichtag zum 31.12.2011 lebten im Planungsbezirk B 209 Kinder im Alter von unter drei Jahren. In den kommenden Jahren ist von einem leichten Anstieg der Kinderzahlen in dieser Altersstufe auszugehen.

Derzeit können in Alterlangen 26 Betreuungsplätze in Kindertageseinrichtungen und 14 Plätze in der Kindertagespflege angeboten werden. Die lokale Versorgungsquote beläuft sich somit derzeit auf ca. 19%. In der Sitzung des Stadtrates vom 26.05.2011 wurde für den Planungsbezirk B ein Bedarfskorridor von 80 bis 90 U3-Betreuungsplätzen beschlossen. Durch den Beschluss des Stadtrates, die gesamtstädtische Versorgungsquote auf 50% auszubauen, ist für die einzelnen Planungsbezirke jeweils die Obergrenze des Korridors anzunehmen. Somit ergibt sich für den Krippenplanungsbezirk B-Alterlangen ein Platzbedarf von insgesamt ca. 90 Plätzen; dies entspricht einer lokalen Versorgungsquote von ca. 43%.

Der Abteilung Kindertageseinrichtungen liegen derzeit mehrere Vorhaben zur Steigerung der Platzzahlen innerhalb dieses Planungsbezirkes vor. Können diese wie geplant umgesetzt werden, so wird sich die angebotene Platzzahl in Alterlangen auf 108 Plätze erhöhen. Somit wird es möglich, den Umstand teilweise auszugleichen, dass im angrenzenden Bezirk „Innenstadt“ die zur De-

ckung des lokalen Bedarfs notwendige Platzzahl voraussichtlich nicht vollständig erreicht werden kann.

Die Erhöhung der Platzzahlen in der Kindertageseinrichtung St. Johannes ist für die Erreichung dieses Platzkontingentes notwendig. Aus den genannten Gründen ist die Erhöhung der Platzzahlen zur Betreuung von Kindern im Alter von unter drei Jahren in der Kindertageseinrichtung St. Johannes geeignet zu einer bedarfsgerechten Ausstattung mit Betreuungsplätzen beizutragen und ist darum aus bedarfsplanerischer Sicht zu befürworten.

Zum Kindergartenbereich:

Mit Stichtag zum 31.12.2011 lebten im Planungsbezirk 3-Alterlangen 233 Kinder im Kindergartenalter (gerechnet mit 3,5 Jahrgängen). Die kleinräumige Bevölkerungsprognose der Abteilung für Statistik und Stadtforschung sagt in den kommenden Jahren einen Anstieg der Kinderzahlen in diesem Planungsbezirk auf ca. 250 Kinder voraus. Im Planungsbezirk können in den Einrichtungen der Kindertagesbetreuung derzeit insgesamt 214 Plätze für Kindergartenkinder angeboten werden. Dies entspricht einer rechnerischen lokalen Versorgungsquote von 91,8%.

Dem Kindergarten St. Johannes war es in den vergangenen Jahren durch die erteilte Betriebserlaubnis gestattet, bis zu 14 der 59 Kindergartenplätze zur Betreuung von Schulkindern zu vergeben. Aufgrund der hohen Nachfrage durch Kinder im Kindergartenalter war dies jedoch bereits seit längerem nicht mehr möglich. Das Platzangebot wurde von den Einrichtungen vor Ort in einer 2011 durchgeführten Befragung als „leicht zu niedrig“ eingestuft.

In der Zusammenschau der Informationssituation ist davon auszugehen, dass die Erhöhung des Platzangebotes vor Ort um 7 Plätze dazu geeignet ist, zu einer bedarfsgerechten Betreuungssituation für Kinder im Kindergartenalter beizutragen und ist somit aus bedarfsplanerischer Sicht zu befürworten.

### **Kosten und Finanzierung:**

#### Teil 1: Ersatzneubau in der Schallershofer Str. 26:

Die Investitionskosten des Neubaus sowie die voraussichtliche Finanzierung kann der Übersicht in der Anlage entnommen werden.

Die Baukosten, die nicht gefördert werden und deshalb vollständig vom Träger aufzubringen sind, beziehen sich auf den Abbruch des Bestandsgebäudes, die öffentliche Erschließung und die Ablöse für einen Stellplatz (Kostengruppen 210, 220 und 240 mit insgesamt 77.272,09 €).

Für die Ausstattungskosten von 51.389,76 € erhält der Träger 10.000,00 € (staatliche Pauschale für die 8 neuen Krippenplätze). Die verbleibenden Ausstattungskosten sind vom Träger aufzubringen.

Auf die Angabe von Pro-Platz-Kosten für Krippen- und Kindergartenbereich wird bei dieser Baumaßnahme verzichtet, da aufgrund der gemischt belegten Gruppen keine aussagekräftige Kostenaufteilung vorgenommen werden kann. Unabhängig von der Altersklasse liegen die Pro-Platz-Kosten bei 20.373 € (KGr. 300-700).

Laut der bautechnischen Beurteilung von Amt 24 sind Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit bei Planung und Konstruktion gegeben; die angegebenen Baukosten liegen im kostengünstigen Bereich und sind angemessen.

#### Teil 2: Container-Ausweichquartier am Kosbacher Damm:

Für Befestigung des Baugrunds, Erschließung, Fracht, Montage/Demontage u. a. fallen für das Container-Ausweichquartier Investitionskosten in Höhe von ca. 63.800,00 € an. Diese Kosten fallen in kein Förderprogramm, sodass sie vollständig vom Träger finanziert werden müssen.

Laut dem Angebot der Containerfirma wird sich die Brutto-Kaltniete bei 16 Monaten Mietzeit auf 68.191,76 € belaufen. Um den Träger bei diesem Großprojekt zu unterstützen, schlägt die Verwaltung vor, für die Anmietung der Container eine Mietförderung zu gewähren. Dies ist eine freiwillige Leistung der Stadt Erlangen – befristet auf die Dauer der Bauarbeiten für den Ersatzneubau. Die Mietförderung ist in der Höhe frei wählbar. Es wird vorgeschlagen, die Berechnung analog der

städtischen Richtlinien für die Mietkostenbezuschung von Kindertageseinrichtungen freier Träger (Stadtratsbeschluss vom 23.05.2007) vorzunehmen. Demnach würde der Träger 60% der förderfähigen Brutto-Kaltniete erhalten:

voraussichtliche Mietförderung	275m <sup>2</sup> (förderfähige Fläche laut Planung) x 10,00 € (max. förderfähige Brutto-Kaltniete) x 16 Monate (voraussichtliche Bauzeit) x 60% (Fördersatz)	26.400,00 €
--------------------------------	--	-------------

Da im vorliegenden Fall der Zeitraum bis zur Erstellung einer Kindertageseinrichtung überbrückt wird, ist über Art. 10 FAG eine staatliche Refinanzierung der Mietförderung in Höhe von 30% möglich.

staatl. Anteil	30% der Mietförderung von 26.400,00 €	7.920,00 €
städt. Anteil	70% der Mietförderung von 26.400,00 €	18.480,00 €
Trägeranteil	verbleibende Mietkosten	41.791,76 €
Summe	(Brutto-Kaltniete insgesamt)	68.191,76 €

#### 4. Ressourcen

(Welche Ressourcen sind zur Realisierung des Leistungsangebotes erforderlich?)

Die Baumaßnahme ist mit JHA-Gutachten vom 13.10.2011 und Stadtratsbeschluss vom 27.10.2011 in die Priorisierungsliste für den Krippenausbau aufgenommen worden, sodass die benötigten Finanzmittel im städtischen Haushalt reserviert sind.

<u>Ausgaben:</u>		
Zuschuss zu den Bau- und Ausstattungskosten	ca. 1.131.205 €	bei IP-Nr. 365D.880
Mietförderung für Container	ca. 26.400 €	bei IP-Nr. 365D.880
Betriebskostenbezuschung für 7 neue Kiga- und 8 neue Krippenplätze ab 01.01.2014 (jährlich)	ca. 73.600 €	bei Sachkonto 530101
<u>Korrespondierende Einnahmen:</u>		
Staatliche Investitionskostenförderung	ca. 520.800 €	bei IP-Nr. 365D.610ES
Staatliche Mietförderung für Container	ca. 7.920 €	bei IP-Nr. 365D.610ES
Staatliche Betriebskostenförderung für 7 neue Kiga- und 8 neue Krippenplätze ab 01.01.2014 (jährlich)	ca. 36.800 €	bei Sachkonto 414101

#### Haushaltsmittel

- werden nicht benötigt
- für Investitionskostenbezuschung und Mietförderung sind vorhanden auf IP-Nr. 365D.880
- für Betriebskostenbezuschung sind nicht vorhanden; für die Jahre 2014ff. erfolgt eine entsprechende Nachmeldung der Verwaltung.

**Anlagen:** vorläufiger Finanzierungsplan

III. Abstimmung  
*siehe Anlage*

IV. Beschlusskontrolle

V. Zur Aufnahme in die Sitzungsniederschrift

VI. Zum Vorgang

Anlage zu Beschlussvorlage Nr. 512/068/2012:

## **Vorläufiger Finanzierungsplan für den Neubau der Kindertageseinrichtung St. Johannes an der Schallershofer Str. 26 mit 66 Kindergarten- und 16 Krippenplätzen durch die Evang.-Luth. Gesamtkirchenverwaltung Erlangen**

- > Förderung nach dem Investitionsprogramm "Kinderbetreuungsfinanzierung" 2008-2013 für 8 neue Krippenplätze
- > FAG-Förderung für 66 Kindergarten- und 8 bestehende Krippenplätze

### **Kosten und Kostenaufteilung nach der Kinderzahl:**

Kosten laut Kostenschätzung vom 26.03.2012	KGr 200-700	1.770.776,12 €
Baukosten, die gefördert werden	KGr 230, 300, 400, 500, 700	1.642.114,27 €
davon für 8 neue Krippenplätze	0,1427 x 1.642.114,27 €	234.329,71 €
davon für 66 Kindergarten- und 8 bestehende Krippenplätze	0,8573 x 1.642.114,27 €	1.407.784,56 €
Baukosten, die nicht gefördert werden	KGr 210, 220, 240	77.272,09 €
Ausstattungskosten	KGr 600	51.389,76 €

### **Finanzierung im Detail:**

Kinderbetreuungsfinanzierung für 8 neue Krippenplätze:

staatlicher Anteil Ausstattung	8 x 1.250 €	10.000,00 €
staatlicher Anteil Bau	8 x 10 x 3.420 € x 0,706 = 193.200,00 € 0,9 x 234.329,71 € = 210.900,00 €	193.200,00 €
städtischer Anteil Bau	(234.329,71 € - 193.200,00 €) x 0,5	20.564,85 €
Anteil Träger	(234.329,71 € - 193.200,00 €) x 0,5	20.564,85 €
<u>FAG-Förderung für 66 Kindergarten- und 8 bestehende Krippenplätze:</u>		
staatlicher Anteil	max. zwf. Fläche: 450 - (8/82 x 450) = 406m <sup>2</sup> zwf. Fläche nach Planung vom 26.03.2012: 398m <sup>2</sup> 398 x 3.420 x 2/3 x 0,35 = 317.600,00 €	317.600,00 €
städtischer Anteil	398 x 3.420 € x 2/3 - 317.600,00 €	589.839,91 €
Anteil Träger	1.407.784,56 € - 317.600,00 € - 589.839,91 €	500.344,65 €
<u>keine Förderung:</u>		
Anteil Träger	Baukosten, die nicht gefördert werden, und Überhang bei KGr 600	118.661,85 €

### **Finanzierung in der Zusammenfassung:**

staatlicher Anteil	520.800,00 €
städtischer Anteil	610.404,76 €
Anteil Träger	639.571,36 €
Summe der Anteile zur Kontrolle	1.770.776,12 €

Stand: 30.03.2012  
512/GSM

## Beschlussvorlage

Geschäftszeichen:  
IV/412/RDD T. 2308

Verantwortliche/r:  
Herr Dietmar Radde

Vorlagennummer:  
412/013/2012

### **Bürgerversammlung Versammlungsgebiet "Am Anger" - Antrag zur Wiederinbetriebnahme des Bolzplatzes Pommernstraße**

Beratungsfolge	Termin	Ö/N	Vorlagenart	Abstimmung
Kultur- und Freizeitausschuss	02.05.2012	Ö	Gutachten	
Haupt-, Finanz- und Personalaus- schuss	09.05.2012	Ö	Beschluss	
Jugendhilfeausschuss	21.06.2012	Ö	Kenntnisnahme	

#### Beteiligte Dienststellen

#### I. Antrag

Das Kultur- und Freizeitamt wird beauftragt, die erforderlichen Mittel zur Wiedereröffnung des Bolzplatzes Pommernstraße für das Haushaltsjahr 2013 anzumelden.  
Der Antrag aus der Bürgerversammlung gilt hiermit im Sinne von Art. 18 Abs. 4 GO und Art. 23 GeschO als bearbeitet.

#### II. Begründung

##### 1. Ergebnis/Wirkungen

(Welche Ergebnisse bzw. Wirkungen sollen erzielt werden?)

##### **Antrag der Bürgerversammlung Anger:**

In der Bürgerversammlung Anger wurde der Antrag von Herrn Worm mehrheitlich unterstützt, dass der Bolzplatz an der Pommernstraße baldmöglichst wieder bespielbar sein soll. Zudem wird beantragt, dass bei evtl. Investitionen, welche in die Sicherheit des Geländes erforderlich sein sollten, die entsprechenden Haushaltsmittel bereit gestellt werden.

##### **Bedarfseinschätzung:**

Der Bolzplatz wird benötigt, da im Bereich zwischen A73 und Äußere Brucker Straße – einem Gebiet mit einem hohen Anteil an Geschosswohnungen – keine weitere Ballspielfläche zur Verfügung steht und auch keine Alternativflächen vorhanden sind.

Der nächste Bolzplatz im Wiesengrund ist zwar nicht allzu weit entfernt, aber für den Bedarf nicht ausreichend, da er als zentrale Freizeitanlage und Grillplatz auch von auswärtigen Besuchern genutzt wird. Zudem liegt dieser im Überschwemmungsgebiet der Regnitz und ist damit nur eingeschränkt nutzbar. Weitere Ballspielflächen stehen im Bereich des Angers östlich der Äußeren Brucker Straße nicht zur Verfügung.

##### **Voraussetzungen für eine Wiederinbetriebnahme des Bolzplatzes ab Ende 2012:**

Der Bolzplatz liegt am südlichen Ende der Pommernstraße. Im Westen grenzt der Bolzplatz an das Umspannwerk der E.ON Netz GmbH und östlich an die Autobahn A 73.  
Das Grundstück wird seit über 30 Jahren der Stadt Erlangen vom Eigentümer (Bayernwerk AG, jetzt Eon-Netz GmbH) unentgeltlich zur Verfügung gestellt.  
Aktuell und noch bis Ende diesen Jahres steht der Platz nicht zur Verfügung, da die Firma E.ON das Grundstück noch als Baustellenlager für Umbauarbeiten auf dem Grundstück des

Umspannwerks benötigt.

Durch die Verlagerung des Umspannwerks nach Norden in die unmittelbare Nachbarschaft des Bolzplatzes ist aber eine neue Gefahrenlage entstanden, die eine einfache Wiederinbetriebnahme unmöglich macht. So kann nicht ausgeschlossen werden, dass Bälle über den Zaun auf das unbetreute Gelände des Umspannwerks geschossen werden. Da Kinder versuchen werden, das Gelände des Umspannwerks zu betreten, um diese Bälle herauszuholen, ist ein Gutachter des TÜV-Süd beratend hinzugezogen worden, dessen Stellungnahme eindeutig ist. Laut Gutachten entspricht der Platz in der bisherigen Form nicht mehr den sicherheitstechnischen Anforderungen. Eine Wiederinbetriebnahme des Bolzplatzes ist nur dann möglich, wenn aus dem Bolzplatz keine Bälle mehr auf das benachbarte Gelände des Umspannwerks gelangen können.

Für die Wiederinbetriebnahme ist daher eine komplette Neueinzäunung des Bolzplatzes (Höhe 4 Meter) mit einem Stabgittermattenzaun erforderlich. Zusätzlich fordert das TÜV-Gutachten, dass der Bolzplatz mit einem Netz überspannt wird.

Kostenaufwand: ca. 75.000 €

Alternativ müsste der Bolzplatz aufgegeben werden.

## 2. Programme / Produkte / Leistungen / Auflagen

(Was soll getan werden, um die Ergebnisse bzw. Wirkungen zu erzielen?)

1. Anmeldung der erforderlichen Mittel für das Haushaltsjahr 2013 zusätzlich zum Investitionsbudget des Kultur- und Freizeitamtes  
Bislang sind im Investitionsprogramm die Kosten für die Wiederinbetriebnahme des Bolzplatzes lediglich als Merkposten aufgenommen. Der Antrag 150/11 der SPD-Fraktion zur Mittelbereitstellung bereits im Jahr 2012 wurde im HH-KFA vom 11.02.2012 abgelehnt.
2. Verhandlung eines neuen Mietvertrags mit der Firma E.ON, um die Investitionen abzusichern.

## 3. Prozesse und Strukturen

(Wie sollen die Programme / Leistungsangebote erbracht werden?)

Je nach Auftragshöhe beschränkte oder öffentliche Ausschreibung der erforderlichen Maßnahmen.

## 4. Ressourcen

(Welche Ressourcen sind zur Realisierung des Leistungsangebotes erforderlich?)

Investitionskosten: 75.000€ IvP-Nr. 366D.410

### Haushaltsmittel

- werden nicht benötigt  
 sind vorhanden auf IvP-Nr.  
bzw. im Budget auf Kst/KTr/Sk  
 sind bislang nicht vorhanden

Anlagen: 2

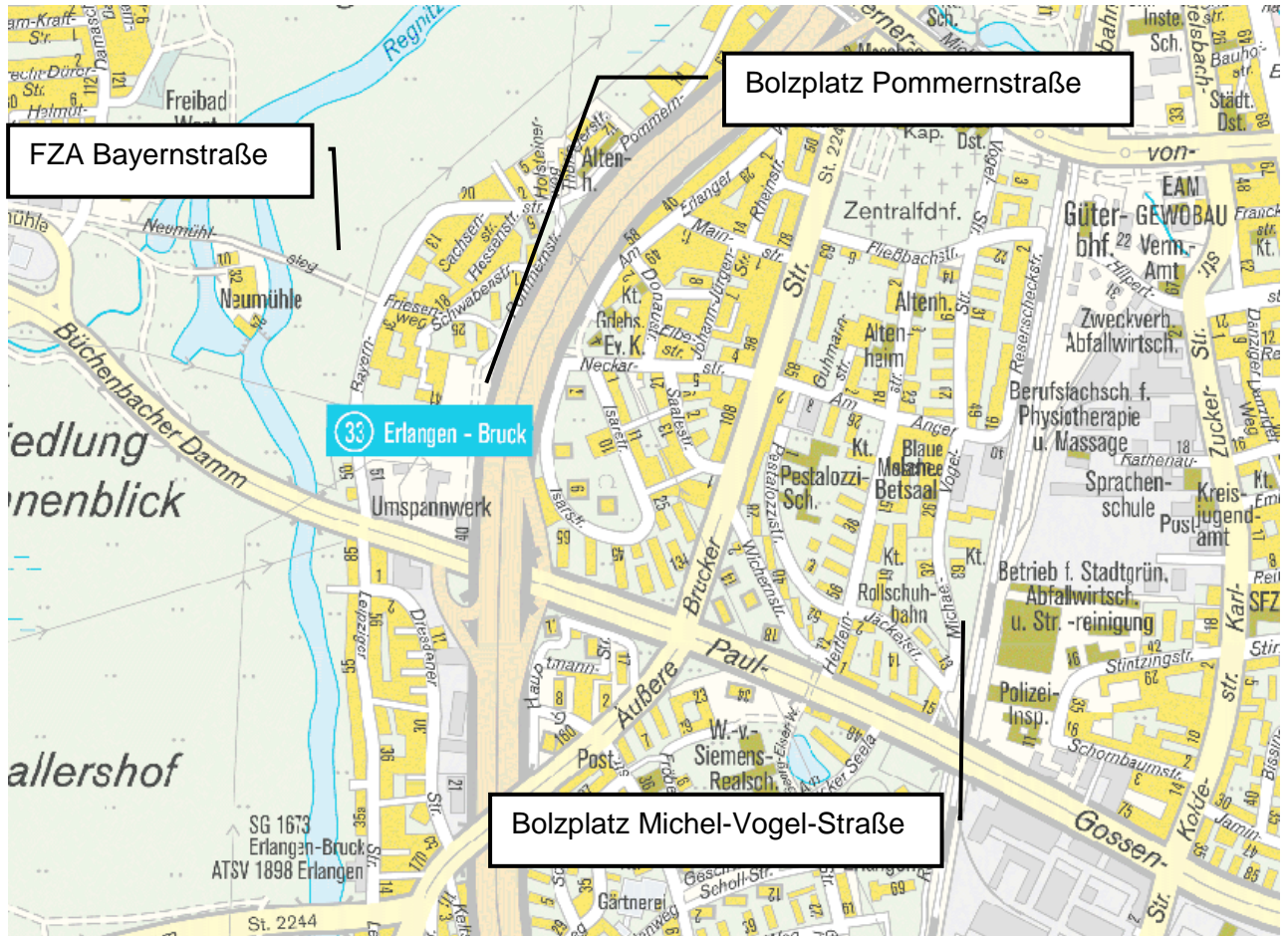
III. Abstimmung  
*siehe Anlage*

IV. Beschlusskontrolle

V. Zur Aufnahme in die Sitzungsniederschrift

VI. Zum Vorgang

### Lageplan Bolzplatz Pommernstraße – Umspannwerk:





# Inhaltsverzeichnis

## Sitzungsdokumente

Einladung -öffentlich-	1
------------------------	---

## Vorlagendokumente

TOP Ö 5.1 Unternehmensbefragung 2011	
Mitteilung zur Kenntnis II/155/2012	4
Gesamtübersicht Zufriedenheit mit den Standortfaktoren in Prozent, ohn	7
TOP Ö 5.2 Feuerwehrbeschaffungskartell - Insolvenzverfahren gegen die Albert Zi	
Mitteilung zur Kenntnis 30-R/053/2012	8
TOP Ö 5.3 SPD Fraktionsantrag Nr. 24/2012 Sanierung Freibad West beginnen	
Beschlussvorlage 52/140/2012	10
Fraktionsantrag 024/2012 52/140/2012	12
TOP Ö 6 Personalbericht 2011	
Beschluss Stand: 18.04.2012 11/083/2012	14
TOP Ö 7 Arbeitszeitregelungen bei der Stadt Erlangen	
Mitteilung zur Kenntnis 11/087/2012	15
TOP Ö 8 Liveübertragung von Stadtratsitzungen im Internet; Fraktionsantrag Nr.	
Beschluss Stand: eGov/030/2012/1	17
Anlage 1 - Fraktionsantrag 112/2011 der Erlanger Linke eGov/030/2012/	20
Anlage 2 - Sachbericht Passau Rathaus-TV eGov/030/2012/1	22
Anlage 3 - Protokollvermerk aus dem Ältestenrat eGov/030/2012/1	23
TOP Ö 9 Bericht über den Jahresabschluss 2011 der Erlanger Schlachthof GmbH	
Beschlussvorlage II/154/2012	24
Anlage 1 Bilanz ESG II/154/2012	28
Anlage 2 G+V ESG II/154/2012	29
TOP Ö 10.1 Sanierung Heinrich-Lades-Halle – Baumaßnahmen 2012; Mittelbereitstel	
Vorlage Mittelbereitstellung 242/210/2012	30
TOP Ö 10.2 Brandschutztechnische Sanierung des Markgrafentheaters Erlangen, Mit	
Vorlage Mittelbereitstellung 242/205/2012	33
TOP Ö 11.1 Übertragung und Verwendung des Budgetergebnisses 2011 der Gleichstel	
Beschlussvorlage Gst/011/2012	35
Budgetabrechnung 2011 Gst/011/2012	37
TOP Ö 11.2 Übertragung und Verwendung des Budgetergebnisses 2011 des Personalra	
Beschlussvorlage II/157/2012	38
Budgetabrechnung 2011 II/157/2012	40
TOP Ö 11.3 Übertragung und Verwendung des Budgetergebnisses 2011 des Bürgermeis	
Beschlussvorlage 13-2/212/2012	41
Budgetabrechnung 2011 13-2/212/2012	43
TOP Ö 11.4 Übertragung und Verwendung des Budgetergebnisses 2011 des Personal-	
Beschlussvorlage 11/086/2012	44
Budgetabrechnung 2011 11/086/2012	47
TOP Ö 11.5 Übertragung und Verwendung des Budgetergebnisses 2011 des eGovernmen	
Beschlussvorlage eGov/031/2012	49
Budgetabrechnung 2011 eGov/031/2012	51
TOP Ö 11.6 Übertragung und Verwendung des Budgetergebnisses 2011 der Stadtkämme	
Beschlussvorlage II/156/2012	52
Budgetabrechnung Stadtkämmerei II/156/2012	56
TOP Ö 11.7 Übertragung und Verwendung des Budgetergebnisses 2011 des Amtes für	
Beschlussvorlage 30-R/054/2012	57

Budgetabrechnung 2011 30-R/054/2012	59
TOP Ö 11.8 Übertragung und Verwendung des Budgetergebnisses 2011 des Bürgeramte	
Beschlussvorlage 33/005/2012	60
Budgetabrechnung 2011 33/005/2012	62
TOP Ö 11.9 Übertragung und Verwendung des Budgetergebnisses 2011 des Standesamt	
Beschlussvorlage 34/011/2012	63
Budgetabrechnung 2011 34/011/2012	66
TOP Ö 11.10 Übertragung und Verwendung des Budgetergebnisses 2011 des Amtes für	
Beschlussvorlage 37/023/2012	67
Budgetabrechnung 2011 37/023/2012	70
TOP Ö 11.11 Übertragung und Verwendung des Budgetergebnisses 2011 des Amtes für	
Beschlussvorlage 39/011/2012	71
Budgetabrechnung 2011 39/011/2012	73
TOP Ö 12 Fraktionsantrag Erlanger Linke Nr. 045/2012; Glasfaserleitung über Was	
Beschlussvorlage III/037/2012	74
Fraktionsantrag Nr. 045/2012 III/037/2012	75
TOP Ö 13 Investitionskostenförderung für den Ersatzneubau der evang.-luth. Kind	
Beschlussvorlage 512/068/2012	76
ANLAGE Finanzierungsplan 512/068/2012	81
TOP Ö 14 Bürgerversammlung Versammlungsgebiet "Am Anger" - Antrag zur Wiederinb	
Beschlussvorlage 412/013/2012	82
Lageplan_Bolzplatz_Pommernstraße 412/013/2012	84
Luftbild2011 412/013/2012	85
Inhaltsverzeichnis	86